REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 480 · 16.1.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 38 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Imperialismus und EU - Symbiose oder Widerspruch?
2. Militärgroßmacht Europa
3. Euromilitarismus
4. Vom Straßenterror zum Massenmord
5. Generation Tabubruch
6. Querfront in Italien
7. Der Genosse auf dem Tieflader
8. Grillparty am Abgrund
9. Berlin Rathauspassagen
10. Henker überflüssig
11. "Geschichtsgeschichten" über Deutschland
12. Besser als GPS
13. Kein Regen, aber Streik
14. LESERINNENBRIEFE
15. 500.000 Stimmen für die MLPD
16. AUFGEBLÄTTERT
17. Raus gegen die NATO-Kriegskonferenz
18. Autonome Kunst aus einem leidgeprüften Land
19. "Intellektuelles Eigentum ist ein neokoloniales Herrschaftsinstrument"
20. Fragend voranschreiten hält jung
21. Klassen-Gewitter
22. Antisemitismus in Europa
23. Gespaltenes Serbien
24. Universal Soldiers
25. Hochsaison für Ausbeutung
26. Dekonstruierte Helden mit Zwangsneurose
27. Ohrenpropaganda
28. Rio-Reiser-Hommage als Entpolitisierung?
29. Gefahr aus der Mitte
30. Auf der Schlachtbank der Staatsräson
31. KALENDER
32. (Haar-)Risse im Putz
33. Nation und Pop
34. Formierung im Vakuum
35. Das lässt sich ja gut an ...
36. Altes Europa, neue Ziele
37. gender troubles aktuell
38. Editorial

1. Imperialismus und EU - Symbiose oder Widerspruch?

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:01

Binnenmarkt, Währungsunion, Entwurf einer Europäischen Verfassung, europäische Sicherheitsdoktrin etc. suggerieren Bewegung im Projekt der europäischen Einheit. Jenseits dieser Betriebsamkeit treten aber in den letzten Jahren, nachdem die Währungsunion angelaufen ist, kaum übersehbare politische Stagnationstendenzen auf. Das Projekt einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat im Gefolge des Irakkrieges erhebliche Rückschläge erlitten. Die Ursachen dafür liegen vor allem in der transatlantischen Machtkonstellation, der Hegemonie der USA.

Durch die Massendemonstrationen gegen den Irakkrieg schien für viele der Impuls zu einem neuen Auftrieb für das Projekt der europäischen Einigung entdeckt; manche sprachen schon von der Geburt eines europäischen Nationalbewusstseins. (1) Mittlerweile hat sich der Enthusiasmus für die europäische Einheit aus dem öffentlichen Raum wieder in die Kabinette, Kommissionen, Wirtschaftslobbys und militärischen Planungsstäbe verzogen. Der von vielen ersehnte, von vielen auch gefürchtete transatlantische Bruch hat nicht stattgefunden. Stattdessen wurden medienwirksam neue Anknüpfungspunkte im Dreieck Washington-Berlin-Paris geflochten. Leise, aber durchaus spürbar, kehrt die Achse Berlin-Paris zur gemeinsamen transatlantischen Linie zurück, beweist die Bundeswehr erweiterte Einsatzbereitschaft in Afghanistan und werden Schritte im UN-Sicherheitsrat getan, um dem Überfall auf den Irak im Nachhinein die Weihen stillschweigender Billigung zu verleihen. Die Hoffnung (nicht nur) sozialdemokratischer Kräfte, aus der Konfrontation mit den USA neue Energien zur Institutionalisierung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), zur Not auch gegen die US-dominierte NATO zu schöpfen, ist erst einmal verbreiteter Ernüchterung gewichen.

Der Irakkrieg hat die schwache politische Flanke der EU offen gelegt und vor aller Welt die Verankerung der USA in Europa offenbart. Ein weiteres Mal zeigte sich: Es wird, zumindest auf absehbare Zeit, keinen autonomen Staat Europa geben; auch keinen supranationalen Apparat, der zu selbstständiger Politik in der Lage wäre. Zweifelsohne gibt es derzeit eine Reihe supranationaler Apparate wie die EU-Kommission, den Ministerrat, den Europäischen Rat und eine Vielzahl von Organen, die mit den Nationalstaaten eng verflochten sind. Das sind neue Formen von Staatlichkeit, Apparate, die mitunter auch selbstständig operieren, oft aber nur als Hilfsmotoren für die Regierungen der Nationalstaaten eingesetzt werden, um durch Verweis auf die nächsthöhere europäische Ebene parlamentarischen Konsens für schwer durchsetzbare Entscheidungen zu erzwingen. Die Kehrseite dazu ist die traditionelle Agonie des Europaparlaments. Die supranationale EU-Maschinerie ist hochgradig ökonomielastig und im größtmöglichen Konsens dort tätig, wo es darum geht, die Liberalisierung der transnationalen Kapitalbewegungen, Fitnessprogramme im Rahmen regionaler Standortkonkurrenz und die Stärkung europäischer Transnationaler Konzerne (TNKs) für die Schlacht auf dem Weltmarkt umzusetzen. Auf diesem Terrain ist die EU eine bisher beispiellose Erfolgsgeschichte.

Von der EG zur neoliberalen EU

Bereits in den 80er Jahren forcierte eine starke Fraktion europäischer Konzerne mit Hilfe der Brüsseler Bürokratie und mehr oder weniger festem Rückhalt in den Regierungen der Nationalstaaten ihr Projekt einer Öffnung des europäischen Marktes gegenüber einem sich "globalisierenden" Weltmarkt, d.h. einem Weltmarkt, der von transnationalen Konzernen mit Zentrum in den USA und - zum kleineren Teil - von japanischen TNKs beherrscht wurde. Als Vehikel erwies sich dabei insbesondere der European Round Table of Industrialists (ERT), in dem sich die Crème der europäischen TNKs versammelt hatte. Der Zweck des ERT als bedeutendste Sprecher der europäischen TNKs bestand drin, den gemeinsamen Binnenmarkt, eine gemeinsame Währung und die dafür notwendigen, europaweiten Institutionen als Basis für globale Operationen im Wettbewerb mit den dominanten US- und japanischen TNKs zu entwickeln. Die Durchsetzung dieses Projekts im Maastrichter Vertrag war auch zugleich die Niederlage zweier konkurrierender Projekte:

- des neomerkantilistischen, favorisiert von einigen Sektoren wie der Automobil- und Elektroindustrie, das vor allem auf einen (zumindest zeitweilig noch) geschützten europäischen Binnenmarkt orientiert war

- des Delors`schen "europäischen Sozialmodells", favorisiert von der europäischen Sozialdemokratie. (2)

Warum kristallisierte sich in den 1990er Jahren nicht ein mächtiger Staatenverbund mit einer handlungsfähigen politischen und militärischen Exekutive heraus, sondern eher ein durch ein paar supranationale Institutionen veredelter Wirtschaftsblock? Sicherlich ist die Heterogenität der Machtblöcke in den Nationalstaaten und sicherlich sind zerbrechlichen Bündnisse zwischen transnationalen Kapitalfraktionen, eher auf den nationalen Raum beschränkten Fraktionen der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Parteien Bremsklötze auf dem Wege einer politischen Einheit der EU. Dem hinzuzufügen ist, dass in den Machtblöcken der meisten Nationalstaaten Europas das transnationale Kapital zwar eine dominierende Rolle spielt und die herrschende politische Praxis mit seiner neoliberalen Ideologie durchtränkt. Dennoch ist es weder den politischen Führungskräften noch den "organischen Intellektuellen" des Neoliberalismus gelungen, die Machtblöcke in den Nationalstaaten hinter einem massenwirksamen Projekt der politischen Einheit der EU zu versammeln und den Aufbau supranationaler Staatsapparate voranzutreiben, die das materielle Substrat einer europäischen Bourgeoisie sein könnten.

Es gibt bislang keine europäische Bourgeoisie, die in Gestalt eines handlungsfähigen Ensembles supranationaler Staatsapparate ein hegemoniales, zugkräftiges politisches und ideologisches Projekt "Europa" zu entwerfen und zu realisieren im Stande wäre - also mehr als nur ein ökonomisches, korporatives Binnenmarktprojekt. Es gibt ein transnationales Kapital mit einem primären transatlantischen und einem sekundären globalen Akkumulationsraum, aber die politischen Apparate in diesen Räumen sind entweder nationale Staatsapparate oder, wie im Falle der EU, supranationale Staatsapparate, die zwar eine beschränkte Autonomie besitzen, aber von den Nationalstaaten kontrolliert werden. Oder es handelt sich um global agierende Apparate, die von den USA beherrscht werden (IWF, Weltbank, NATO, UNO etc.).

Es gibt keine europäische Bourgeoisie

Der transatlantische Akkumulationsraum wurde in den 25 Goldenen Jahren des Kapitalismus (1948-73) auf dem Weg einer schnellen und massiven Penetration Westeuropas durch US-Konzerne geschaffen. Er reduziert sich keineswegs auf ökonomische Verflechtungen, sondern hat auch die Formen geprägt, durch die transnationale Kapitale sich in den Machtblöcken der Nationalstaaten artikulieren und repräsentiert werden. Es ist kein Zufall, dass der europäische Binnenmarkt eben kein protegierter, sondern ein weltmarktintegrierter wurde. In der Politik der Machtblöcke der europäischen Nationalstaaten artikulieren sich auch die Verwertungsinteressen des transnationalen US-Kapitals und sind stets präsent.

Die transnationalen Kapitale sind alles andere als staatenlos - sie sind ein Nichts ohne ihre festen Verflechtungen mit den politischen und ideologischen Apparaten der Nationalstaaten, in denen sie agieren und in denen ihr Zentrum liegt. Was für die Durchdringung der EU durch US-Kapital gilt, das vollzieht sich auch umgekehrt, wenn auch in geringerem Maße. TNKs mit Sitz in den europäischen Nationalstaaten sind über Direktinvestitionen und Handel mit dem US-Kapital verflochten, aber eben als deutsches, britisches, französisches etc. Kapital und nicht als europäisches Kapital. Auch heute, nach Etablierung des Binnenmarktes, sind die ökonomischen Verflechtungen der US-Kapitale mit denen der meisten EU-Staaten dichter gewebt als die zweier beliebiger EU-Staaten untereinander.

Wenn das US-Kapital ein wesentlicher Bestandteil der Ökonomien Europas ist, so gilt dies in ebenso starkem Maße für die politische Präsenz der USA in Europa. Das entscheidende globale strategische Ziel der USA ist die vorbeugende Blockade jeder auch nur potenziellen politischen und militärischen Konkurrenz. Das sind die Lehren aus dem Kalten Krieg, die quer durch die herrschenden politischen Lager unbestrittene Zustimmung genießen. Und dies gilt insbesondere mit Blick auf die EU, die zumindest auf absehbare Zeit der einzige aussichtsreiche Bewerber auf diesen Platz zu sein scheint.

Die politische und militärische Präsenz der USA vermittelt sich durch die von den USA kontrollierte NATO, in deren Rahmen die EU-Mitglieder immer wieder aufgefordert werden, gemeinsame Streitkräfte in der NATO zu stärken, Funktionen als international aktive High-Tech-Interventionsarmeen wahrzunehmen. Da aber liegt schon der Zündstoff für den Konflikt. Sollen es autonome EU-Streitkräfte sein, oder sollen diese sich als integrierter Bestandteil der NATO, also stets im Konsens mit den USA, in Marsch setzen? Es gibt, vor allem seitens der BRD und Frankreichs, die immer wieder aufkeimenden Bemühungen zur Etablierung eigener, nicht der NATO unterstellter Streitkräfte, die, sobald sie vorangetrieben werden, für neuen Konfliktstoff mit den USA sorgen. In politischen Interventionen der USA, diese Autonomiebestrebungen unterhalb einer für sie bedrohlich erachteten Schwelle zu halten, sind zwei Konstanten festzuhalten:

1. Der Zusammenhalt der NATO als Naben- und Speichenmodell (3) ist zu gewährleisten. Der Kern der globalen Interventionsfähigkeit des transatlantischen Blocks mit seinem modernsten High-Tech-Potenzial muss im Wesentlichen der Kontrolle der USA unterstellt bleiben.

2. Die europäischen Einigungsschritte sind von der US-Politik so mitzugestalten, sogar zu fördern oder zu initiieren, dass die militärisch-politische Integration in die NATO die notwendige, wenn auch mitunter - siehe Türkei - nicht hinreichende Eintrittskarte in die EU darstellt. Diese zeitliche und politisch-strategische Reihenfolge wurde bislang von den Kernstaaten der EU wohlwollend akzeptiert. Erinnert sei nur an den Reigen von Erpressungen Anfang der 1980er Jahre gegenüber Spanien, um die Volksabstimmung zum NATO-Beitritt (1982) durch das Winken mit der Eintrittskarte in die EG zu manipulieren.

Durch diese Reihenfolge werden finanzielle und waffentechnische Abhängigkeiten geschaffen, werden festere Verbindungen mit den Bourgeoisien in den neuen Mitgliedsstaaten aufgebaut. Die USA sind bei der dann erfolgenden EU-Erweiterung also bereits ausreichend präsent.

Die Osterweiterung von NATO und EU folgte im Wesentlichen diesem Schema, wurde aber noch angereichert durch einen letztlich von den USA kontrollierten Prozess der Integration der Visegrad-Staaten (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen) in den transatlantischen, d.h. eben nicht primär in den europäischen Akkumulationsraum. Die Osterweiterung ist ein Paradebeispiel für die hegemoniale Strategie der USA, die europäische Einigung in Strukturen hineinzusteuern, die ihrer Kontrolle nicht entgleiten.

Feste Verankerung der USA in Europa

1989, anlässlich des Zusammenbruchs des Realsozialismus, wurden nahezu zeitgleich zwei Projekte zur Integration Osteuropas von französischer und deutscher Seite entworfen, die beide darauf hinauslaufen sollten, die ökonomische Umstrukturierung Osteuropas in enger Kooperation mit der EG stattfinden zu lassen. Der US-Regierung gelang es in kürzester Zeit, beide Projekte durch ein eigenes zu ersetzen, in dem IWF und Weltbank federführend sein sollten. Als Blaupause sollte der Baker-Plan (James Baker war ehemaliger Finanzminister der USA) zur Lösung der Schuldenkrise der 1980er Jahre in Lateinamerika dienen: Kreditgewährung durch Weltbank und private Geschäftsbanken unter der Voraussetzung umfassender Strukturreformen nach marktwirtschaftlichen und exportorientierten Kriterien, die der IWF zu überwachen hatte. Vor allem mit der IWF-Kontrolle über die Strukturreformen waren damit die USA wieder mitten im Geschehen. (4) Die NATO-Osterweiterung (beschlossen auf dem Madrider Gipfel 1997) war damit nur die logische Folge eines Prozesses, der von den USA in erheblichem Maß e mitgesteuert wurde. Dass den Visegrad-Staaten - nicht zuletzt anlässlich des Irakkrieges - eine gewisse Anhänglichkeit an politische Vorgaben aus den USA eigen ist, die vor allem in Konfliktfällen immer stärker ausgeprägt ist als die Liebe zum "alten Europa" (vor allem zur Achse Berlin-Paris), kann nicht verwundern.

Am 20.6.2003 hat Javier Solana (der Ex-Generalsekretär der NATO) dem EU-Rat in Thessaloniki den Entwurf einer EU-Sicherheitsstrategie vorgelegt, der in entscheidenden Passagen sich den US-Positionen einer weltweiten Interventionsstrategie annähert: "Bei den neuen Bedrohungen (Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und failed states) wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen". Um diese Verteidigungslinie auch realisieren zu können, werden mehr Mittel für militärische Aktivitäten, eine stärkere Koordination in der EU und mit dem wichtigsten Partner, den USA, und eine aktivere Verfolgung strategischer Ziele eingefordert: "Als eine Union mit 25 Mitgliedern, die insgesamt 160 Milliarden Euro für die Verteidigung aufwenden, sollten wir nötigenfalls in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt."

Die Widerstände einiger Mitglieder werden sich vor allem dort festmachen, wo die Sicherheitsstrategie das bisherige Monopol der NATO unausgesprochen in Frage zu stellen droht: Sollen die entscheidenden Aktivitäten und ihre Instrumente (Militäreinheiten) in die NATO integriert oder als EU-Streitkräfte handeln? Und wenn letzteres die unausgesprochene Absicht der Sicherheitsstrategie ist: Welcher militärbürokratische Apparat wird solche Aktivitäten lenken?

Diese Sicherheitsstrategie kann in zweifacher Weise interpretiert werden: als Startschuss für einen neuen, ernsthafter als bisher praktizierten Anlauf zu gesamteuropäischer Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit Betonung auf dem hohen Stellenwert militärischer Aufrüstung und Einsatzfähigkeit; oder als Konzession an die

USA bzw. vorsichtige Annährung an deren Sicherheitsdoktrin. Nicht fehlen darf im Entwurf der Sicherheitsstrategie natürlich der Hinweis auf die begehrte Multilateralität: "Wir müssen unsere Ziele sowohl im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit in internationalen Organisationen als auch durch Partnerschaften mit anderen wichtigen Akteuren oder Regionen verfolgen. In diesem Zusammenhang sind die transatlantischen Beziehungen unersetzlich. Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt."

Was bedeutet die so viel beschworene Multilateralität? Zuerst einmal den Willen der weltpolitischen Gewichte BRD und Frankreich, endlich eine nicht nur formell gleichrangige Rolle im transatlantischen imperialistischen Block zu spielen. Dass sie das nicht als Nationalstaaten auf dem Beifahrersitz der NATO, sondern nur am Steuer eines EU-Vehikels vermögen, liegt angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen auf der Hand. Logischerweise sind sie die Hauptakteure im Vorbereitungsprozess autonomer EU-Streitkräfte.

Bewiesen hat die Geschichte des ganzen diplomatischen Gerangels im Gefolge des Irakkrieges nur, dass die Linie der USA, sich hinsichtlich ihres globalen militärischen Vorgehens nicht einer Norm der verpflichtenden Berücksichtigung der Interessen zweitrangiger NATO-Mitglieder zu beugen, von der Mehrheit der EU-Regierungen vielleicht nicht begrüßt, aber doch akzeptiert wird. Diese reale Hierarchie der Macht ist nicht einfach eine transatlantische, sondern eben auch eine EU-interne, die aller Welt vorführt, dass die USA eine europäische Macht sind, die über eine Vielzahl von Apparaten in der EU präsent ist. In entscheidenden Situationen erweisen sich die transatlantischen Bindungen einer Reihe von EU-Mitgliedern als stärker als die zentripetalen Kräfte des EU-Projekts.

Dementsprechend ist abzusehen, dass auch ein neuer Anlauf zur Etablierung einer GASP in Europa sich in engem Zusammenhang mit der US-dominierten NATO bewegen wird und ein eigenständiges imperialistisches EU-Projekt zumindest in absehbarer Zeit keine Basis hat. Die von Karl Lamers (CDU) und anderen im Gefolge des Irakkrieges zum x-ten Male wieder aufgewärmte Idee eines "Kern-Europa" ändert nichts an diesem Sachverhalt. Ein Kern-Europa mit der BRD und Frankreich als Zentrum, das durch Stärkung supranationaler politischer und militärischer Institutionen (quasi als Avantgarde) eine Sogwirkung auf die restlichen EU-Mitglieder entfalten könnte, bleibt eine morsche Drohkulisse in Richtung USA. Würde sie Realität, wird sie wider alle Absichten den zurückbleibenden Rest nur noch mehr als bisher in die offenen Arme der USA treiben und früher oder später auch den verbleibenden Minimalkonsens einer Wirtschafts- und Währungsunion auseinander fallen lassen.

US-Hegemonie bremst EU-Außenpolitik

Es gibt kein eigenständiges imperialistische EU-Projekt, weil es keine europäische Bourgeoisie gibt, die dieses Projekt in eigenen ideologischen Diskursen zu forcieren im Stande ist. Das nackte Expansionsinteresse transnationaler Konzerne in der EU macht keinen eigenständigen Imperialismus, solange kein Ensemble von Staatsapparaten bereitsteht, die einem Weltordnungsprojekt politische Macht verleiht. Die politisch und ideologisch relevanten Teile der europäischen Bourgeoisien in den Machtblöcken der Nationalstaaten artikulieren ihre Vorstellung von globaler Ordnung im engen Verbund mit den USA, in deren "Weltordnungspolitik" sie sich wiedererkennen, ohne darin nahtlos aufzugehen. Keine derzeitige Regierung eines EU-Staates (wahrscheinlich nicht einmal französische Gaullisten) ist auf absehbare Zeit bereit, die Vorteile der US-Hegemonie, der NATO, des omnipräsenten US-Militärapparates zu Gunsten einer nebulösen "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" in Frage zu stellen, die derzeit kaum in der Lage sein dürfte, neue Verwertungsräume zu erschließen, bestehende ausreichend zu schützen und "failed states" wieder zur Integration in die Weltordnung zu zwingen, und die nur eine Vielzahl unbeherrschbarer Reibungen mit den USA heraufbeschwören würde. Eine von einem handlungsfähigen Konsens getragene GASP in Europa wäre auf kurz oder lang das Ende der NATO, weil niemand begründen könnte, welcher politische und militärische Gebrauchswert einer solchen Doppelstruktur zukommen sollte. Die Resultate der Beratung der EU-Außenminister vom 28.11.2003 haben nur ein weiteres Mal gezeigt, dass die Bemühungen aus Paris und Berlin, eine Art Parallelstruktur europäischer Streitkräfte an der NATO vorbei aufzubauen, an Großbritannien als einem trojanischen Pferd (von mehreren) der USA gescheitert sind und ein Primat der NATO festgeschrieben wurde.

Ein eigenständiges Europaprojekt wird nur dann geboren, wenn die US-Weltordnungspolitik von massivem Scheitern bedroht ist und die USA ihre Aufgaben als hegemoniale Weltmacht nicht mehr zu erfüllen im Stande

sind. Darauf richteten sich die spekulativen Hoffnungen zahlreicher Liberaler und Sozialdemokraten im Gefolge der weltweiten und millionenfachen Proteste gegen den Irakkrieg. Zweifellos ist ein Scheitern des hegemonialen US-Projekts wünschenswert. Mit guten Gründen kann aber ebenso bezweifelt werden, dass dabei irgendein begrüßenswertes Europaprojekt herauskommt. Ein Appell an "europäische Werte" wie soziale Solidarität, Toleranz gegenüber dem Anderen, eine Verpflichtung auf die Menschenrechte u.a.m. (so das jüngste Wortgeklingel um die europäische Verfassung) klingt bestenfalls wie das berühmte Pfeifen im dunklen Wald, schlimmstenfalls wie zynische Demagogie. Die derzeitigen Markenzeichen der EU heißen neoliberales Abspecken, globale militärische Expansion im Verbund mit den USA, eine alle Menschenrechte verachtende Migrationspolitik und das Ertränken jeder ökonomischen Emanzipation der peripheren Staaten im Sumpf des freien Weltmarktes, was auf jeder WTO-Konferenz von neuem auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Das EU-Projekt hat sich erschöpft

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich das EU-Projekt erschöpft, d.h. es kommt über die Schwelle eines von korporativen Kapitalinteressen dominierten Binnenmarktes (Wirtschafts- und Währungsunion) nicht hinaus. Der Integrationsschub der 1980er Jahre entstand aus einer manifesten Krise aller EG-Staaten nach dem Scheitern des keynesianischen Wohlfahrtstaates und der Auflösung des Bretton-Woods-Systems. Angesichts der offensichtlichen Umwälzungen in der Weltwirtschaft konnten eingefleischte Neoliberale mit geldwerten und arbeitsplatzträchtigen Standortvorteilen eines europäischen Binnenmarktes angesichts wachstumsschwacher Nationalökonomien locken, Sozialdemokraten mit einem starken europäischen Sozialstaat angesichts kränkelnder nationaler sozialer Sicherungssysteme werben und selbst skeptische Intellektuelle die Wiederauferstehung der "Europa-Idee" angesichts des historisch zersplitterten Kontinents ins Spiel bringen.

Nahezu alle waren begeistert, auch wenn Text und praktische Umsetzung des Maastricht-Vertrages eigentlich nur den Neoliberalen echte Gründe für ihre Begeisterung bescherte. Die Lobby des transnationalen Kapitals und seine neoliberalen "organischen Intellektuellen" haben ihr Projekt im Großen und Ganzen durchgesetzt. Die Hoffnung der Vertreter unterlegener Projekte, durch die profanen Niederungen des Binnenmarktes, liberalisierten Kapitalverkehrs und gemeinsamer Währung könnte Europa irgendwie zur politischen Einheit gelangen, ist nur das Spiegelbild ihres Ökonomismus. Politische Vereinigungen von nur einem Dutzend (ganz zu schweigen von 25!) Nationalstaaten haben (zumindest historisch betrachtet) ihre Geburt immer entweder nackter politischer Gewalt von oben oder einer Massenbewegung zu verdanken gehabt. Aber die Begeisterung der Massen für Standortkonkurrenz, Weltmarktkompatibilität und Währungsunion, den derzeit gängigsten Assoziationen von "Europa", hat sich bislang in sehr bescheidenen Grenzen gehalten.

Ohne die bestehende politische und ideologische US-Hegemonie würden sich Konstellationen in veränderter Form wiederholen, die den Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges auszeichneten: Ohne ein hegemoniales Zentrum, das durch seine militärischen, politischen und ideologischen Apparate den transatlantischen Raum als imperialistischen Block verklammert und durchdringt, führt die gnadenlose, chaotische Konkurrenz der transnationalen Kapitale auf einem krisengeschüttelten Weltmarkt früher oder später zu Konflikten, die auch als Kriege ausgetragen werden können. Wenn es seit 1945 keine ernst zu nehmenden Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten mehr gibt, dann ist dies zweifellos die Folge von Kaltem Krieg und US-Hegemonie, nicht aber der zunehmenden Kapitalverflechtung im transatlantischen Raum.

aki

Anmerkungen:

1) Gernot Erler und Dominique Strauss-Kahn in Frankfurter Rundschau (FR), 11.3.2003; Mohssen Massarat in FR 27.3.2003

2) B. Apeldoorn: Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling/Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas, Ms 2000, S. 189ff.

3) Peter Gowan: U.S. Hegemony Today, in: Monthly Review, N.Y. Jul./Aug.2003

4) Peter Gowan: The Global Gamble, London, New York 1999, p.298ff

2. Militärgroßmacht Europa

Von der schrittweisen zur beschleunigten Militarisierung der EU

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:02

Über das vorläufige Scheitern des EU-Verfassungvertrags auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember 2004, das in Öffentlichkeit und herrschender Politik der großen europäischen Staaten ein vielstimmiges Lamento provozierte, geriet die Tatsache in den Hintergrund, dass auf eben diesem Gipfel die Militarisierung der EU einen entscheidenden Schritt voran gebracht wurde.

Erstmals in ihrer Geschichte gab sich die EU eine kohärente sicherheits- und militärpolitische Strategie, schuf die Voraussetzungen zur Führung rein europäischer Kriegseinsätze und erklärte die Bereitschaft zur Durchführung weltweiter militärischer Interventionen, falls die eigenen Interessen diese geboten erscheinen lassen. Diese Entscheidungen waren durch einen politischen Prozess vorbereitet worden, der im April 2003 seinen Ausgangspunkt in dem damals spöttisch als "Pralinengipfel" abgewerteten Brüsseler Treffen der Staatschefs von Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg gehabt hatte.

Damals verabredeten Schröder und Co. eine Reihe von konkreten Schritten zu einer intensivierten militärischen Zusammenarbeit. Gleichzeitig luden sie alle anderen EU-Mitglieder ein, sich zu beteiligen. Mit dieser Initiative wollte die Vierergruppe den Bemühungen um einen Ausbau der militärischen und militärpolitischen Kapazitäten der EU zusätzlichen Schwung verleihen.

Zum Katalog der sieben Punkte für eine engere militärische Kooperation, der in Brüssel beschlossen wurde, gehörten unter anderem die Aufstellung einer Eingreiftruppe auf Basis der bereits bestehenden, deutsch-französischen Brigade, eines europäischen, strategischen Lufttransportkommandos, einer gemeinsamen Instanz für Planung und Einsatzführung (vulgo: Generalstab), gemeinsame ABC-Abwehrfähigkeiten sowie eine gemeinsame Offiziersausbildung in europäischen Ausbildungszentren. Interessanter noch als diese geplanten Maßnahmen war der politische Begründungszusammenhang, in den sie gestellt wurden. Zum einen beteuerte die Viererbande, dass ihre Initiative nicht gegen die USA und die NATO gerichtet sei, zum anderen ordneten sie sie in den Prozess der Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (EVSU) ein und betonten ihre Offenheit für alle EU-Mitglieder.

Wenn man sich den Zeitpunkt und den Teilnehmerkreis des Brüsseler Gipfels vergegenwärtigt, wird der Hintersinn dieser politischen Erklärungen deutlich: Das Treffen fand unmittelbar nach dem US-geführten Krieg gegen den Irak statt, Teilnehmer waren die schärfsten Kritiker dieses Krieges aus der EU. Den USA war es gelungen, die EU in der Frage der Haltung zum Irak-Krieg zu spalten: Der (zumindest verbalen) Distanz zum Krieg bei Deutschland, Frankreich und anderen stand die aktive Teilnahme und vehemente Unterstützung durch Großbritannien, Spanien, Dänemark und anderen gegenüber. Damit bestand die Gefahr, dass die Bemühungen zum Aufbau einer Militärmacht EU, die gerade von der deutsch-französischen Achse in den Jahren zuvor verstärkt worden waren, einen empfindlichen Rückschlag erleiden könnten.

Um das zu verhindern, kam der (bereits seit längerem vor dem Irak-Krieg geplante) Vierergipfel gerade recht. Um die ohnehin schon angespannte Atmosphäre im transatlantischen Verhältnis nicht weiter zu belasten und den US-getreuen EU-Mitgliedern die Tür offen zu halten, bekannten sich die Gipfelteilnehmer zur US-geführten NATO. Damit wollte man dem in US-Kreisen herrschenden Argwohn begegnen, die ESVU-Pläne seien auf Entwertung der NATO gerichtet. Und um die anderen EU-Mitglieder sowohl mitzuziehen (und so aus ihrer engen Verbindung zu den USA zu lösen) als auch unter gewissen Druck zu setzen, lud man diese zur Teilnahme ein und machte zugleich deutlich, dass man gewillt sei, auch allein voran zu gehen und den Kern einer europäischen Militärmacht zu schaffen; andere müssten sich dann gegebenenfalls den bereits geschaffenen Realitäten früher oder später fügen. Das betagte "Kerneuropa"-Konzept findet sich hier mithin in der militärpolitischen Dimension wieder. Berufen konnte man sich dabei auf das von allen Mitgliedern getragene Bekenntnis, ein Europa der "Sicherheit und Verteidigung" in Ergänzung zur wirtschaftlichen und politischen Integration zu schaffen.

Dieses Bekenntnis ist bereits in den grundlegenden EU-Verträgen von Maastricht und Amsterdam niedergelegt. Danach soll die EU eine gemeinsame Sicherheitspolitik entwickeln, die schließlich auch die "Verteidigungs"politik umfassen und der einst in eine Europäische "Verteidigungs"union münden soll.

Damit war zwar ein Ziel proklamiert, über den Weg dorthin und die Dauer der Reise war allerdings noch nichts gesagt. In der Tat kam man jahrelang nur recht schleppend voran; der wesentliche Bezugspunkt der Militärpolitik der (bzw. fast aller) EU-Staaten war die US-geführte NATO, und unter den EU-Staaten gab es erhebliche Differenzen über die angemessene Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen NATO und zu schaffender EU-Militärmacht.

Beschlossen: EU-Eingreiftruppe

Einen entscheidenden Sprung nach vorn brachte erst das Jahr 1999, und zwar im Gefolge des NATO-Krieges gegen Jugoslawien. Seither wird mit Macht an der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gearbeitet und der Aufbau einer ESVU betrieben. Diese Militarisierung der EU hatte in den letzten Jahren erheblich an Tempo gewonnen und eine ganze Reihe weit reichender Maßnahmen gezeitigt. Durch die Uneinigkeit der EU-Regierungen in Sachen Irak-Krieg drohte diese Militarisierungsdynamik verloren zu gehen. Das zu verhindern, war das eigentliche Anliegen des Brüsseler Gipfels und seiner Ankündigung der Schaffung eines "Verteidigungs"kerneuropas.

Aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien hatten die Regierungen führender EU-Staaten ganz eigene "Lehren" gezogen. Dieser Krieg war nämlich auch eine Veranstaltung, mit der die USA den Europäern drastisch ihre militärische Überlegenheit vor Augen geführt und deutlich gemacht hatten, dass in der Konkurrenz USA/EU - jedenfalls auf dem Felde von Rüstung, militärischen Apparaten, Militärtechnologie und Kriegführungsfähigkeit - die EU-Staaten weit abgeschlagen sind. Die Haupt"last" des Krieges auf Seiten der NATO hatten eindeutig die USA getragen; letztlich wären sie durchaus in der Lage gewesen, die Operation militärisch im Alleingang durchzuführen. Demgegenüber hätten die EU-Staaten den Krieg allein, ohne die USA, (so) nicht führen können. Diese Verteilung der Gewichte hatte selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Entscheidungsbildung auf politischem, strategischem und taktischem Gebiet - bis in die Zielauswahl hinein. Und so beklagten sich die Europäer denn auch über ihre weitgehende Einflusslosigkeit hinsichtlich des konkreten Ablaufs der militärischen Aktionen. Dass sie lediglich Hilfstruppen schicken durften, wiederholte sich in den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak.

Die Schlussfolgerung, die aus dieser Konstellation im Krieg gegen Jugoslawien in bedeutenden europäischen Hauptstädten gezogen wurde, lautete: Um sich aus der Abhängigkeit von den USA - wenigstens ein Stück weit - zu lösen, müssen die europäischen Staaten ihre militärischen Anstrengungen verstärken, muss namentlich die EU endlich eine eigene sicherheits- und militärpolitische Kompetenz entwickeln. Nur so könne man sich in Zukunft gegenüber den USA mehr Gehör verschaffen und gegebenenfalls auch unabhängig(er) von diesen in größerem Maßstab militärisch aktiv werden.

Herausforderung der USA

Auf den EU-Gipfeln von Köln und Helsinki 1999 wurden vor dem Hintergrund dieser Einschätzung entscheidende Weichenstellungen zur forcierten Militarisierung der EU vorgenommen - woran die deutsche, rot-grüne Regierung maßgeblichen Anteil hatte. Denn entgegen aller Beteuerungen insbesondere grüner Parteiprogramme, man sehe Vorzug und Stärke der EU gerade darin, dass sie "Zivilmacht" sei, wurde von deutscher Seite während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 ein ausgefeilter Plan erarbeitet und vorgelegt, der eine ganze Palette handfester Maßnahmen zur "Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" vorsah. (1) Diese Maßnahmen wurden auf den Gipfeln von Köln und Helsinki weitgehend beschlossen und auf den folgenden Gipfeln konkretisiert und ausgebaut. Damit hat die EU ihr Image als "Zivilmacht" endgültig verloren. Mit der Realität hatte dieses Image schon immer wenig zu tun - schließlich gehören die Schlüsselstaaten der EU zu den hochgerüstetsten und militärisch mächtigsten der Welt, und die EWG/EU war auch schon während des Ost-West-Konflikts ein zentraler Bestandteil des westlichen (Militär-)Systems.

Seither wurden und werden aufgebaut und eingerichtet: ein ständiges sicherheitspolitisches Komitee, ein Militärstab und -ausschuss in Brüssel, ein Ad-Hoc-Ausschuss der beitragenden Länder im Falle von EU-Militäroperationen u.a. Die Aufstellung einer EU-Eingreiftruppe ist der sichtbarste und bisher bedenklichste Ausdruck der Militarisierung der EU. Diese Streitmacht soll rund 60.000 Mann und Frau (etwa 15 Brigaden) sowie die entsprechenden Luft- und Seestreitkräfte sowie die entsprechenden Kommandostrukturen umfassen. Innerhalb von 60 Tagen sollen diese Kräfte einsatzbereit und auf einen fernen Krisen- oder

Kriegsschauplatz verlegbar sein; sie sollen eine Durchhaltefähigkeit von mindestens einem Jahr im Einsatz "fern der Heimat" haben.

Stellt man in Rechnung, dass diese Truppen regelmäßige Ablösung brauchen, kommt man auf rund 180.000 SoldatInnen für die EU-Streitmacht (wobei allerdings nicht die Aufstellung neuer Verbände beabsichtigt ist, sondern die Umorientierung bereits bestehender). Ihr Zweck soll die Erfüllung der sog. Petersberg-Aufgaben sein. Auf dem Petersberg bei Bonn hatte sich die Westeuropäische Union (WEU, mittlerweile nach Beschluss des Kölner Gipfels in die EU hinein aufgelöst) anlässlich ihrer Außen- und Verteidigungsministertagung im Juni 1992 bereits zuständig erklärt für "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedenschaffender Maßnahmen" - also Militärinterventionen.

Diese Petersberg-Aufgaben machte sich die EU mit dem Amsterdamer Vertrag zu eigen. Zu ihrer Bewältigung müssen die EU-Streitkräfte laut deutschem Master-Plan von 1999 folgende "Haupteigenschaften" haben: "Dislozierungsfähigkeit, Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, Flexibilität und Mobilität". Das heißt, man orientiert auf eine eindeutig offensiv- und interventionsfähige Auslegung der eigenen militärischen Mittel. Mit Verteidigung der Territorien der EU-Mitgliedstaaten hat das Ganze nichts zu tun - es sei denn, man folgt dem Diktum des deutschen "Verteidigungsministers" Struck vom Dezember 2002: "Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt". Es geht um Militärinterventionen außerhalb der EU, überall dort, wo vermeintliche Interessen der EU-Mitglieder ein militärisches Vorgehen geboten und opportun erscheinen lassen.

Mit dieser Interventionsorientierung folgt man dem Vorbild USA; und auch wenn man sich im Klaren darüber sein dürfte, dass man deren Vorsprung auf diesem Gebiet auf (un)absehbare Zeit nicht wird einholen können, begibt man sich doch auf dieses "Spielfeld" militärischer / militärtechnologischer / militärpolitischer Konkurrenz, weil man meint, auf die militärische Komponente im "Spiel" der Mächte nicht verzichten zu können. Wer in Zeiten der Globalisierung auf der Weltbühne politisch mitmischen will, so das Credo, kann auf militärische Macht nicht verzichten.

Die einzig verbliebene militärische Supermacht auf dieser Welt, die USA, nimmt diese Ausrichtung ihrer europäischen "Partner" durchaus als Herausforderung wahr. Den USA passt die ganze Richtung nicht. Zwar mahnen sie seit Jahr(zehnt)en an, dass die Europäer im Rahmen einer "gerechteren Arbeits- und Lastenteilung" zwischen den transatlantischen Bündnispartnern gefälligst mehr militärische Arbeit und Lasten übernehmen sollen - nur soll das unter US-Führung und -Kontrolle erfolgen. Eine tatsächliche rüstungsindustrielle, militärpolitische und militärische Eigenständigkeit Westeuropas ist nicht im Sinne der USA. Um das zu verhindern, wollten und wollen sie das Primat der von ihnen geführten NATO gegenüber der EU in militärischen Belangen sicher stellen und die ESVP der NATO unterordnen. Gegenwärtig befürchten sie, dass sich mit der ESVP eine Dynamik entfalten könnte, die ihnen womöglich entgleitet. Sie votieren daher als Alternative zur ESVP für die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, eine ESVI (Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität) im Rahmen dieses transatlantischen Bündnisses.

Dafür finden sie immer wieder Verbündete auch unter den europäischen NATO- und zugleich EU-Staaten, allen voran Großbritannien, das seine "special relationship" mit den USA im jüngsten Irak-Krieg einmal mehr unter Beweis gestellt hat. Deswegen wird die Militarisierung der EU auch künftig nicht ohne Friktionen voran kommen. Die entschiedensten Betreiber dieses Prozesses - vor allem die deutsch-französische Achse - müssen darauf achten, die USA nicht vollends zu verprellen und die US-nahen EU-Mitglieder nicht abzukoppeln, sondern mitzuziehen. Sie dürfen sich aber, wenn sie ihr Projekt realisieren wollen, auch nicht von den USA und deren engsten Freunden innerhalb der EU ausbremsen lassen. Das Konzept eines "Verteidigungs"kerneuropas der Willigen, wie es im Brüsseler Gipfel vom April 2003 zum Ausdruck kam, scheint angesichts dieser Konstellation die angemessene Strategie zu sein. Jedenfalls gelang es in den Folgemonaten, die EU als Ganzes wieder in das EU-Militarisierungsboot zu holen. So erklärte sich die britische Regierung bereit, eine "strategische Partnerschaft" zwischen EU und NATO zu akzeptieren, was eine Distanzierung von den US-Vorstellungen einer Unterordnung der ESVP unter die NATO bedeutet.

Eine eigene EU-Militärstrategie

Im Kongo wurde 2003 erstmals eine EU-Militäroperation durchgeführt, weitgehend getragen von den Franzosen, aber auch von deutschem Militär unterstützt. Und auch sonst arbeitete man im Laufe des Jahres an neuen Maßnahmen zum Aufbau einer Militärgroßmacht. Insbesondere wollte man sich nun auch eine eigene Sicherheitsdoktrin zulegen, welche der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA nachempfunden ist. Einen ersten Entwurf legte der Hohe Repräsentant der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - übrigens ein Amt, welches ebenfalls auf dem Kölner Gipfel 1999 geschaffen worden war und das im Oktober 1999 Javier Solana, vordem NATO-Generalsekretär, angetreten hatte - auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki im Juni 2003 vor.

Solana erntete hierfür große Zustimmung der versammelten Staats- und Regierungschefs. Neben viel Europa-, Friedens- und Präventionslyrik fanden sich in diesem Papier auch handfeste militärische Festlegungen. So erklärte Solana für die EU explizit "unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung" für obsolet und meinte, dass bei den "neuen Bedrohungen ... die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen" werde. (2) Peter Strucks "Verteidigung am Hindukusch" lässt grüßen. Solana wollte die EU befähigen, nötigenfalls "mehrere Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt. Wir sollten vor allem an Operationen denken, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen". (3)

Dazu brauche es selbstverständlich mehr Mittel: "Wenn wir es ernst meinen mit den neuen Bedrohungen und dem Aufbau von flexibleren mobilen Einsatzkräften, müssen wir die Mittel für die Verteidigung aufstocken". (4) Als "mit Abstand größte" Bedrohung wurde dabei die "Verbreitung von Massenvernichtungswaffen" angesehen; dieser müsse notfalls auch militärisch-präventiv begegnet werden.

Eben dieses Solana-Papier ist nun - mit geringfügigen Änderungen - auf dem Dezember-Gipfel 2003 in Brüssel als offizielle Sicherheits- und Militärstrategie verabschiedet worden, schönfärberisch-hochtrabender Titel: "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt" ("A secure Europe in a better world"). (5)

Auch wenn in den großen Medien Deutschlands und anderer EU-Länder der Eindruck erweckt wurde, dass diese EU-Doktrin deutlich gemäßigter sei als die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, die einem rücksichtslos unilateralen Präventivkriegskonzept verpflichtet ist, so sind sich beide in ihren Grundzügen doch sehr nahe: Man ist bereit, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen auch militärisch Einhalt zu gebieten. Wohlgemerkt: Gemeint sind immer die Massenvernichtungsmittel der "bösen Anderen" - dass mit Frankreich und Großbritannien die dritt- und viertgrößte Nuklearmacht EU-Mitglieder sind, wird geflissentlich verschwiegen. Man ist bereit zu Präventivkriegen und "robusten" Militäreinsätzen, das heißt kriegerischen Interventionen, die zu "friedenschaffenden militärischen Einsätzen" verharmlost werden. Und man ist bereit, die dafür nötige Aufrüstung zu bezahlen und die dafür nötigen Strukturen zu schaffen.

Wahl zwischen Teufel und Beelzebub

In Hinsicht auf den letztgenannten Punkt wurde in Brüssel im Dezember 2003 ein wesentliches Hindernis ausgeräumt: Der Widerstand der USA gegen ein von den Teilnehmern des "Pralinengipfels" geplantes, rein europäisches EU-Hauptquartier mit der Fähigkeit zur Führung rein europäischer (also nicht von der NATO und damit den USA abhängiger) großer Kriegseinsätze konnte umgangen werden, indem sich Deutschland und Frankreich einerseits und Großbritannien andererseits auf einen Kompromiss einigten: Nun soll beim bereits bestehenden EU-Militärstab in Brüssel eine "Zelle" mit "Führungsfähigkeiten" geschaffen werden, die im Falle eines als notwendig erachteten, rein europäischen Kriegseinsatzes zum Kommando für die betreffende Operation ausgebaut werden kann. "Zelle" klingt sehr viel harmloser als "Hauptquartier"; gleichwohl ist damit ein wichtiger Schritt zu einem NATO- und damit US-unabhängigen Hauptquartier, einem europäischen Generalstab getan. Die "strategische Partnerschaft" EU - NATO/USA, die in der im Dezember verabschiedeten EU-Militärstrategie beansprucht wird (nicht zu vergessen: mit Zustimmung Großbritanniens und der anderen US-nahen EU-Staaten), rückt damit wieder etwas näher.

Auch wenn der Prozess der EU-Militarisierung noch einen weiten Weg vor sich hat, wenn es immer wieder - nicht zuletzt wegen des Störfeuers der USA - Friktionen geben wird und wenn auf absehbare Zeit die EU den USA auf militärischem Gebiet weit hinterher hinken wird, so ist doch schon der Versuch, eine Militärgroßmacht EU aufbauen zu wollen, höchst gefährlich und der ungeteilten Aufmerksamkeit und des Widerstands aller

friedensbewegten und antimilitaristischen Kräfte wert. Denn in der Konsequenz läuft dieser Versuch auf eine zusätzliche Militarisierung der Weltpolitik hinaus.

Es wäre fatal, wenn die Friedensbewegung dem Eindruck erliegen würde, die EU-Militärmacht sei "nicht so schlimm", das "kleinere Übel" im Vergleich zum US-Militarismus, ja, eventuell sogar leider notwendig, um ein Gegengewicht gegen US-amerikanisches Militärabenteurertum zu schaffen.

Nichts spricht angesichts der Geschichte und des aktuellen Verhaltens der europäischen Staaten dafür, dass eine EU-Militärmacht von ihren Mitteln "zurückhaltender", "verantwortungsbewusster", "völkerrechtskonformer" Gebrauch machen wird als die USA. Die zunehmende Militarisierung der Welt(un)ordnung wird durch eine Militarisierung der EU nicht gestoppt werden können - im Gegenteil. Die Wahl zwischen einem US-geführten Militarismus und einem EU-Militarismus ist gleich bedeutend mit der Wahl zwischen Teufel und Beelzebub. Friedenspolitik lässt sich nur jenseits dieser Alternative entfalten.

Vo

Anmerkungen:

1) Siehe Bericht des Vorsitzes über die Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin, Nr. 49, 16. August 1999, S. 533-535.

2) Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Javier Solana legt ein Papier für eine Europäische Sicherheitsdoktrin vor (website Friedenspolitischer Ratschlag).

3) Ebd.

4) Ebd.

5) A Secure Europe in a better world. European Security Strategy. Brussels, 12 December 2003.

Euromilitarismus

Nichts spricht dafür, dass eine EU-Militärmacht von ihren Mitteln "verantwortungsvoller" Gebrauch machen wird als die USA. Die zunehmende Militarisierung der Welt(un)ordnung wird durch eine Militarisierung der EU nicht gestoppt werden - im Gegenteil. Einstweilen verhindert die politische, ideologische und militärische Hegemonie der USA, dass die Konkurrenz transnationaler Kapitale zu Konflikten führt, die - wie 1914 - auch als Kriege ausgetragen werden. Dies sind nur zwei Thesen, die in den folgenden Beiträgen begründet werden - Thesen für eine notwendige innerlinke Debatte.

Die Fotos auf den Schwerpunkt-Seiten sind von Petra Gerschner.

3. Euromilitarismus

Kein Thema für die Friedensbewegung?

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:03

Hunderttausende sind im letzten Frühjahr in Deutschland und anderen EU-Staaten gegen den Irak-Krieg auf die Straße gegangen. Die Friedensbewegung war "wieder da" - allerdings einmal mehr als anti-amerikanische Antikriegsbewegung, und als es schon (fast) zu spät war. Unvorstellbar heute, dass man auch nur ein paar Tausend Friedensbewegte zu einer Demo gegen die in Brüssel beschlossenen Schritte der EU-Militarisierung auf die Beine bringen könnte.

Woran liegt das? Der Irak-Krieg war ein Krieg "der Amerikaner", und gegen die ist aus guter alter linker und friedensbewegter Tradition immer gut demonstrieren. Und im Falle Irak konnte man sich sogar auf Seiten der Mehrheit der eigenen Bevölkerung und im Schulterschluss mit der eigenen Regierung wähnen. Es gab nicht wenige DemonstrantInnen, die es "gut" fanden, wie Schröder und Fischer dem US-Präsidenten Widerworte gaben (dass faktisch Deutschland durch Gewährung von Überflugrechten, Zurverfügungstellung der US-Militärbasen usw. faktisch am Krieg beteiligt war, wurde großzügig verziehen, weil das ja deutlich weniger an Kriegsbeteiligung war als etwa bei den Briten). Dies gut zu finden und zu "verstehen", dass die EU eine eigene sicherheitspolitische Kompetenz aufbauen müsse, liegt nicht gar so weit auseinander.

In der Tat wird die EU-Militarisierung ja - nicht zuletzt von der rot-grünen Bundesregierung - der Öffentlichkeit friedenspolitisch verbrämt mit anti-amerikanischen Untertönen schmackhaft gemacht: In den USA herrsche wie bekannt eine militärische "Hau-drauf"-Mentalität vor, die sich aus der Arroganz der - militärischen - Macht speise; demgegenüber seien "wir Europäer" (und vor allem "wir Deutsche") sehr viel zurückhaltender, sehr viel stärker auf zivile Konfliktbearbeitung orientiert und militärischem Draufschlagen eher abhold. Um dieser zivilisierten europäischen Haltung künftig mehr weltpolitisches Gewicht zu verleihen, müssten "wir" allerdings auch gewisse Anstrengungen unternehmen, um unabhängig(er) von den USA (auch militärisch) handlungsfähig zu sein und mehr Einfluss auf die USA und das Weltgeschehen zu bekommen.

Wenn dann auch noch, wie in der neuen EU-Strategie, sehr viel von ziviler Krisenprävention und zivil-militärischer Zusammenarbeit gesülzt wird - ohne allerdings auf die Keule kriegerischer Intervention(sfähigkeit) zu verzichten! -, dann wird es schwer, gegen die Militarisierung der EU zu mobilisieren, schließt der EU-offizielle Diskurs damit doch an die Diskurse über "Krisenprävention" und "zivile Konfliktbearbeitung" (prima Sachen, gewiss, nur nicht von und mit den Herrschenden in der EU zu haben) in großen Teilen der europäischen "Zivilgesellschaft" an. US-Präventivkriegsstrategien eignen sich für lautstarken Protest offensichtlich besser. Und so werden die für den 20.3.2004, den Jahrestag des Beginns des Irak-Kriegs, von der Friedensbewegung geplanten Großaktionen wohl wieder ganz im Zeichen anti-amerikanischen Kriegsengagements stehen.

So rufen IPPNW und andere zu einem "großen gemeinsamen Protestmarsch" zum US-Atomwaffenlager Ramstein in der Pfalz auf, um damit gegen die 65 noch auf deutschem Boden lagernden US-Atomwaffen zu protestieren. Sicher: Auch 65 Atomwaffen sind noch furchtbar und zu viel, und dagegen zu protestieren ist ehrenwert und löblich. Doch sei die Frage erlaubt, ob es angesichts des real existierenden Kriegsgeschehens, der realen Aufrüstung und der realen Interventionsvorbereitungen nicht drängendere Probleme gibt. Die EU-Militarisierung zum Beispiel. Erinnert sei auch daran, dass mit Frankreich und Großbritannien zwei Nachbarn und enge EU-Partner ebenfalls immense Nuklearwaffenarsenale besitzen, von denen nur wenig die Rede ist.

Wenn schon nicht zu erwarten ist, dass die Menschen gegenwärtig gegen den Euromilitarismus auf die Straße gehen, so ist es doch Aufgabe von Friedensorganisationen und antimilitaristischen Kräften, verstärkt Aufklärung über die Gefahren der Militarisierung der EU zu leisten und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der "Hauptfeind im eigenen (EU-)Land" steht (Karl Liebknecht). Vielleicht ist ja der ansonsten wohl wieder erwartbar gähnend langweilige Wahlkampf zum Europäischen Parlament, der in den nächsten Wochen über uns kommen wird, eine Gelegenheit, gewisse öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen. Da könnte man sich Sozis und insbesondere Grüne, die in den 80er und 90er Jahren heftigst gegen die Gefahren

des Euromilitarismus agitiert haben (die entsprechenden Broschüren und Flugblätter müssten sich im Parteiarchiv finden lassen), einmal richtig zur Brust nehmen.

Vo

4. Vom Straßenterror zum Massenmord

Vier neue Faschismus-Studien

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:04

Dass die deutsche Forschung über den Nationalsozialismus in einer Fülle von Einzelstudien immer neue wichtige Aspekte zusammengetragen hat, ist unumstritten. Vorgeworfen wird ihr aber mitunter, dass sie diese Aspekte nur unzureichend in ein Gesamtbild einordnet. Vergleichende Faschismusforschung, in den angelsächsischen Ländern vergleichsweise etabliert, komme "in der Zitadelle der deutschen Gelehrten" gar nicht vor, kritisiert der Oxforder Historiker Roger Griffin in seinem Beitrag zu dem von Wolfgang Wippermann herausgegebenen Sammelband ",Faschismus` kontrovers". (vgl. ak 477) Zumindest die erste der nachfolgend vorgestellten Neuerscheinungen relativiert diesen Befund.

Faschistische Kampfbünde

Sven Reichardts 800 Seiten starke vergleichende Untersuchung enthält nicht nur eine beeindruckende Fülle von Fakten über die faschistischen Kampfbünde in Italien und Deutschland, die Squadre d'azione und die SA. Der Autor stellt auch schon in der Einleitung die Frage, "ob mit dem Wort Faschismus ein tauglicher Gattungsbegriff der Politik bezeichnet werden kann". Er bejaht diese Frage, begrenzt die Anwendung des Faschismusbegriffs aber auf seine eigene "praxeologische" Analyse der faschistischen Bewegungen. In Abgrenzung von marxistischen Deutungen der Funktion des Faschismus, aber auch von Zeev Sternhells ideengeschichtlichem Ansatz (vgl. ak 437) konzentriert Reichardt sich ganz auf die Handlungen der faschistischen Akteure.

Zeitlich ist die Untersuchung auf die Phase vor der "Machtergreifung" beschränkt: Verglichen werden die Squadren der Jahre 1920 bis 1922 mit der SA vor 1933. Die wesentlichen Unterschiede fasst Reichardt in fünf Punkten zusammen: Erstens waren die Angriffe der Squadren gegen die Linke deutlich effizienter, zweitens die soziale Zusammensetzung der Squadren "bürgerlicher"; drittens "fehlte dem Squadrismus der antisemitische Grundton der SA"; viertens war der Squadrismus "monokonfessionell katholisch"; fünftens gab es graduelle Unterschiede, etwa bei der regionalen Verankerung - die Squadren agierten vor allem in ländlichen Gebieten, die meisten SA-Männer kamen dagegen aus Mittel- und Kleinstädten.

Zu Recht hält Reichardt diese Unterschiede für weniger bedeutsam als die Gemeinsamkeiten. Den faschistischen Kampfbund, in Italien wie in Deutschland, sieht er als "zunehmend geschlossenes System einer Subkultur der Gewalt", einer Gewalt, die sich primär gegen den Kommunismus und die Arbeiterbewegung richtet, durchweg aber nicht als Reaktion auf kommunistische Militanz gesehen werden darf. Während für die KommunistInnen die Anwendung von Gewalt Mittel zum revolutionären Zweck ist, wird die faschistische Gewalt zum "Inhalt des faschistischen Lebensstils", dient aber auch der Demonstration der eigenen Stärke gegen die Arbeiterbewegung; gerade das macht sie für die bürgerliche Klasse und insbesondere die Eliten interessant und wird mit offener Förderung belohnt.

Ferner handelt es sich in beiden Fällen um Männerbünde mit homoerotischen Zügen. Leitbild ist der Krieger, der die höchste Stufe der Männlichkeit darstellt und als "Märtyrer" Objekt höchster Verehrung ist. Ein "sozialfürsorgerischer Militarismus" macht die faschistischen Kleingruppen mit dem Führer an der Spitze für ihre Mitglieder zur Ersatzfamilie, das Versammlungslokal zum Aufmarschgebiet für gewalttätige Aktionen. Zum faschistischen "Habitus" gehören auch demonstrative Kompromisslosigkeit, Vitalität, Jugendkult, Kameradschaft und Virilität. Reichardts Studie endet mit fünf idealtypischen Merkmalen des Bewegungsfaschismus: Gewalttätigkeit; eine "informelle, aber gleichwohl effektive Organisationsstruktur"; Jugendkult; Führerprinzip; die Zielvorstellung "von einer nicht an soziale Interessen gebundenen Art von entökonomisierter Volksgemeinschaft".

"Erziehung zur Arbeit"

In ihrem Buch über die "Arbeitserziehungslager" (AEL) der Gestapo untersucht Gabriele Lotfi einen bislang wenig erforschten Gegenstand. Ihre Studie hilft aber auch bei der Beantwortung übergeordneter Fragen: Welchen Anteil hatte das deutsche Unternehmertum an der Perfektionierung des NS-Terrorsystems? Worin bestand die Macht der Gestapo? Und wie harmonisch war die "Volksgemeinschaft" tatsächlich?

In der Einleitung stellt die Autorin ausdrücklich klar, es gehe ihr nicht darum, "die Diskussion über Widerständigkeit, Resistenz oder Verweigerung innerhalb der Arbeiterschaft durch neue Thesen zu bereichern". Ihr "Blick richtet sich vielmehr vorrangig auf die regionale Funktionsweise des NS-Maßnahmenstaates und die polizeilichen Repressionsmechanismen im Alltag". Aufgabe der erstmals 1940 so bezeichneten "Arbeitserziehungslager" (AEL) war die Disziplinierung der Belegschaften, insbesondere die Hebung der Arbeitsleistung durch exemplarische Bestrafung. Die überwiegende Mehrheit der AEL-Häftlinge waren ausländische "Zivilarbeiter", die insbesondere in den letzten Kriegsjahren den unmenschlichen Arbeitsbedingungen entfliehen wollten oder durch andere Formen des Widerstandes "vertragsbrüchig" wurden.

Eingewiesen wurden aber auch deutsche "Volksgenossen", die gegen die Arbeitsdisziplin verstoßen hatten: Durch wiederholtes "Blaumachen", unerlaubten Wechsel des Arbeitsplatzes oder Auflehnung gegen Vorgesetzte. Anders als in den Konzentrationslagern war die Haft in den AEL zeitlich begrenzt - schließlich sollten die Delinquenten möglichst schnell an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Dennoch starben etliche an den unmenschlichen Arbeitsbedingungen oder wurden von den Wachmannschaften ermordet. Zwar gab es verbindliche Erlasse des Reichssicherheits-Hauptamtes oder der Gestapo-Zentrale in Berlin, gleichzeitig wurde aber auf die Eigeninitiative regionaler Instanzen gesetzt. Dass die AEL schließlich zu "staatspolizeilichen Hinrichtungsstätten" wurden, war gewollt. Es galt, die "Brauchbaren" von den "Minderwertigen" zu trennen. Zu letzteren zählten insbesondere polnische und sowjetische Zivilarbeiter.

Insgesamt müssen mehrere Hunderttausend Menschen in AEL-Haft gewesen sein. Seit 1944 waren auch Frauen betroffen. Gegen Ende des Krieges konnten die Lager etwa 40.000 Häftlinge aufnehmen. Je mehr "Ordnung und Disziplin" zusammenbrachen, desto mehr eskalierte der Terror der Gestapo, aber auch der übrigen Polizei. Die abschreckende Wirkung dieses Terrors sollte nicht unterschätzt werden. Zu den DenunziantInnen, die den flächendeckenden Terror erst ermöglichten, gehörten schon in den Vorkriegsjahren Unternehmer und deren leitende Angestellte, die selbst bei nichtigen Anlässen nach der Polizei riefen und die Gestapo regelrecht in die Betriebe holten. Hier liefert das Buch erdrückendes Beweismaterial gegen die immer mal wieder vorgebrachte Klage, die Unternehmer hätten wie alle anderen auch unter dem NS-Regime zu leiden gehabt.

Eindrucksvoll sind die von der Autorin genannten Beispiele für auch von deutschen "Volksgenossen" begangene Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin wie Blaumachen, Krankfeiern, Handgreiflichkeiten gegen Vorgesetzte, Entfernung vom Arbeitsplatz, Produzieren von Ausschuss, Verweigerung von Überstunden oder langsames Arbeiten. Diese Formen der Renitenz waren nur in den seltensten Fällen politisch motiviert, sondern richteten sich gegen Lohnsenkungen, Arbeitshetze oder Zuweisung schwerer Arbeit, etwa im Bergbau, am Westwall oder auf anderen Baustellen. Dass sie wirksam waren, zeigen die Reaktionen des Regimes, das mal Zugeständnisse machte und dann wieder brutal zuschlug.

Kindertransporte

Während die überlebenden deutschen AEL-Häftlinge Befragungen zu ihren Leiden verweigerten, macht eine andere Gruppe von NS-Verfolgten seit Jahren auf ihre Geschichte aufmerksam: Die Organisationen der 1938/39 aus dem Deutschen Reich nach Großbritannien geflüchteten 10.000 jüdischen Kinder. In einem Sammelband über die "Kindertransporte" wird anschaulich gezeigt, dass die Emigration für diese Kinder "Rettung und Trauma" zugleich war. So formuliert es Wolfgang Benz in seinem einleitenden Beitrag, der die "Kindertransporte" historisch einordnet. Schon in dieser Einleitung wird deutlich, dass die Trennung für beide Seiten schwer zu ertragen war: für die Eltern, vor allem aber für die kleineren Kinder, die ihre Verschiffung in ein fremdes Land als Bestrafung empfanden.

Andererseits gab es sehr viel mehr BewerberInnen als freie Plätze. Deren Vergabe erfolgte nach sehr fragwürdigen Kriterien: Kranke und behinderte Kinder hatten von vornherein keine Chance, ebenso "verhaltensauffällige", wie Claudia Curio in ihrem Aufsatz über Auswahl und Eingliederungsstrategien der Hilfsorganisationen zeigt. Die aufnahmebereiten englischen Mittelschichtsfamilien, jüdische wie nicht-jüdische, wünschten sich vor allem kleine Mädchen; häufig stand hinter der Gastfreundschaft die Hoffnung auf eine Adoption. Wenn auch die Motive der Gastfamilien nicht immer selbstlos waren - die Organisation der Transporte und die Rettung von 10.000 Kindern und Jugendlichen bleibt eine außerordentliche Leistung. Auf britischer Seite waren es fast ausnahmslos Frauen, die nicht nur die Rettung organisierten, sondern auch die Unwilligkeit der Regierung, größere Massen von Verfolgten ins Land zu lassen, öffentlich kritisierten.

Die Trennung von der eigenen Familie und die Ungewissheit über deren weiteren Weg, der Anpassungsdruck in der Emigration, die Überforderung der Gastfamilien und viele andere als bedrückend empfundene Lebensumstände führten bei den meisten Kindern zu mehr oder weniger starker Traumatisierung. Gleichzeitig wurden sie nach 1945 kaum oder gar nicht als Opfer gesehen - sie gehörten ja zu den Geretteten, während die meisten ihrer Angehörigen in den Vernichtungslagern ermordet worden waren. Hinzu kam die Scham der Überlebenden, die auch bei vielen, die 1938/39 noch Kinder waren, ein Leben lang anhielt.

Das Buch über die "Kindertransporte" informiert nicht nur über ein kaum bekanntes Kapitel der Verfolgung und Rettung deutscher und österreichischer Jüdinnen und Juden. Einige Autorinnen ziehen auch Parallelen zur Situation "unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge" heute. Marianne Kröger ist voll zuzustimmen, wenn sie in ihrem Beitrag "Kindheit im Exil" schreibt: "Es sollte selbstverständlich sein, dass die Exilwissenschaft sich auch in der Gegenwart gegen Verfolgung und für die Schaffung und Bewahrung humaner Asylbedingungen einsetzt ..." Dass sich die unmenschlichen Praktiken deutscher Behörden durch solche Appelle ändern lassen, muss leider bezweifelt werden.

Karrieren vor und nach 1945

Etwa 4.300 Kurzbiografien von Menschen, die an herausragender Stelle für Führer und Vaterland wüteten, enthält Ernst Klees "Personenlexikon zum Dritten Reich". Vertreten sind Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung. Nicht alle waren Mitglieder der NSDAP. Klees besonderes Interesse gilt den Karrieren, die dieses Pack nach 1945 machte. Ein Buch, das durch "unübertroffene Vollständigkeit" besticht. (Rudolf Walther in der Frankfurter Rundschau vom 19.9.2003)

Als (mangels Nachkriegskarriere untypisches) Beispiel Auszüge aus dem Eintrag über den "Staatsschauspieler" Heinrich George, der nicht nur von seinem Sohn Götz ("Schimanski") als unschuldiges Opfer der sowjetischen Besatzungsmacht betrauert wird: "1938 Intendant des Berliner Schillertheaters. Hauptdarsteller in dem am 5.9.1940 uraufgeführten Hetzfilm Jud Süß. Beurteilung Amt Rosenberg vom 11.9.1942: ‚Da er heute bereit ist, den Anschluss an den Nationalsozialismus zu finden und dieser Haltung auch durch seine Spielplanpolitik Ausdruck gibt, werden keine Bedenken gegen ihn erhoben.` Carl Zuckmayer: ‚Jählings von einem Tag auf den anderen wandelte er seine wildkommunistische revolutionäre Gesinnung in ebenso raserischen Nationalsozialismus.` (George starb im September 1946) in sowj. Internierung im ehemaligen KZ Sachsenhausen an den Folgen einer Blinddarmentzündung".

Js.

Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln, Weimar, Wien (Böhlau) 2002, 814 Seiten, 59 EUR

Gabriele Lotfi: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) 2003, 452 Seiten, 15,90 EUR

Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration. Herausgegeben von Wolfgang Benz, Claudia Curio und Andrea Hammel. Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) 2003, 253 Seiten, 12,90 EUR

Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main (S. Fischer) 2003, 733 Seiten, 29,90 EUR

5. Generation Tabubruch

Neue Linke im Libanon - eine Reportage aus Beirut

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:05

Wie funktioniert linke Opposition in einem konfessionell gespaltenen, repressiven, wenn auch formal demokratischen Staat? Einem "Sektenstaat", in dem die Bevölkerungsgruppen lange nach dem Ende des Bürgerkrieges weiter denn je voneinander entfernt sind und wo Militär aus dem Nachbarland die "Stabilität" garantieren soll? Darüber informiert Hannah Wettig in ihrer bereits im Frühjahr vergangenen Jahres geschriebenen Reportage. Die von ihr geschilderten Begegnungen mit jungen libanesischen Linken geben Anlass zu verhaltenem Optimismus.

Rabieh ist betrübt. Die Zeitungen haben eine Stellungnahme der Antikriegskampagne nicht gedruckt. Dabei wäre das so wichtig gewesen, jetzt einen Tag vor der nächsten großen Demo. "Kein Krieg! Keine Diktaturen!" war bisher der Slogan der neuen Linken im Libanon. Doch mit den Amerikanern und Briten kurz vor Bagdad wirkt das Motto falsch. "Die anderen behaupten, wir seien für den Krieg", sagt Rabieh von den kommunistischen Studierenden. Die anderen, das sind die alten linken Parteien: Die Kommunisten, die Progressiven Sozialisten um den Drusen Walid Jumblat, die Arabischen und Syrischen Nationalisten, Syrische und Irakische Baathisten, diverse Nasseristen und palästinensische Gruppen.

Mit ihnen will die junge linke Bewegung, aus der Rabieh kommt, eigentlich nichts mehr zu tun haben. Vor kaum ein, zwei Jahren fingen Studierende an, sich jenseits der politischen Parteien zu organisieren. Andere agierten in der Jugendorganisation der kommunistischen Partei, lehnten es aber ab, die Parteilinie mit zu tragen. Für die meisten war die palästinensische Intifada Ausgangspunkt einer Politisierung. Aber auch die globalisierungskritische Bewegung in Europa und den USA gilt vielen als Vorbild.

So sammelten sie Geld, damit zumindest eine Person nach Porto Alegre fahren konnte. 2001 organisierten sie ein Forum gegen die Welthandelsorganisation (WTO) unter anderem mit Jose Bové und attac Frankreich. Auf einem Plakat, das zu einer Anti-Kriegs-Demo aufruft, steht: "Millionen demonstrieren auf der Welt, wann wir?" Simon Assaf von der Monatszeitung Al Yasari ("Der Linke"), die aus dieser Bewegung entstanden ist, sagt: "Sie haben gesehen, dass dort Tausende auf die Straße gehen gegen den Imperialismus. Da war die Frage: Warum können wir das nicht, die direkt davon betroffen sind?"

Am 15. Februar 2003 organisierten sie zum ersten Mal eine eigene Demo. Bisher waren es immer die Fahnen der syrischen Nationalisten, der islamistischen Hizbollah und die Saddam-Hussein-Bilder der irakischen Baathisten, die das Bild auf den Demonstrationen prägten. Doch seit dem 15. Februar gibt es wöchentlich eine Demo mit bunten Plakaten und lustigen Sprüchen, mit Trillerpfeifen und Trommeln. Greenpeace und die libanesische Umweltorganisation Greenline sind regelmäßig dabei, eine kleine Gruppe Schwuler, die sich inzwischen sogar traut, eine Regenbogenfahne zu schwenken, und die AmerikanerInnen gegen den Krieg, die froh sind, nicht mehr hinter Saddam- und Arafat-Bildern herlaufen zu müssen.

"Auch wenn wir nur einige Hundert sind im Gegensatz zu mehreren Tausend, die von den Parteien mobilisiert werden - es ist wichtig, dass wir zeigen, dass Demonstrieren anders gehen kann, dass es Spaß machen kann," erläutert Simon Assaf. Die alten linken Parteien finden das allerdings nicht so spaßig. Seitdem die Antikriegskampagne, wie sich der Zusammenschluss mehrerer undogmatischer Gruppen nennt, auf einer Konferenz zum Sturz aller Diktaturen aufgerufen hat, streitet man sich in den Kommentarrubriken der linken Zeitung Al Safir. Die Jugendlichen seien gefährliche Utopisten, heißt es da etwa. Die Kommunistische Partei hat zunächst versucht, ihre Jugend zu maßregeln. Als das nichts half, wurden diejenigen, die sich in der Antikriegskampagne engagieren, aus der Partei ausgeschlossen.

Für die junge Bewegung kann ein solcher Streit gefährlich werden. Libanon hat zwar das liberalste politische System in der arabischen Welt. Es gibt bürgerliche Freiheiten, es gibt Parteien, es gibt Wahlen, und wer gewählt wird, steht nicht von vornherein fest. Doch wer politisch agieren will, braucht Protektion. Gesetze werden willkürlich angewendet. So ist es zum Beispiel verboten, ohne Lizenz eine Zeitung herauszugeben. Die kostet allerdings mehrere Tausend Dollar. Linke Zeitungen werden bisher auch ohne Lizenz geduldet, nicht aber die Publikationen der christlichen Jugendlichen. "Denn die Christen haben den Bürgerkrieg letztlich verloren", erläutert Simon.

Kneipen brauchen gleich mehrere Lizenzen. In der komplett sanierten Monot-Straße nahe dem Stadtzentrum hat keine der rund 50 Kneipen, Restaurants und Diskotheken alle erforderlichen Lizenzen. Das ist nicht weiter schlimm, soll die Ausgehmeile doch die Touristen aus den Golfstaaten anlocken, die bereit sind, fünf Dollar für 0,3 Liter Bier zu bezahlen. Doch ein paar der Kneipen veranstalten Schwulenpartys, andere bieten einer Underground-Musikszene eine Bühne. Ihnen droht regelmäßig die Schließung wegen der fehlenden Lizenzen.

Schutz vor Willkür bietet nur "Wasta" - Beziehungen zum politischen Establishment, aber auch zu bestimmten Oppositionsparteien wie der islamistischen Hizbollah oder der KP. Weil die Leute in der Antikriegskampagne das Wohlwollen der alten Parteien nicht gänzlich verlieren wollen, haben sie nun ihr Motto geändert. "Kein Krieg! Keine Diktaturen! Für populären Widerstand!" Ihre Erklärung dazu wollten die Zeitungen eigentlich drucken. Niemand weiß, warum sie es nicht getan haben.

Unbehagen macht sich nach der Demo breit, als klar wird, dass just während einer Agitprop-Aktion vor einer McDonald`s-Filiale in einer anderen McDonald`s-Filiale eine Bombe detoniert ist. Rabieh glaubt, dass es der Geheimdienst war. Er glaubt auch, dass der angebliche Selbstmordattentäter in der britischen Bank vergangene Woche vom Geheimdienst geschickt wurde. Der Mann hatte verlangt, mit dem Innenminister reden zu dürfen, und hatte nach dem Gespräch sein Vorhaben aufgegeben.

Ob es wirklich der Geheimdienst war? Im Libanon wie in anderen arabischen Ländern haben Verschwörungstheorien Hochkonjunktur. Erstaunlich ist das nicht in einer Region, wo sich jeder Diktator mit jedem irgendwann gegen jeden verschworen hat und die USA zumindest seit Kissinger dabei exzessiv mitgemischt haben.

Eins jedoch ist sicher. Die neue Linke spricht Themen an, die den alten Kräften zunehmend unangenehm werden. Sie brechen ein Tabu nach dem anderen. Dazu gehört auch das Verhältnis zu Israel und zu Syrien. So sagt Simon Assaf, was bisher unaussprechbar war: "Das Problem mit Israel ist nicht so sehr ein Problem mit Israel, sondern das mit den arabischen Regimen. Die Palästinenser haben genauso in Jordanien, Syrien oder Libanon gelitten wie in Israel."

Im Libanon leben die meisten der rund 350.000 PalästinenserInnen immer noch in Lagern. Sie haben keine Staatsangehörigkeit, nur einen Flüchtlingsstatus. Sie dürfen nicht als Ärztinnen, Rechtsanwälte, IngenieurInnen arbeiten. Insgesamt sind ihnen 72 Berufe verboten. Neuerdings dürfen sie auch kein Eigentum an Immobilien erwerben. Keine der im Parlament vertretenen Parteien zweifelt diese Regelungen ernsthaft an. Denn eine Integration der Flüchtlinge, die rund 10% der Bevölkerung stellen, würde den Religionsproporz stören, auf dem die libanesische Demokratie aufbaut.

Nach 15 Jahren Bürgerkrieg legten die Kriegsparteien 1989 im Taif-Abkommen fest, nach welchem Proporz Angehörige der 17 verschiedenen Konfessionen im Parlament vertreten sein sollen. Ist der Präsident sunnitischer Muslim, muss der Ministerpräsident Maronit sein und umgekehrt. Das Amt des Parlamentssprechers geht an einen Schiiten. Drusen und griechisch-orthodoxe Christen erhalten wichtige Ministerposten.

Die Vertreter der jeweiligen Konfession sind meist Angehörige ehemals feudaler Klans, genannt Za'im. Das wird sich auch so schnell nicht ändern, denn gewählt wird in dem Dorf, aus dem die Familie stammt. "Mein Vater ist in Byblos geboren, meine Schwester in Beirut, ich in Qatar, aber wir müssen in dem Dorf wählen, aus dem mein Großvater stammt", erläutert Simon. Das führt dazu, dass viele gar nicht wählen, andere wählen das, was die Großeltern ihnen nahe legen, weil sie sich in den Dorfstrukturen nicht auskennen.

Noch weitere Regelungen zementieren die Trennlinien zwischen den Religionen. Beispielsweise ist eine zivile Eheschließung nicht möglich. Das heißt, theoretisch können Angehörige unterschiedlicher Konfessionen nicht heiraten. Wer das trotzdem will, heiratet in Zypern. Linke und DemokratInnen organisieren seit Jahren Protestaktionen gegen diese Gesetzgebung. Doch der Widerstand von Klerus und Islamisten ist groß. "Die Konfessionen sind heute weiter entfernt voneinander als vor dem Bürgerkrieg. Jede hat ihr eigenes Stadtviertel, eigene Schulen und Universitäten", sagt Hassan Krayem, Professor an der Amerikanischen Universität Beirut. Selbst die einzige staatliche Universität hat mittlerweile separate Abteilungen in Ost- und Westbeirut, im Osten für die Christen, im Westen für die Muslime.

Gegen diese Trennung wollte vor zwei Jahren die Studierendengruppe der KP vorgehen. Im Bruch mit der Parteilinie suchten sie das Gespräch mit den Jugendorganisation anderer Parteien. Bewusst luden sie zu diesem "nationalen Dialog" auch die Phalange ein, die Hauptströmung des maronitischen Katholizismus, die allerdings als faschistische Bewegung in Anlehnung an Hitler und Franco entstanden ist.

Beziehungen bieten Schutz vor Willkür

"Die junge Generation war nicht am Bürgerkrieg beteiligt, aber sie lebt unter den gleichen Bedingungen, die dazu geführt haben. Sie wächst in dem gleichen Sektenstaat auf", erläutert Rabieh von den kommunistischen Studierenden. "Wenn wir gegen das Sektensystem vorgehen wollen, müssen wir das mit allen diskutieren. Aus dem Dialog erwuchs eine gemeinsame Kampagne für die zivile Eheschließung mit den Auonisten, den Anhängern General Michel Aouns, dessen christliche Milizen zum Ende des Bürgerkrieges die Phalange schlugen und dann einen hoffnungslosen und selbstzerstörerischen Krieg gegen die syrische Armee führten. "Die Auonisten sind Laizisten, und sie sind für Demokratie. Darum können wir an diesem Punkt mit ihnen zusammenarbeiten", erklärt Rabieh.

Gegen die Trennung der Konfessionen

Aber die Kampagne geriet schnell unter Beschuss. Am 3. April 2001, dem 26. Jahrestag des offiziellen Beginns des Bürgerkrieges, sollte eine gemeinsame Demonstration stattfinden - "gegen das Vergessen". Doch die Regierung mobilisierte ihre AnhängerInnen zu massiven Gegendemonstrationen, während christlicher Klerus und Islamisten gegen die Kampagne für zivile Eheschließung auf die Straße gingen. Angesichts der Gefahr von Prügeleien mit RegierungsanhängerInnen bliesen die OrganisatorInnen die Demo ab.

Dazu gab es Stress mit den Auonisten. Diese begrüßten den vom US-Kongress verabschiedeten Syria Accountability and Lebanese Souvereignity Restoration Act, der Syrien Terrorismus vorwirft und es auffordert, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen. Die kommunistischen Studierenden waren sauer. "Wir hatten während des Dialogs über die Einmischung anderer Mächte in die Politik des Libanon diskutiert und gesagt, dass diese Art Hilfe von außen uns absolut nicht weiterhilft", sagt Rabieh. Die Jugend der Progressiven Sozialistischen Partei kündigte wegen des Vorfalls den Dialog auf.

Tatsächlich haben die kommunistischen Studierenden selbst massive Kritik an der so genannten syrischen Präsenz im Libanon. Das syrische Militär hat sich nach dem Bürgerkrieg immer noch nicht aus dem Land zurückgezogen. Und mit ihm bleibt auch der syrische Geheimdienst präsent. Hassan Krayem, der eine Organisation zur Überwachung von Wahlen gegründet hat, berichtet, dass die Wahllisten nur unter syrischer Aufsicht zusammengestellt werden können: "Wenn ein Kandidat zu kritisch ist, wird er vom Militär so lange unter Druck gesetzt, bis er zurücktritt." Andere verschwinden auch einfach.

Das Taif-Abkommen bestimmte, dass syrische Truppen nach dem Ende des Bürgerkriegs zunächst zur Stabilisierung der Lage im Land bleiben sollten. "Nach zwei Jahren sollten sie abziehen. Doch dann kam der Golfkrieg dazwischen. Die USA und Syrien verständigten sich, dass eine weitere militärische Präsenz notwendig sei", erläutert Hassan Krayem.

Obwohl der damalige syrische Präsident Hafez Al Assad im Bürgerkrieg gegen die Vereinigten Linken Milizen aufmarschieren ließ und später die islamistische Hizbollah mit aufbaute, haben die alteingesessenen linken Parteien im Libanon die syrische Präsenz stets unterstützt - sie sehen Syrien als Bollwerk gegen den westlichen Imperialismus und gegen Israel. Darum ist das Thema für die junge Linke ein heißes Eisen. Auch geraten sie damit in die Nähe der christlichen Jugendorganisationen, die in der Okkupation durch Syrien eine islamische Bedrohung ihrer christlichen Kultur sehen.

Konfessionelle Spaltung ist nicht nur für die Gesellschaft als ganze, sondern auch innerhalb der Linken von Bedeutung. Die Arabischen Nationalisten sind stark von Sunniten dominiert. Die kommunistische Partei wird von Schiiten getragen. Christen und Drusen sind auch in der neuen Linken eher eine Seltenheit. Simon Assaf sieht den Beginn dieser Entwicklung in der Gründung des Staates Israel. "Erst nach 1948 konnte sich der arabische Nationalismus als Hauptströmung in der Linken durchsetzen. Vorher haben Juden, Christen und Drusen eine wichtige Rolle gespielt in der Kommunistischen Partei."

Etablieren konnten sich die Arabischen Nationalisten und Baathisten aber auch, weil sie von der Sowjetunion unterstützt wurden, zumal wenn sie - wie in Ägypten, Syrien und Irak - an der Macht waren, und auch dann noch, als die KommunistInnen von diesen Regimen zu Tausenden verhaftet und ermordet wurden.

Gegen den arabischen Nationalismus

Der Arabische Nationalismus, aber auch der Baathismus hat immer den Kampf um Befreiung als nationale Befreiung begriffen. Individuelle Rechte waren nachrangig. Darum ist die Antwort der arabischen Nationalisten in der Palästina-Frage auch eindeutig. Nachdem sie sich von der "Werft die Juden ins Meer"-Linie verabschiedet haben, unterstützen sie jetzt die Zwei-Staaten-Lösung.

Für Bassem Schiet kommt das gar nicht in Frage. "Wir wollen einen säkularen Staat, in dem Palästinenser und Israelis gemeinsam leben. Der jüdische Staat spaltet die Religionen. Als Linke sind wir dagegen", erläutert er auf einer Veranstaltung. Doch das kann nicht funktionieren, ohne die Diktaturen in der arabischen Welt abzuschaffen. "Die Israelis leben genauso wie wir in einem Gefängnis. Zugegebenermaßen haben sie das schönere Gefängnis", sagt Simon Assaf. "Wir müssen ihnen eine Alternative bieten. Für die Juden - insbesondere die arabischen Juden - macht es Sinn, in Israel zu leben. Schließlich will kein Mensch unter dem syrischen, irakischen oder ägyptischen Regime leben. Auch wir wollen das nicht."

Wären aber all diese Regime demokratisch, würde sich der Konflikt in Israel selbst erledigen, so seine Hypothese. "Sehen wir doch der Realität ins Auge: Der israelische Staat ist korrupt bis ins Mark. Ich denke, viele Juden würden hierher zurückkommen." Umgekehrt profitieren die arabischen Regime vom Konflikt in Israel und Palästina. "Protest lässt sich kanalisieren und auf die Palästina-Frage reduzieren", sagt Simon.

Doch in Bezug auf Israel sind sich die verschiedenen Gruppen in der Antikriegskampagne nicht einig. Rabieh sieht das Ganze realistisch. "Wenn es nur einen Staat für Israel und Palästina gibt, wäre das ein palästinensischer Staat, sofern er demokratisch wäre. Das können die Israelis nicht wollen." Darum ist er für eine Zwei-Staaten-Lösung. "Als Übergang."

Hannah Wettig

6. Querfront in Italien

Antiamerikanische Allianz blamiert sich

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:06

In Rom fand am 13. Dezember 2003 eine Demonstration statt, die von der bescheidenen Anzahl der TeilnehmerInnen her eigentlich nicht der Rede wert wäre: 400 Personen, weitaus weniger als von OrganisatorInnen und KritikerInnen der Aktion erwartet, bekundeten ihre Solidarität mit dem militärischen Widerstand des "irakischen Volkes" gegen die Besatzung. Im Vorfeld hatte die Kampagne bereits seit Monaten zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, denn unter den UnterstützerInnen traten auch Faschisten und Gruppen mit klarer Querfront-Orientierung in Erscheinung.

Noch nie hat sich bislang eine so hartnäckige Zustimmung von Aktivisten der Rechten zu einer ‚linken` Initiative feststellen lassen", hieß es in einem in der Liberazione, Tageszeitung der Rifondazione Comunista, am 25. November veröffentlichten Brief antifaschistischer und antirassistischer Gruppen. Die OrganisatorInnen haben zwar die ihnen vorgeworfene Querfront-Kooperation dementiert, Unterschriften offensichtlicher Faschisten zu ihrem Aufruf getilgt und erklärt, dass bei der Demonstration rechte Organisationen nicht erwünscht seien. Aber zu Beginn der Planungen ist nachweislich ein Querfront-Konzept diskutiert worden.

Monatelange Polemiken haben bewirkt, dass tatsächlich bei der Demonstration keine direkt faschistischen Gruppen in Erscheinung traten. Unter den linken Organisationen war die Basisgewerkschaft Slai-Cobas stark vertreten, die Mitte der 1990er Jahre in Kämpfen in der Autoindustrie eine wichtige Rolle gespielt hatte, sich dann aber - nach einer Spaltung - durch ihren sektiererischen Kurs von den anderen Basisgewerkschaften und den sozialen Bewegungen weitgehend isoliert hat.

Junge Welt hofiert Querfront-Philosophen

In der italienischen Linken hat eine kritische Auseinandersetzung mit der Kategorie "Nation" nie in nennenswertem Umfang stattgefunden. Unreflektierte Solidarität mit "nationalen Befreiungskämpfen" von "Völkern" ist noch relativ weit verbreitet. Antisemitismus war in Italien stets eher eine Randerscheinung, dafür wird er in der Linken auch nicht als besonderes Problem gesehen, sondern irgendwo unter "Rassismus" eingeordnet. Entsprechend hemmungslos fällt vielfach die Agitation gegen den "Zionismus" aus. Der kulturelle Antiamerikanismus vermag sich vielleicht noch auf eine gewisse Substanz mediterraner Lebensformen zu stützen: Gegen die Eröffnung der ersten McDonald's-Filiale in Rom Ende der 1980er Jahre hatte es eine große Protestdemonstration unter Beteiligung aller politischen Lager gegeben, der wohl tatsächlich einfach die Auffassung zu Grunde lag, dass ItalienerInnen eine solche Art der Ernährung nicht brauchen.

Diese Mentalität erklärt möglicherweise, wieso einige Linke sich in Italien Erfolg von einer Kampagne versprochen haben, die auf die Mobilisierung primitivster antiamerikanischer Ressentiments zielte. Der Aufruf war von über 1500 Personen unterzeichnet worden. Unter ihnen fanden sich Prominente wie der stalinistische Philosoph Domenico Losurdo und Andrea Catone, Redakteur der als Zentralorgan des realsozialistisch-traditionalistischen Rifondazione-Flügels fungierenden Zeitschrift l'Ernesto. Dass die Demonstration schließlich zum peinlichen Flop wurde, sollte nicht zu der voreiligen Einschätzung verleiten, die Denkweise, die sich da manifestierte, sei in der italienischen Linken bedeutungslos.

Die Planung reicht noch in die Zeit kurz vor Beginn des Irakkriegs zurück. Das Konzept wurde ab Februar 2003 im Rahmen einer Mailingliste namens "Lista antiamericanista" diskutiert. Protagonist dieser Diskussion war Moreno Pasquinelli von der zur ex-trotzkistischen Phantominternationale "International Leninist Current" gehörenden Sekte "Dimensione 17", die die treibende Kraft des "Antiimperialistischen Camps" ist. Dort trifft sich seit Jahren jeden Sommer die Crème der bizarrsten ML-Gruppen (z.B. die "Russische Maoistische Partei") mit Gefolgsleuten Saddam Husseins, Vertretern islamischer Gemeinden, LiebhaberInnen des serbischen Volkes und allem, was sonst noch gegen den in den USA lokalisierten "Hauptfeind der Menschheit" ist.

Den Anfang der Diskussion machte ein Aufruf "Peoples smash America" mit jener stereotypen Litanei gegen amerikanischen "Konsumismus" usw., die jedem NPD-Schläger das Herz hüpfen ließe. Moreno Pasquinelli sprach sich dann für eine Ausweitung des Bündnisspektrums aus und setzte die Öffnung der Mailingliste für

rechte Intellektuelle durch. Prompt tauchten bekannte Personen mit eindeutig rechtsextremer Position auf, die dann aber wegen der "linken" Dominanz wieder einen Rückzieher machten. Fest etabliert haben sich im Diskussionszusammenhang dagegen die Betreiber der einem "kommunitaristischen" Links-rechts-Crossover verpflichteten Online-Zeitschrift Socialismo e Liberazione um den ehemaligen Le-Pen-Verehrer Maurizio Neri, der noch 1998 auf einer Wahlliste der faschistischen "Fiamma tricolore" kandidierte.

Cheftheoretiker des Antiimperialistischen Camps ist der befreiungsnationalistische Querfrontphilosoph Costanzo Preve. Er gehörte in den 1970er und 1980er Jahren zu den wichtigsten marxistischen Intellektuellen im Umfeld der linksradikalen Democrazia Proletaria und vollzog nach 1990 eine "selbstkritische" Revision seiner Positionen. In deren Ergebnis vertritt Preve die Ansicht, der Kern der herrschenden Klasse bestehe heute aus den nach 1968 entstandenen alternativ-liberalen Mittelschichten. Der Hauptwiderspruch der Gegenwart sei nicht mehr der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern der Konflikt zwischen der imperialistisch-amerikanischen Homogenisierung, deren Geschäfte die "politisch korrekte" intellektuelle "Snob-Linke" betreibe, und dem Kampf der "Völker" um Bewahrung ihrer Kulturen und Traditionen. Ausdrücklich erhebt Preve die Überwindung der politischen Dichotomie von "links" und "rechts" zum Programm.

"Kein Zutritt für Amerikaner"

Auf der Lista antiamericanista wurde aber nicht nur theoretisiert, sondern es gab auch Vorschläge zu Aktionen wie dem Anbringen von Aufklebern mit der Aufschrift "Kein Zutritt für Amerikaner" an Türen von Geschäften und Restaurants, wo sich Hinweise auf die akzeptierten Kreditkarten befinden.

Werbung für die italienische Querfront, die angeblich keine sein soll, macht im deutschen Sprachraum die "Antiimperialistische Koordination" (AIK), österreichische Dependance des Antiimperialistischen Camps. Zu ihr gehört Wilhelm Langthaler, der zusammen mit dem als Scharfmacher der jungen Welt (jW) bekannten Werner Pirker das Buch Ami go home geschrieben hat. Es war Pirker, der Costanzo Preve seit Januar 2003 in der jW hofiert hat. In Deutschland scheint die AIK einige SympathisantInnen zu haben, die verschiedentlich versuchten, linken Diskussionszusammenhängen ihre Botschaften unterzujubeln.

Die Wirkungsweise des neuen Antiamerikanismus hat der französische Philosoph Alain Finkielkraut treffend beschrieben: "Amerika erscheint allmächtig, da es keinen gleichrangigen Gegner mehr hat. Und dieses Bild der amerikanischen Allmacht erweckt die verhängnisvolle Idee wieder zum Leben, dass die Politik alles kann: alle Übel werden als Verbrechen wahrgenommen; das objektive Universum scheint von subjektiven Willensakten begründet, denen, die dem Übel widerstehen, und denen, die es vorantreiben. Das bedeutet auch, dass die Vorstellungswelt des Komplotts sich wieder der schwachen Geister bemächtigt, und wer Verschwörung sagt, sagt früher oder später ‚die Weisen von Zion`." Natürlich macht das Antiimperialistische Camp für seine Blamage am 13. Dezember "die Zionisten" verantwortlich.

Wie stark in Italien die Sympathien für das von der kleinen Schar propagierte Gedankengut tatsächlich sind, lässt sich schwer ermessen. In der Ernesto-Strömung der Rifondazione etwa dürfte es in einigen Punkten ein recht hohes Maß an Zustimmung geben, die aber mit Rücksicht auf eine mögliche Regierungszusammenarbeit mit der gemäßigten Linken nicht offen geäußert wird. Umgekehrt gibt es vereinzelt Anzeichen dafür, dass in Teilen der Linken die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Diskussion des Themenkomplexes Antisemitismus/Antizionismus/Antiamerikanismus gesehen wird.

Henning Böke

7. Der Genosse auf dem Tieflader

Interview mit dem Künstler Rudolf Herz über sein Projekt LENIN ON TOUR

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:07

Der Münchner Künstler Rudolf Herz (Jahrgang 1954) setzte sich in seiner künstlerischen Laufbahn mehrfach kritisch mit linken Utopien und Versuchen gesellschaftlicher Veränderung auseinander. Die Symbole und Ikonen der Oktoberrevolution bilden innerhalb dieses "roten Fadens" seines Werks einen besonderen Schwerpunkt. Für das Jahr 2004 plant Herz eine performative Aktion, in der er Lenin und Genossen als Skulpturen auf einem Tieflader montiert und 14 Tage lang durch Europa touren lässt. An ausgewählten Orten sollen Veranstaltungen mit Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen stattfinden, die jeweils Lenin das 21. Jahrhundert erklären werden. In diesem Sommer ließ Herz in einer Art vorgezogener Premiere Lenin via Gotthard-Pass die Alpen überqueren. Dieses Projekt liefert nicht nur Bilder einer bizarren Konfrontation und eigentümlichen Ästhetik, sondern gibt Anlass zur Reflexion über das vermeintliche Ende einer Systemdebatte.

Wie kommt ein Künstler darauf, an die Revolutionsgeschichte im 20. Jahrhundert anzuknüpfen und damit eine Diskussion über eine Alternative zum global durchgesetzten Kapitalismus zu intendieren? Angesichts einer äußerst minoritär gewordenen Linken und einer als chic geltenden Apologie des Kapitalismus (siehe das Merkur-Heft "Kapitalismus oder Barbarei") auch von ehemaligen Linken, wird diese Aktion nicht unbedingt begeisterte Resonanz hervorrufen, sondern eher auf Unverständnis stoßen.

Auf Grund erhöhter Reiseaktivität des Künstlers in Vorbereitung von LENIN ON TOUR war ein persönliches Treffen zum Interview nicht möglich, so dass Matthias Reichelt das nachfolgende "Gespräch" per Email und Telefon zwischen Berlin, München und St. Petersburg geführt hat.

ak: Seit dem Frühjahr 2002 beschäftigst du dich mit dem Projekt LENIN ON TOUR. Was war der Auslöser, diese Straßen-Performance zu realisieren und Lenin durch mehrere europäische Metropolen touren zu lassen?

Rudolf Herz: Ich war zu der Ausstellung ICONOCLASH des ZKM in Karlsruhe eingeladen und wollte die Büsten des ehemaligen Dresdner Lenin-Denkmals mit den Gesichtern zur Wand aufstellen. Das Denkmal ist im Besitz einer Steinmetzfirma in der Nähe von Ulm und steht dort zerlegt auf dem Firmenhof. Ich dachte mir, der Transport der Köpfe von Lenin und zwei anonymen Genossen auf einem Tieflader könnte interessant aussehen. Das Bild war noch viel besser als ich vermutet hatte. Ich merkte, was für ein künstlerisches Potenzial in dieser ursprünglich rein technischen Maßnahme lag. So entstand die Idee, das Projekt LENIN ON TOUR zu entwickeln.

Du hast dich bereits Anfang der neunziger Jahre mit dem Lenin-Denkmal auseinander gesetzt.

1991 wollte die Stadt Dresden ihr Lenin-Denkmal, das am Anfang der Prager Straße am Bahnhof stand, los werden und demjenigen schenken, der die Demontage übernehmen würde. Ich wurde wütend, als ich diese Meldung in der Presse las, und entwickelte den Entwurf LENINS LAGER. Ich war so wütend, weil sich eine Stadt einfach ihrer Geschichte entledigen wollte. Wenn man das Denkmal, das von dem russischen Bildhauer Jastrebentzki stammt, schon unbedingt stürzen wollte, dann sollte es als gestürztes an Ort und Stelle liegen bleiben und nicht verschwinden. Es wäre also auch ein Denkmal über den Denkmalsturz geworden, eine Art offene Wunde im Umfeld einer Stadt, die in den nächsten Jahren auf Westniveau getrimmt werden sollte. Der Kulturausschuss der Stadt entschied sich für meinen Vorschlag, doch dann kam der Steinmetz und der Stadtrat stimmte für den Abtransport. Die Bildzeitung hatte eine Kampagne gestartet und richtig Druck gemacht. Der Steinmetz sammelte in den ehemaligen Ostblockstaaten zahlreiche Denkmäler und hatte die Idee, einen Skulpturenpark an der Donau zu errichten. Nicht aus irgendwelchen politisch-ideologischen Gründen, sondern weil er sich für die handwerklichen Qualitäten begeisterte. Er starb kurz darauf und aus der Idee wurde nichts. Einige Jahre später kam ich mit seinem Sohn in Kontakt, der meiner Arbeit wohlwollend gegenübersteht. Es ist schon eine Ironie der Geschichte: ich war und bin gegen den Sturz der sozialistischen Denkmäler, scheitere dann mit meinem ketzerischen Vorschlag, das Denkmal wurde abtransportiert und nun ist dies die Voraussetzung für mein aktuelles Projekt.

Wieso möchtest du ausgerechnet Lenin durch Westeuropa touren lassen und warum nicht z.B. Karl Marx?

Meine Beschäftigung mit dem Dresdner Lenin-Denkmal hat im Lauf der Jahre eine eigene Tradition entwickelt. Ich schreibe die Geschichte fort und füge ein neues Kapitel hinzu. Marx-Denkmäler sind nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion dem Bildersturm nicht anheim gefallen.

Was bedeutet dir das Bild Lenin und Genossen festgezurrt auf einem Tieflader auf Fahrt durch Europa?

Mich interessiert das Phänomen des ortlos gewordenen Denkmals. Die drei Denkmalsfragmente auf dem LKW, das ist ein vagabundierendes Denkmal. Sein Sockel ist der Laster. Ich mache mit Lenin eine Reise, zeige ihm das Europa des 21. Jahrhunderts und bitte andere um eine Stellungnahme. Ich bin im Sommer 2004 vierzehn Tage mit dem Truck und den Büsten unterwegs. Abends machen wir Station in einer Stadt und der Truck parkt vor einem Museum, einem Theater, einer Fabrik, einem Kaufhaus. Hier können Passanten Stellung nehmen. In einigen Städten hält ein Philosoph, Wissenschaftler oder Künstler eine Rede und versucht, Lenin das 21. Jahrhundert zu erklären. Es sind immer ein Fotograf und ein Kamerateam dabei.

Ich operiere also bei der Reise mit der spielerischen Vertauschung von Skulptur und historischer Person und greife Lenins reale Reise von 1917 auf, als er mit dem Zug vom Züricher Exil über Stockholm nach St. Petersburg fuhr, quer durch Deutschland mit der Hilfe der Reichswehrführung und dann in St. Petersburg die Revolution machte. Ich zeige Lenin die Gegenwart und stelle ihn gleichzeitig selbst zur Schau. Ich inszeniere ein mobiles Bild, eine scheinbar ziellose Reise der Reste einer politischen Repräsentationskunst, die nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus funktionslos geworden ist. Auf dieser Reise durch das moderne Alltagsleben, auf Autobahnen und durch Städte, im Stau oder Verkehrsfluss trifft die jüngste Vergangenheit mit der auch visuell übermächtigen Gegenwart zusammen. Ästhetik und Semantik des Denkmals verändern sich mit dem Wechsel der Standorte, des Kontexts und der Interpreten. Ganz wichtig ist Lenins Blick: Was bekommt er denn zu sehen?

Willst du mit der steingewordenen Ikone Lenin und seinen Genossen daran erinnern, dass nichts unbedingt so bleibt wie es ist und der derzeitigen Absenz von Utopie die Möglichkeit einer neuen Utopie entgegensetzen?

Der Abriss der Denkmäler war eine dumme und atavistische Geste. Für mich steht Lenin, der Theoretiker, Revolutionär und Gründer der Sowjetunion, die 1991 untergegangen ist, für die historische Alternative einer antikapitalistischen Gesellschaftskonzeption. Was die ungeliebte und hässliche Sowjetunion für den Westen eigentlich bedeutete, merkten wir erst, als sie verschwunden war. Sie war eine untergründige Bezugsgröße der Linken, nach ihrem Ende wurde die Möglichkeit sozialer Utopien und alternativer Gesellschaftsmodelle grundsätzlich in Frage gestellt und der neoliberale Totalitarismus, wie er uns in der Globalisierung entgegentritt, konnte dominieren. Wir erlebten überall die Eliminierung systemkritischen Denkens. Das sollte man nicht vergessen. Ich glaube, der Epochenbruch von 1989/1991 und seine Folgen sind noch nicht begriffen. Mir geht es nicht um Nostalgie oder eine Wiederbelebung des Leninismus. Ich mache keinen Agit-Prop, keine Volkshochschule und keinen Revolutions-Pop. Ich vertraue auf die Kraft des Bildes und seine suggestive Fremdheit. Das regt zum Denken an und motiviert zum Widerspruch.

Du hast vor kurzem in einer vorgezogenen Premiere Lenin über den Gotthard-Pass der Alpen an den Lago Maggiore gebracht. Was war der Anlass und wie war die Resonanz?

Ich bin im Moment dabei, das Drehbuch für die Reise und ihre Stationen zu entwickeln, die Performance zu komponieren und vorzubereiten. Drei Büsten auf einen LKW packen und dann losfahren, das sieht so einfach und lässig aus. Doch da gibt es tausend Fragen. Was für einen LKW-Typ nehme ich, wie setze ich die Büsten drauf, wie machen wir das mit dem Redner, aus welchen Perspektiven und mit welchen Bildausschnitten nimmt man das Gespann auf, welche sind die richtigen Bilder für den Kameramann und welche für den Fotografen usw.?

Ich wollte eine Generalprobe machen. Wir haben das dann im Sommer 2003 mit einem Prolog verbunden. Harald Szeemann lud mich zu seiner Ausstellung "G 2003" am Lago Maggiore ein. Er hat Lenin den Weg über die Alpen gezeigt und den Monte Verità und über das Schicksal der Utopien im 20. und 21. Jahrhundert gesprochen. Der Monte Verità am Lago Maggiore, das war der Hügel der Utopien im frühen 20. Jahrhundert, Szeemann berichtete auch von einer Frau, die behauptet hat, mit Lenin auf dem Monte Verità getanzt zu haben. Ob Lenin wirklich da war, ist nicht gesichert, es ist eher unwahrscheinlich, da er mit Anarchisten, Individualisten und Esoterikern nichts am Hut hatte. Im Sommer 2003 stand jedenfalls seine monumentale Büste mit Blick auf den Monte Verità am See. Und der Philosoph Hans Heinz Holz hat eine kämpferische Rede

an den Genossen Lenin gerichtet und den Sozialismus Leninscher Prägung beschworen. Diese Konstellation ist ein sehr interessanter Zufall. Szeemann wie Holz waren für meine künstlerische Sozialisation wichtig, Szeemann mit der Documenta von 1972 und Holz mit einem theoretischen Text im damaligen Documenta-Katalog. Beides steht in einem ziemlichen Spannungsverhältnis, passt nicht zueinander. Auch politisch nicht. Diese Widersprüche und Gegensätze will ich.

Für die Tour im nächsten Jahr sind an den jeweiligen Orten Veranstaltungen geplant. Wie muss man sich die vorstellen?

Die Fahrt ins Tessin war mehr eine Fahrt in die Vergangenheit, eine Fahrt in eine Idylle. LENIN ON TOUR geht mitten ins 21. Jahrhundert, mitten in seine Metropolen, Konfliktherde und Widersprüche. Meine Rolle konzentriert sich auf die Planung der Reise und die Inszenierung der Bilder. Es geht mir darum, präzise Bilder zu bauen. Und bei mir liegt die Auswahl der Redner. Ich wende das traditionelle Redner-Motiv im Zusammenhang mit Lenin.

Nicht Lenin redet, er ist versteinert, schweigt und hört sich Reden an. Die Redebeiträge können zusammengenommen vielleicht so etwas wie einen Beitrag zur Bestandsaufnahme der geistigen Situation ergeben. Vor Ort erlebt man immer nur einen Aspekt. Akustisch und visuell. Erst post festum zeigt sich im Medium des geplanten Films und Buches die Einheit der Reise und meine subjektive Collage.

Gibt es bereits Zusagen von kooperierenden Institutionen?

Ja, aus mehreren Städten, von Museen und Theatern. In München beginnt das Projekt und die Stadt München ist mit ihrem Programm für Kunst im öffentlichen Raum die wichtigste Unterstützerin. Mit privaten Sponsoren bin ich im Gespräch. Die Reise geht in die Schweiz, nach Italien, Österreich, natürlich nach Dresden, dann Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Paris ... Wir sind voll im Planungsprozess.

Ist eine Finanzierung deines nicht unbedingt systemkonformen Projektes durch Kulturapparate kapitalistischer Staaten nicht ein Beweis für die Toleranz und Stärke des Systems?

Ja, man kann das so sehen. Beides hat Grenzen, das merkt man bald.

Interview: Matthias Reichelt

8. Grillparty am Abgrund

Erkenntnisse aus dem Alltag eines temporären Schutzengels in Kolumbien

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:09

In Kolumbien werden täglich Mitglieder sozialer Bewegungen verhaftet oder ermordet. Vermittelt über das Solidaritätsnetzwerk Red Europea begleiten seit 2003 Freiwillige aus Europa gefährdete AktivistInnen.

Erstens: Wer in einem Begleitprojekt bestehen will, muss einiges an Heroismus mitbringen.

Zum Beispiel das Aufstehen. Bogotá, 6.30 Uhr morgens: Man kann sich glücklich schätzen, wenn es nicht schon um diese Zeit, sondern erst gegen 15 Uhr nachmittags regnet. Der erste Blick aus dem Fenster: ein ausnahmsweise fast wolkenloser Himmel, der das ganze Ausmaß des Smogs offenbart. Mit der Weltmarktintegration sind zwar die meisten kolumbianischen Industrien stillgelegt worden, aber Autoverkehr und Exportblumenplantagen sorgen auch allein für ein bemerkenswertes Diesel-Pestizid-Ambiente.

Ich trotte Richtung Dusche. Ana María und Julio aus Zaragoza haben uns die Anschaffung eines Elektroboilers verboten. "Das kostet zu viel Strom." Bisher habe ich immer gedacht, Schweizer und Deutsche wären die geizigsten Völker Europas, doch hier stelle ich fest, dass man auch in Spanien ein ziemlich kontrolliertes Verhältnis zu Geld zu haben scheint. Bei 12 Grad Zimmertemperatur mit kaltem Wasser zu duschen, ist zwar nicht gesundheitsschädigend, aber erfordert Überwindung. Man muss allen verfügbaren Heroismus mobilisieren.

Zweitens: Die Gesetze der Logik sind relativ.

In Kriegssituationen wird das immer besonders deutlich. Ein Präsident, dessen Biografie aufs engste mit dem Drogenhandel verwoben ist, spricht vom Kampf gegen das Verbrechen, und die US-Regierung lässt zum Schutz der Menschheit vor krankmachendem Kokain weite Teile Amazoniens mit hochgiftigen Herbiziden besprühen. Noch viel relativer sind die Gesetze der Logik jedoch im Alltag unseres kleinen Projekts. Pünktlich um sieben Uhr morgens beginnt im Wohnzimmer unserer "Solidaritätsbotschaft" das wöchentliche Treffen mit den Bogotaner Partnerorganisationen: einer Gewerkschaft, zwei Menschenrechtsgruppen, einem Bildungsinstitut, der Bauernkoordination. Das interne Reglement des Projekts besagt, dass von unserem Haus aus die Büros der befreundeten Organisationen nicht angerufen werden dürfen. Die Regierung Uribe hat die NGOs erst unlängst wieder als "internationale Förderer des Terrorismus" bezeichnet, und so versucht man, nicht allzu unangenehm aufzufallen. Bis auf freitags. Dann kommen die befreundeten Gruppen zum Plenum in der "Botschaft" vorbei, und weil die meisten sozialen Organisationen Kolumbiens in Anbetracht zahlloser Mordanschläge vor den internationalen Institutionen Schutzmaßnahmen durchsetzen konnten, treffen fast alle unsere Freunde mit Begleitung ein. In unserer verschlafenen Straße in einem harmlosen Mittelschichtsviertel von Bogotá parken plötzlich mehrere gepanzerte Jeeps mit Leibwächtern: Bodyguards, die drolligerweise von der gleichen kolumbianischen Regierung finanziert und ausgerüstet werden, die diese Organisationen am liebsten noch heute verbieten würde.

Das wöchentliche Treffen beginnt mit Routine: Verhaftungen, Morddrohungen, Massaker. Doch daneben gibt es diese Woche auch einen erfreulicheren Tagesordnungspunkt. Eine kolumbianisch-brasilianisch-deutsch-schweizerische Gewerkschaftsdelegation kommt zu Besuch. M. und ich sollen sie in das 400 Kilometer nordöstlich gelegene Grenzdepartment Arauca begleiten, wo die Regierung gerade besonders viele AktivistInnen sozialer Bewegungen verhaften lässt. M. ist begeistert: "Endlich raus aus dieser Dreckskstadt." Meine Reaktion ist zwiespältiger: "Vom Regen in die Traufe." Was sich bestätigen wird.

Drittens: a) Kolumbianische Gewerkschafter erschrecken sich nicht vor Militärsperren, b) und essen gerne Fleisch.

Wenn man mit deutschen GewerkschafterInnen zu tun hat, gelangt man bisweilen zu dem Eindruck, dass einem die Tätigkeit als ArbeitnehmervertreterIn mit der Zeit auf Geist und Gemüt schlagen muss. Aber auch in dieser Hinsicht wird man hier eines Besseren belehrt - wahrscheinlich, weil die meisten kolumbianischen Gewerkschaften nach 4.500 Morden und immer neuen Gesetzen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts auf die Größe eines umfangreicheren Kleingartenvereins geschrumpft und damit auch die Verwaltungsarbeiten in den Hintergrund gerückt sind. Flughafen Saravena: Direkt neben der Landebahn liegen ein schwer befestigter

Militärstützpunkt und der Bunker der US-Sondereinheiten, die hier eine Pipeline beschützen. Zurückhaltend kann man die Situation als gespannt bezeichnen. In der 40.000 Einwohnerstadt sind in den vergangenen zehn Monaten 50 AktivistInnen verhaftet und 30 weitere ermordet worden; das Flughafengebäude wurde vor kurzem bei einem Anschlag der Guerilla in eine Ruine verwandelt. Edgar, Nahrungsmittelgewerkschafter aus Bogotá und vormals Arbeiter bei Nestlé, ist trotzdem guter Dinge. "Sabrrroso", er rollt das R: lecker. "Endlich wieder in Arauca." Voller Vorfreude richtet er sich an die hinter der Militärsperre auf uns wartenden Gastgeber. "Und? Ist das Rind schon geschlachtet?" Wir sind für den folgenden Tag zu einer Grillparty 80 Kilometer außerhalb der Kleinstadt Saravena eingeladen. Die Vertreter der lokalen Menschenrechtsorganisation bejahen die Frage, Edgar macht ein glückliches Gesicht. "Ist das nicht wunderbar?"

Die Delegation rollt im Taxikonvoy in die Innenstadt. Unter jedem Baum steht ein Soldat, am Straßenrand sind sandsackbefestigte Stellungen der Polizei, an den Wänden prangen Parolen der rechten Todesschwadronen AUC. "Das ist doch das Beste, das hier." Edgar fletscht die Zähne. "Arrrauca", nochmal rollendes R, "sabrrroso".

Die Taxis halten vor dem Hotel. Es ist elf Uhr morgens - aber bereits drückend heiß. "Jetzt erst mal eine schöne Arbeitsbesprechung und danach eine Runde Bier." Am Vortag hat die Coca-Cola-Geschäftsführung verkündet, acht von 17 Abfüllanlagen im Land zu schließen. Bei Nestlé gibt es neue Drohungen gegen die ArbeitnehmervertreterInnen. Die Gewerkschaft wird damit noch einmal schrumpfen: auf die Größe eines mittleren Skatclubs. Doch Kollege Edgar lässt sich auch hiervon die Stimmung nicht vermiesen. Bei so vielen Katastrophen bleiben einem nur zwei Optionen: Verbitterung oder Marx Brothers.

Viertens: Begleiter wollen begleitet werden.

An sich besteht die Funktion eines internationalen Begleitprojekts natürlich darin, bedrohten kolumbianischen AktivistInnen moralische Unterstützung zukommen zu lassen. Dummerweise lässt die moralische Verfassung von uns ausländischen BesucherInnen bisweilen ebenfalls zu wünschen übrig. Die kolumbianisch-brasilianisch-deutsch-schweizerische Delegation streitet sich darüber, ob man die Einladung zur Grillparty auf dem Land wahrnehmen soll. "Man hat uns dringend davon abgeraten, nach Saravena zu kommen", bemerkt einer von uns EuropäerInnen. "Von Dörfern außerhalb Saravenas ganz zu schweigen", ergänzt der Kollege von der schweizerischen Gewerkschaft Bau und Industrie. Die Einheimischen nicken. Sie wissen, wie man Zweifelnden Mut macht. "Ihr geht doch nicht allein", sagt der Vertreter der Kooperativenbewegung, "wir begleiten euch doch." "Und das Fleisch", wirft Kollege Edgar etwas unpädagogisch ein. "Die grillen das auf Spießen direkt über der Holzkohlenglut." "Wenn wir fahren, dann keinesfalls, um über Nacht zu bleiben." "Aber da sind viele Leute." Der Anwalt der örtlichen Menschenrechtskommission gibt sich große Mühe. "Bauern aus der ganzen Region kommen zu dem Fest." "Wie viele genau?" "70." "70", wiederholen wir Auswärtigen nachdenklich. Schwierige Frage: Kann man von ausreichender Begleitung sprechen, wenn eine neunköpfige Begleitungsdelegation von 70 Bauern begleitet wird?

Fünftens: Auch Militärs sind nicht gern allein.

Wir statten den diversen sozialen Organisationen und Kooperativen Saravenas Besuche ab. Der Sprecher der Genossenschaft COAGROSARARE berichtet von der ersten gemeinwirtschaftlich produzierten Schokolade Kolumbiens, die allerdings leider noch ein bisschen grässlich schmecke. Bei den selbstverwalteten Stadtwerken, die für Wasserversorgung und Müllabfuhr verantwortlich sind, zeigt sich vor allem die brasilianische Delegation begeistert: "Ein Hoch auf das sozialistische Leitungswasser." Danach geht es wie geplant aufs Land, wo uns das versprochene Barbecue erwartet: 120 Kilo hauchzartes Rindfleisch - phänomenal!

Der Morgen nach der Grillparty verläuft jedoch mäßig. Während des Frühstücks ist die Stimmung sichtlich angespannt. M. und ich sind von dubiosen Zwerginsekten namens Cuquitos zerstochen, unsere europäischen Kontinentalgefährten sind verärgert, weil wir die Nacht entgegen der Vereinbarung doch auf dem Bauernhof auf dem Land und nicht im Hotel in der Kleinstadt verbracht haben. Zu allem Überfluss bricht auf dem Rückweg nach Saravena nach 15 Minuten Schotterweg bei unserem Wagen auch noch die Achse, und das Fahrzeug stürzt um. Weil GewerkschafterInnen als arbeitende Bevölkerung nur über begrenzte Ferientage verfügen und deswegen ihren Flug nicht verpassen dürfen, bleiben M. und ich mit drei Kolumbianern -

ebenfalls ohne Festanstellung - zurück, während die Delegationsteilnehmer mit dem ersten vorbeikommenden Wagen zum Flugplatz geschickt werden.

Die zufällig auftauchende Guerilla schenkt uns keine Beachtung, das heißt wir werden freundlicherweise nicht entführt (was schon mal nicht schlecht ist), doch als wir eine Stunde später endlich ein Fahrzeug aufgetrieben haben, bricht das nächste Unglück über uns herein. Genauer gesagt, wir rollen darauf zu. Armeesperre: Leutnant Correa hat von seinem Vorgesetzten die Anweisung erhalten, die internationalen Verbindungen der Subversion lückenlos aufzuklären.

Trotz verschiedener Geleitbriefe werden wir fünf Stunden lang festgehalten - fünf Stunden, in denen der Menschenrechtsbeauftragte des Gewerkschaftsdachverbands CUT, das kolumbianische Armeekommando und diverse Nichtregierungsorganisationen in Bogotá einige Dutzend freundlicher und weniger freundlicher Telefonate miteinander führen. Weil die im Land verteilten Ermittlungsbehörden von neun bis 14 Uhr Mittagspause zu haben scheinen, können wir uns ausgiebig mit den anwesenden Soldaten unterhalten. Gesprächsthemen: Essgewohnheiten hier und dort, die neue europäische Einheitswährung, das Wetter. Ein Anwesender mit zupackender Ausstrahlung berichtet zufrieden, sich für den Irak-Einsatz gemeldet zu haben. "Da verdient man in Dollars." Wir nicken aufmunternd, weil man schließlich nicht jeden Tag bei einer waschechten Invasion mitmachen darf, und blicken nur zwischendrin unruhig ins Gestrüpp. In Arauca muss man an Militärsperren permanent mit Anschlägen rechnen.

"So habe ich mir das nicht vorgestellt", merkt M. lapidar an. "Begleitprojekt für Militärs."

Sechstens: Die US-Army weiß, wie man's macht.

Zurück in der Freiheit. Die Uribe-Regierung hat noch einmal ein Auge zugedrückt. Danke! Wir erreichen den Flughafen Saravena, kurz bevor die brasilianisch-deutsch-schweizerischen Arbeitervertreter Richtung Himmel und Bogotá entschwinden. Während wir mit einem letzten Erfrischungsgetränk auf unsere Freilassung anstoßen, fährt plötzlich ein halbes Bataillon sonnenbebrillter Spezialpolizisten vor. In ihrer Mitte: ein auffallend rosafarbener US-Ausbilder mit seltsam unsportlicher Figur. "Ein Schreibtischtäter", stellt M. sachkundig fest. Vertraut grüßt der nordamerikanische Sonderbeauftragte die jungen Polizisten an der Imbissbude, händigt dem kolumbianischen Offizier seine Pistole aus und führt erst einmal ein Handy-Gespräch mit der Heimat. Ich bin erstaunt. Bisher habe ich solche Leute immer für ein verschwörungstheoretisches Klischee gehalten. "So was nenne ich ein Begleitprojekt." M. runzelt voller Anerkennung die Stirn. "Fünfzig bis an die Zähne bewaffnete Leute auf einen, der beschützt werden soll."

Raul Zelik

Kolumbianische BewegungsaktivistInnen führen ein gefährliches Leben. Attentate und Verhaftungen stehen auf der Tagesordnung. Verschiedenste Menschenrechtsgruppen führen deswegen schon seit einigen Jahren so genannte Begleitprojekte durch. Nun haben Gruppen aus Spanien, Italien, der Schweiz und Deutschland eine neue Initiative gestartet. Das Solidaritätsnetzwerk Red Europea de Hermandad y Solidaridad con Colombia hat in Bogotá eine "Solidaritätsbotschaft" eingerichtet. Von hier aus werden Freiwillige aus Europa an soziale Bewegungen im südamerikanischen Land vermittelt. Interessierte werden von den Gruppen des Red Europea auf den Aufenthalt vorbereitet.

Kontakt in Deutschland: kolumbien-odyssee@gmx.net

Internationale Koordination: redher@sky.net.co

9. Berlin Rathauspassagen

Systematischer Lohnbetrug auf Berliner Großbaustelle

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:10

Diese Geschichte passiert tausend Mal im Jahr: Arbeiter (diesmal afrikanischer Herkunft ohne deutsche Staatsbürgerschaft) werden um ihren Lohn geprellt. Besonders ist am Fall "Berlin, Rathauspassagen", dass es Arbeitern gelungen ist, sich mit Unterstützung der Flüchtlingsinitiative Brandenburg und der AntiRa-Gruppe Elexir-A erfolgreich und öffentlich zu wehren. Eine Zusammenfassung.

Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte GmbH (WBM) ist zu 100% im Besitz des Landes Berlin. Sie verwaltet Immobilien in Berlin Mitte, darunter am südöstlichen Rand des Alexanderplatzes die "Rathauspassagen", ein Plattenbau, der in seiner heutigen Form noch nicht geeignet ist, ein Shoppingparadies abzugeben. Die zentrale Lage selbst ist aber günstig. Deswegen wird das Gebäude seit 2002 "revitalisiert", d.h. verwertbar gemacht, indem die Gewerbeflächen um 30% auf 25.000 qm ausgebaut, neue Büroflächen und zwei Parkhäuser errichtet werden. Hauptmieter des Projekts soll Wal-Mart werden; die Eröffnung ist für Ostern diesen Jahres vorgesehen.

Im Frühjahr 2002 begannen die Abrissarbeiten, für die die WBM die CPM Baugesellschaft mbH beauftragte. Nach Aussagen der WBM wurde in diesem Auftrag die Weitergabe an Subunternehmen ausgeschlossen. Tatsächlich aber waren an den Abrissarbeiten mindestens ein halbes Dutzend Subsubunternehmen beteiligt, die nacheinander immer dann auf den Plan traten, wenn der vorhergehende Subsub Pleite gemacht hatte bzw. seine Arbeiter ohne Lohnzahlung nicht weiter zur Arbeit motivieren konnte. An der Baustelle gab es deswegen immer wieder Konflikte wegen ausstehender Löhne; mehrfach riefen Subunternehmer die Polizei gegen Arbeiter, die ihren Lohn einforderten. Die Initiativen wissen inzwischen von 41 Arbeitern, die von ca. sechs Subunternehmen um ca. 43.300 Euro geprellt worden sind.

Ab Juni 2003 ist es den Arbeitern mit Hilfe der Initiativen gelungen, die WBM öffentlich so unter Druck zu setzen, dass diese sich zu Verhandlungen bereit erklärte. In den Verhandlungen wies die WBM jedoch jede Verantwortung von sich und erklärte lediglich, Druck auf die Subunternehmen auszuüben, damit diese die Arbeiter bezahlen. Das hat in einigen Fällen auch geklappt, doch noch immer stehen ca. 18.000 Euro von einem Unternehmen aus, das vorgibt, nicht bezahlen zu können, weil es selbst nicht bezahlt worden sei. Die anfängliche Verhandlungsbereitschaft der WBM lässt inzwischen nach, man habe sich nun genug um den Fall gekümmert ...

An der Baustelle haben sich mehrfach Arbeiter gegen Lohnraub gewehrt. So hat eine Gruppe erfolgreich ihren Lohn eingetrieben, indem sie Großgeräte als Pfand nahm - eine schnelle und effiziente Methode. Die Initiativen erfuhren von dem Fall durch das Publikum ihrer Veranstaltungen zum Thema Arbeit, die sie in AsylbewerberInnenheimen durchführten. Durch diesen Kontakt wurde es möglich, den Fall Rathauspassagen mit der ersten Gruppe von 19 betroffenen Arbeitern öffentlich zu machen, die sich ihren ausstehenden Lohn in Höhe von 13.500 Euro erstritten. Wobei der Betrag eigentlich noch höher anzusetzen ist: Der allgemein verbindliche Tariflohn auf dem Bau beträgt 10,36 Euro pro Stunde, die Arbeiter waren aber nur für 6,25 Euro eingestellt worden. Dass dem Lohnraub also bereits ein Lohnbetrug vorausgegangen war, wurde allerdings nicht zum Thema gemacht. Dennoch fanden sich durch diese Öffentlichkeit und den ersten schnellen Erfolg auch die weiteren Arbeiter, um ihre Interessen zu vertreten.

Der Fall Rathauspassagen ist deshalb auch ein Beispiel dafür, wie die Arbeit von antirassistischen und Flüchtlingsinitiativen ganz materiell erfolgreich sein kann, wenn sie sich nicht ausschließlich mit vorenthaltenen Bürgerrechten beschäftigt, sondern die Flüchtlinge auch in ihrer Position in der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit wahrnimmt und diese zum Gegenstand des Kampfes macht. Da Lohnraub unter diesen Bedingungen eine ganz alltägliche Sache ist, wäre es wünschenswert, wenn weitere Initiativen versuchten, sich des Themas anzunehmen. Der Fall Rathauspassagen eignet sich als Beispiel, weil er einigermaßen detailliert dokumentiert, wie die Beteiligten vorgingen. So informierten die Initiativen bspw. einige Tage vor der Demonstration an der Baustelle durch Flugblätter in verschiedenen Sprachen darüber, was vorgefallen war und dass im Zusammenhang mit dem öffentlichen Aufsehen auch mit Razzien zu rechnen sei. Die öffentliche Auseinandersetzung um den Lohn der prekär beschäftigten Bauarbeiter hat dann auch tatsächlich behördliche

Reaktionen hervorgerufen: Am 4. Juli 2003 gab es eine polizeiliche Razzia wegen Verdachts auf Schwarzarbeit auf der Baustelle Rathauspassagen.

Keinen Zusammenhang zu den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen hat hingegen die Kündigung des Mietvertrages durch Wal-Mart am 29.12.2003. Als Grund werden fehlende Planungssicherheit, bauliche Risiken und fortgesetzte Zeitverzögerungen genannt. Die WBM will klagen ...

Max Müller

Weitere Informationen zum Thema:

Probieren kann man's ja mal ..., in: wildcat 66/6, Juli 2003, S. 58

"... tausendmal ist nichts passiert ...". Max Müller zum erfolgreichen Kampf gegen Lohnraub, in: express 08/2003, S. 11, http://www.labournet.de/ diskussion/wipo/migration/wbm-mueller.html

Lohnraub an Berliner Baustelle: Fortsetzung folgt ..., in: wildcat 67, Oktober 2003, S. 62

Teil 3 der Lohnraub-Soap an der WBM-Baustelle "Berlin, Rathauspassagen", in: wildcat 68, Januar 2004, S. 33

Elexir-A über ihre Arbeit zu Lohnraub. Wie eine "mehrheitsdeutsche Antira-Gruppe" zur Beschäftigung mit Lohnarbeit kam, in: wildcat 68, Januar 2004, S. 34

Kontakt: Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB), Tel. 0177/720 16 29; Elexir-A c/o Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 030/7857281, ari-berlin@gmx.de

10. Henker überflüssig

Der Flächentarifvertrag wird ausgehebelt - auch ohne Gesetz

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:11

Im Rahmen der Agenda 2010 geht es auch um das Schicksal des Flächentarifvertrags. Eine gesetzlich verordnete Aushebelung wird es nun nicht geben. Doch das ist auch nicht nötig. Schließlich bieten die Gewerkschaften freiwillig die Beseitigung des Tarifvertrages an.

Die Forderungen von CDU und BDA-Funktionären im Vorfeld der abschließenden Sitzung des Vermittlungsausschusses waren weitgehend. Tarifverträge sollten nur noch lockere Richtlinien werden, die in den Betrieben problemlos unterlaufen werden können. Auf der anderen Seite hatten Beschäftigte in den Betrieben bundesweit deutlich gemacht, dass die Abschaffung des Flächentarifvertrages eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge hat. Selbst zu einer Mahnwache vor der SPD-Bundeszentrale hatten sich hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre durchgerungen. "Wir befürchten, dass es beim Vermittlungsverfahren von Bundestag und Bundesrat zu Eingriffen in die Tarifautonomie kommt. CDU/CSU und FDP wollen das massiv", so Roland Tremper, Geschäftsführer ver.di-Bezirk Berlin.

Dennoch argumentierten Gewerkschaftsvorstände auffallend oft mit der "Flexibilität der Tarifverträge". "Die Kritiker des vermeintlich zu starren deutschen Flächentarifvertrags wissen nicht, wovon sie reden", betonte auch Reinhard Bispinck, Tarifexperte des WSI-Instituts der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung. "Es gibt keine wichtige Branche, für die nicht in den vergangenen Jahren bereits eine oder mehrere substanzielle Öffnungsklauseln vereinbart worden sind". So können Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld betrieblich gesenkt werden. In der Chemieindustrie gibt es niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose. Eine Härtefallklausel in der Metallindustrie sieht vor, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, wenn der Unternehmer dies will. Eine Klausel im Einzelhandel in Ostdeutschland sieht geringere Gehälter in kleineren und mittleren Firmen vor.

Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss vom 14.12.2003 wird es nun keine Änderungen am Tarifvertragsgesetz geben. "Die besonnenen politischen Kräfte in Deutschland haben sich durchgesetzt", lobt IG Metall Chef Jürgen Peters. Ein "Freiheitsrecht aus der Verfassung" sei vor marktliberaler Vereinnahmung geschützt worden, der Erhalt der Tarifautonomie ein Erfolg der Gewerkschaften. Der Grund für den Verzicht auf eine Gesetzesänderung ist im Verhalten der Gewerkschaftsvorstände selbst zu finden. Nachdem Gespräche zwischen Unternehmervertreter Dieter Hundt und dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer über eine weitere freiwillige Öffnung der Tarifverträge gescheitert waren, hatte sich schon der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske optimistisch gezeigt. Eine Einigung über eine gemeinsame Erklärung mit den Unternehmern sei "durchaus denkbar". Kurz danach legte Peters mit einer Erklärung zur Tariföffnung nach. Die IG Metall sei bereit -"wenn es erforderlich ist" - den Spielraum für weitere "betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten in den Tarifverträgen" zu vergrößern. Die Zusage, die Tarifverträge weiter zu öffnen, stellt letztendlich den Flächentarifvertrag in Frage. Eine Gesetzesänderung ist deshalb aus Sicht der Unternehmer zunächst überhaupt nicht erforderlich.

Gewerkschaftslogik I: Lob des Verzichts

Das Verhalten der Gewerkschaftsvorstände überrascht kaum. Erinnert sei an die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 2001. Zunächst hatte der DGB weitgehende Forderungen zur Ausweitung der Mitbestimmung erhoben. Die Vorschläge der Bundesregierung blieben weit hinter diesen Vorstellungen zurück. Die Gewerkschaftsspitze verzichtete jedoch auf eine breite Mobilisierung und traf stattdessen Absprachen mit der Schröder-Regierung. Auch bei der Riester-Rente wurde die Wut in den Betrieben auf die Abschaffung der paritätischen Sozialversicherung nicht zur Gegenwehr genutzt. DGB und IG Metall trugen vielmehr die Rentenkürzungen mit, da Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge in Großbetrieben verbessert wurden. Das Muster dieser Doppelstrategie der Gewerkschaftsvorstände ist vergleichbar: Proteste in den Betrieben werden genutzt, um Gespräche mit der Bundesregierung zu führen, die bei Kleinigkeiten Entgegenkommen zusagt, letztendlich jedoch die grundlegenden Änderungen nicht verhindert.

Gewerkschaftslogik II: Bloß keine Gegenwehr

Bei der Diskussion um die Flächentarifverträge verlief die Strategie des Zurückweichens ähnlich: Der IG Metall-Vorstand macht weitgehende Zugeständnisse zur Einschränkung der Tarifautonomie, ohne dass Gewerkschaftstage dazu Beschlüsse fassen. Im Gegenzug verzichtet die Regierung Schröder zunächst auf eine Tarifvertragsgesetz-Änderung. In den nächsten Tarifrunden werden die Unternehmer entsprechenden Druck ausüben, um Öffnungsklauseln zur Lohnsenkung durchzusetzen.

Dabei standen die Chancen für entschlossene Gegenwehr auch diesmal nicht schlecht. Die Wut in den Betrieben war greifbar. Selbst vom "Wirtschaftsweisen" Jürgen Kromphardt erhielten die Beschäftigten Unterstützung. Der hatte sich gegen eine weitere Öffnung der Flächentarifverträge ausgesprochen. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehe ein "ungleicher Wettbewerb". Arbeitnehmer müssten von ihrer Arbeit leben und seien daher erpressbarer als Arbeitgeber, betonte das Mitglied des "Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung".

Ein Gutachten - von den Gewerkschaften in Auftrag gegeben - hatte jüngst gezeigt, dass gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie verfassungswidrig seien. Der IG Metall-Vorsitzender Peters kündigte daraufhin vollmundig an, seine Gewerkschaft werde ggfs. "auf jeden Fall Verfassungsklage" einreichen. Mit seiner Erklärung zur weitgehenden Öffnung des Flächentarifes hat er diesen Weg nun verbaut.

Marcus Schwarzbach

11. "Geschichtsgeschichten" über Deutschland

- erzählt von MigrantInnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:12

Rund acht Millionen Einwanderer leben in Deutschland, viele von ihnen in der zweiten und dritten Generation. Diese veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung könne nicht ohne Auswirkung auf Geschichtsbilder und -bewusstsein bleiben, glaubt Viola Georgi, Autorin des Buches "Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland".

Ein beachtlicher Teil der heute in Deutschland lebenden jungen Menschen verfügt über Familien- und Kollektivgeschichten sowie über tradierte historisch-politische Erfahrungen, die sich von den ‚deutschen` unterscheiden", konstatiert sie. Diese Tatsache nicht zu beachten erweise sich als Defizit, wenn es um das politisch-historische Selbstverständnis der Bundesrepublik als Einwanderungsland gehe.

Für die Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin war das der Anlass, die Geschichtsbezüge junger MigrantInnen zu untersuchen. Die Frage, wie sich die deutsche Erinnerungsgemeinschaft erweitern lässt, und ob von MigrantInnen überhaupt erwartet werden kann, dass sie das "negative historische Eigentum" (Jean Améry) des Aufnahmelandes antreten, ist keinesfalls ein theoretisches Problem. Allein im schulischen Alltag stellt sich das Thema häufig. Bei einer Fahrt nach Theresienstadt beispielsweise fühlt sich der deutsche Junge Bülent, 16 Jahre, Sohn türkischer Einwanderer, von einer Gruppe deutscher Mädchen ausgegrenzt. Deren Satz, "Eh, du als Ausländer, du hast doch keine Ahnung", verletzt ihn, da er unterstellt, er könne die Judenvernichtung auf Grund seiner Herkunft nicht nachvollziehen.

Georgi hat im Zeitraum von 1997 bis 1999 - also lange vor den Anschlägen vom 11. September 2001 - Interviews mit MigrantInnen zwischen 15 und 20 Jahren, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder sie anstreben, durchgeführt. Für die Untersuchung von Interesse war dabei weniger das abrufbare Wissen über die NS-Geschichte, sondern der Gebrauch desselben und die subjektiven "Geschichtsgeschichten". Im Fokus stand, wie die Befragten dieses Geschichtsereignis bewerten, einordnen und welche Gefühle es erzeugt.

Anhand der ausführlichen 32 Fallanalysen bildet Georgi vier Typen der Aneignung von NS-Geschichte und Holocaust: Der erste Typ nehme eher die Sozialperspektive der Opfer des Nationalsozialismus ein, wie z.B. Ram, der als Sohn indischer Einwanderer in Deutschland geboren wurde und dessen Familie nun - nach 20 Jahren - auf Grund des ausländerfeindlichen Klimas remigrieren will. Der 16-Jährige sagt beispielsweise: "Meine Hautfarbe ist wie ein Davidstern." Er verweist damit auf seine selbst erfahrende Stigmatisierung und setzt sie gleich mit den Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung während des Nationalsozialismus.

Gegenwart der Vergangenheit

Die zweite Typengruppe orientiert sich an den TäterInnen und MitläuferInnen des Nationalsozialismus. Empathisch werde versucht nachzuvollziehen, weshalb die Deutschen zu "willigen" Vollstreckern wurden, so Georgi. Daraus ergebe sich in der Regel eine Verstrickung in die dominanten Vergangenheitsdiskurse der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

Der dritte Typ zeichnet sich durch seinen Fokus auf die eigene (ethnische) Gemeinschaft, aus, etwa Leas Bezug auf ihre polnisch-jüdische Familie. Das Desinteresse ihrer MitschülerInnen am Holocaust empfindet sie fast als Zurückweisung ihrer Person. Auch die Familienbiografie des 17-jährigen Dragan prägt seine Wahrnehmung der NS-Geschichte. Seine jugoslawischen Großeltern hatten sich während der deutschen Besatzung den Partisanen angeschlossen. Eine Variante des gleichen Typs sei die Instrumentalisierung der NS-Geschichte und des Holocaust, indem die Bezugnahme auf die Opfer ausschließlich der Dramatisierung der Situation der eigenen Gruppe diene, etwa im Fall des 16-jährigen Muhrat, der die Leidensgeschichte der KurdInnen auf der Folie der Geschichte des Holocaust abbilde.

Der vierte Typ schließlich orientiere sein historisches Interesse vornehmlich an universalistischen Fragestellungen, etwa danach, wie Menschen zu Opfern, Zuschauern, Tätern oder Mitläufern werden konnten und können. Der Holocaust stehe hier für den Zivilisationsbruch, für das Äußerste an Grausamkeit und Schrecken, das sich, weil es geschehen ist, auch andernorts wiederholen könne.

Mit "Entliehene Erinnerung" hat Georgi ein aufschlussreiches Werk vorgelegt, insbesondere ihre Ausführungen zum Geschichtsbewusstsein und zum Verhältnis von ethnischer und historischer Identität beeindrucken. Die Überlegungen, wie Dimensionen und Analysekategorien für Geschichtsbewusstsein entwickelt werden müssen, könnte auch für Interviews mit Jugendlichen, die deutsche Eltern haben, aufschlussreich sein. Dies hätte vielleicht auch den Eindruck vermeiden können, es gebe ein homogenes deutsches Geschichtsbild, das sich von dem der Einwanderer klar unterscheide. Selbstverständlich ist ein dominanter Verdrängungs- und Schuldabwehrdiskurs in Deutschland unübersehbar - aber dieser unterschlägt ja gerade andere historische Erzählweisen und "Geschichtsgeschichten", beispielsweise von deutschen Jugendlichen aus jüdischen oder kommunistischen Familien.

So stellt Georgi bilanzierend fest, dass die Bedeutung des nationalkulturellen Hintergrundes für die Aneignung der NS-Geschichte eher gering ist. Bemerkenswert ist aber, dass der Status "AusländerIn" für die Strategien der Selbstpositionierung junger MigrantInnen im Kontext der Geschichte der deutschen Aufnahmegesellschaft besonders relevant ist. So ist auffällig, dass einige MigrantInnen bei Auslandsreisen, wenn sie mit einem negativen Deutschlandbild konfrontiert werden, bestrebt sind, ein gutes Wort für die Deutschen einzulegen, Entschuldigungsgründe für den Nationalsozialismus anzuführen und deutsche Jugendliche in Schutz zu nehmen ("Die können nix dafür").

Globalisierung der Erinnerung

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass das Geschichtsbewusstsein junger MigrantInnen vielgestaltig ist und sich keineswegs in ein grobes Raster von antisemitisch/nicht-antisemitisch oder autoritär/anti-autoritär pressen lässt. In fast allen Interviews klinge allerdings eine Tendenz an, die der israelische Soziologe Nathan Sznaider und der amerikanische Sozialforscher Daniel Levy als "Globalisierung der Erinnerung an den Holocaust" bezeichnen, so Georgi. Diese Entwicklung - bei der die Erinnerung an den Holocaust entkontextualisiert wird - birgt jedoch die Gefahr, dass eine Täter-Opfer-Inversion stattfindet, beispielweise bezogen auf den Nahostkonflikt. Dennoch bewerten Levy/Sznaider eine verallgemeinerte Erinnerung positiv, da sich der Holocaust so zu einem universalen Orientierungspunkt für die Einordnung und Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen herauskristallisiere.

Anke Schwarzer

Viola B. Georgi: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland. Hamburger Edition, Hamburg 2003; 350 S., 30 Euro

12. Besser als GPS

Der Stadtführer Navigator bietet Orientierung für Flüchtlinge in Hamburg

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:13

Wer als Flüchtling in Hamburg ankommt, hat es nicht leicht, sich zurecht zu finden. Orientierung bietet seit Dezember 2003 der Navigator - Hamburger Stadtführer für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten.

Auf hochglänzenden 256 Seiten werden Leserin und Leser mit zahlreichen Informationen zu allen möglichen Themen versorgt, die für Neuankömmlinge von Belang sind: Aufenthaltsrechtliche Hinweise finden sich dort ebenso wie Wichtiges zur Gesundheitsversorgung oder Anreisebeschreibungen zu den verschiedenen religiösen und kulturellen Einrichtungen. Mit Nachdruck wird LeserInnen ans Herz gelegt, bei wichtigen Fragen Beratungsstellen aufzusuchen. Der Situation von Frauen, Kindern und homosexuellen Menschen ist jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet. Und (fast) immer sind auch Informationen für die etwa 50.000 Menschen dabei, die sich ohne gültige Papiere in Hamburg aufhalten. Dass der Navigator konsequent fünfsprachig ist (türkisch, deutsch, englisch, französisch und spanisch), macht ihn zu einer nützlichen Quelle für einen großen Teil der hier lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen. Aber das Buch ist nicht nur Dienstleistungsangebot, sondern beschreibt auch die Probleme vieler Flüchtlinge, wie rassistische Polizeikontrollen oder Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus enthält es Hinweise auf politische Initiativen, die sich in Flüchtlingsfragen einsetzen und macht Vorschläge, wie Flüchtlinge ihren Alltag in die eigenen Hände nehmen können. Mit Hauke Wendler und Siglinde Hessler aus der Redaktionsgruppe des Navigator sprach Jan Ole Arps.

ak: Im November kam der Navigator - Hamburger Stadtführer für Flüchtlinge und MigrantInnen heraus. Könnt ihr kurz schildern, was es damit auf sich hat?

Hauke: Die Idee hinter dem Stadtführer war, eine Handreichung für Flüchtlinge und Migranten zu erstellen, die ihnen helfen soll, aus der Isolation herauszukommen und in einer fremden und häufig abweisenden Umgebung selber aktiv zu werden. Deshalb finden sich im Navigator neben Beratungsstellen und Informationen zu wichtigen Problemen auch solche für die Freizeit, etwa Ausgehtipps oder Hinweise auf die vielen (Stadtteil-)Kulturzentren, die es in Hamburg gibt. Andere Menschen kennen zu lernen, ist ja auch ein ganz wichtiges Thema, wenn man neu hier ist.

Inwieweit sind denn Erfahrungen von Flüchtlingen und MigrantInnen mit eingeflossen in die Erstellung des Buches? Nach welchen Kriterien habt ihr die präsentierten Informationen ausgewählt?

Siglinde: Die Mitglieder der Redaktion sind alle in Deutschland geboren, aber es gab ständig Rücksprache mit Freunden und Bekannten, die nicht aus Deutschland stammen. Am Anfang haben wir bspw. Interviews gemacht, um herauszufinden, was die Probleme sind, die man hat, wenn man neu in Hamburg ist oder was von einem solchen Stadtführer erwartet wird.

Hauke: Die Interviews sind auch Grundlage gewesen für die Erfahrungsberichte zu verschiedenen Themen, die wir aufgenommen haben. Davon erhoffen wir uns, dass Leute, die den Navigator lesen, vielleicht feststellen, dass andere ähnliche Situationen erleben oder ganz ähnliche Probleme haben wie sie selber.

Siglinde: Ursprünglich hatten wir gar nicht an ein richtiges Buch gedacht sondern an eine kleine Broschüre, die in mehreren Sprachen erscheinen sollte. Während der Arbeit ist das Projekt dann immer größer geworden. Wobei man trotzdem relativ zügig durchkommt, weil das Buch fünfsprachig ist, man also nur ein Fünftel lesen muss. Am Ende haben wir uns bewusst dafür entschieden, die Sprachen direkt nebeneinander abzudrucken, um eine Verständigung zwischen Menschen zu ermöglichen, die nicht die gleiche Sprache sprechen.

Orientiert sich die Sprachauswahl an den in Hamburg vertretenen Flüchtlingsgruppen?

Siglinde: Nein, ganz anteilig ist es nicht. Eine sehr wichtige Sprache, die wir aus technischen Gründen leider außen vor gelassen haben, ist Farsi, das von vielen Flüchtlingen aus Afghanistan gesprochen wird. Auch osteuropäische Sprachen fehlen.

Hauke: Viele russischsprachige Aus- und Übersiedler bekommen eine ganz gute Versorgung, z.B. gibt es deutsch-russische Broschüren darüber, wie man sich hier zurecht findet. Um das Klientel wird sich von

öffentlicher Seite mehr gekümmert als etwa um Schwarzafrikaner oder Menschen aus Lateinamerika, die hier vielfach auch ohne Papiere leben. Dass diese Menschen den Navigator nutzen können, war uns sehr wichtig. Zum anderen wollten wir die Sprachen - wie etwa türkisch - berücksichtigen, die von ihrer Verbreitung her eine hohe Bedeutung haben.

Es fällt auf, das ihr beim Navigator einen Schwerpunkt auf den Verweis an Beratungsstellen gelegt habt. Weshalb?

Siglinde: Das Ausländer- und Asylrecht ist zu facettenreich, um es in gebündelter Form so wiederzugeben, dass es auch im Einzelfall nutzt. Das Wichtigste ist es deshalb, dass die Leute in die Beratungsstellen gehen, wo Menschen sitzen, die sich mit der aktuellen Rechtslage auskennen.

Hauke: Interessanterweise ist das Kapitel "Aufenthaltsrecht" ja eines der kürzeren geworden. Das liegt daran, dass von den Beratungsstellen, mit denen wir viel zusammen gearbeitet haben und deren Arbeit wir sehr schätzen, zum Beispiel Fluchtpunkt oder Woge e.V., immer wieder die Warnung kam, bei der Lektüre des Stadtführers dürfe nicht der Eindruck entstehen, man bräuchte keine Beratung oder anwaltliche Vertretung mehr. Deshalb haben wir versucht, nur die wichtigsten Informationen darzustellen und ansonsten zu vermitteln, dass es unbedingt sinnvoll ist, sich von kompetenter Stelle beraten zu lassen.

Gibt es Themen, die ihr gerne im Buch gehabt hättet, die jetzt aber nicht vorkommen?

Hauke: Ich fände es auf jeden Fall gut, wenn mehr Selbsthilfegruppen und politische Initiativen drin wären. Ansonsten fällt mir ein, dass es uns im Laufe der Arbeit immer wichtiger geworden ist, dass auch Informationen für Leute ohne Papiere aufgenommen werden. Gerade da könnte ich mir aber auch vorstellen, dass es in manchen Bereichen mehr praktische Sachen gibt, die jetzt noch nicht auftauchen, weil wir sie nicht kennen.

Eine Sache die mir aufgefallen ist: Themen, die im antirassistischen Bereich in letzter Zeit wichtig waren - etwa das Thema Abschiebungen oder der Kampf gegen die Residenzpflicht - tauchen im Navigator nur sehr knapp auf.

Siglinde: Der Navigator soll zuerst mal ein Leitfaden sein und nicht so sehr politische Positionen darstellen. Wir haben uns zwar positioniert; so ein Buch an sich ist ja schon eine politische Aussage, denn wir sagen damit: Wir finden es gut, dass Leute hierher kommen - egal ob sie gültige Papiere haben oder nicht und egal aus welcher Motivation - und wir möchten sie hier unterstützen. Aber wir wollten politische Fragen nicht in den Vordergrund stellen. Das Buch soll einen praktischen Nutzen für die Zielgruppe haben.

Wie bringt ihr den Navigator an eure Zielgruppe? Ich könnte mir vorstellen, dass insbesondere die Menschen, die illegal hier leben, schwer zu erreichen sind.

Siglinde: Wir beliefern die Beratungsstellen, die den Navigator dann an ihre Klientel weitergeben. Außerdem haben wir das Buch einmal vor der Ausländerbehörde verteilt und planen weitere Verteilungen, z. B. vor der Bibby Altona (1). Bei Menschen, die sich illegal hier aufhalten, ist es etwas schwieriger. Die Medizinische Vermittlungs- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen z. B., die wir auch beliefern, wendet sich speziell an Leute ohne Papiere und vertritt das auch ganz offen. Ansonsten haben wir während der Arbeit viele Flüchtlinge und Migranten kennen gelernt und hoffen, dass der Navigator auf diesem Wege in die Communities einsickert. Vielleicht geben auch andere Leute, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, das Buch in ihrem Kreis weiter.

Hauke: Zwar können sich nur ganz wenige Beratungsstellen offen dazu bekennen, dass sie Leute ohne Papiere betreuen, aber faktisch sind es doch sehr viele. Die Behörden wissen besser als viele andere, dass natürlich auch die Leute ohne gültige Papiere irgendwie versorgt werden müssen und auch versorgt werden und sie verlassen sich dabei auch auf die bestehenden Netzwerke.

Du sagst, dass Illegalisierte gewissermaßen toleriert werden. Könnt ihr etwas darüber sagen, wie sich die Situation für sie in den letzten Jahren verändert hat? Knüpft ihr irgendwelche Hoffnungen an einen möglichen Regierungswechsel in Hamburg?

Hauke: Für Menschen ohne Papiere hat sich da nicht viel geändert. Die waren vorher rechtlos und das sind sie weiterhin. Aber solche Entwicklungen zu analysieren und anzuklagen, ist nicht Kernpunkt unserer Arbeit, auch

wenn innerhalb unserer Gruppe sicherlich Konsens ist, dass die Probleme nicht mit der Wahl des Mitte-Rechts-Senats begonnen haben und auch nicht mit seiner Abwahl enden werden. Das Problem ist auch nicht auf Hamburg beschränkt, sondern ein bundesweites. Zum Beispiel ist es Regelungen auf Bundesebene zu verdanken, dass es praktisch keine legalen Wege für Flüchtlinge mehr gibt, nach Deutschland zu gelangen.

Habt ihr schon Feedback bekommen?

Hauke: Bisher haben wir den Navigator vor allem Beratungsstellen geliefert und vor der Ausländerbehörde verteilt. Die Reaktionen waren durchweg positiv.

Wie wird es mit eurem Projekt weitergehen? Wisst ihr, ob es in anderen Städten ähnliche Initiativen gibt?

Siglinde: Bei uns steht jetzt der Vertrieb an. Zudem ist geplant, eine Internetausgabe des Stadtführers zu machen, die hoffentlich im Sommer unter www.navigator-hh.de abrufbar sein wird. Aus anderen Städten gab es bisher drei Anfragen an uns. Das ist natürlich ein Effekt, auf den wir hoffen, dass die Idee des Stadtführers auch in anderen Orten aufgegriffen wird. Wenn Anfragen kommen, ob man aus dem Buch etwas übernehmen kann für nicht-kommerzielle Zwecke, dann freut uns das natürlich.

Interview: Jan Ole Arps

Anmerkungen:

1) Die Bibby Altona ist ein Wohnschiff an der Elbe, eine "Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung", in der alle untergebracht werden, die in Hamburg einen Antrag auf Asyl gestellt haben und in der Stadt bleiben dürfen. Sie ist die einzige solche Ersteinrichtung in Hamburg.

Der Navigator ist in einer Auflage von 5.500 erschienen. Seit Dezember wird er kostenlos an Flüchtlinge und MigrantInnen abgegeben. Er kann zum Selbstkostenpreis von fünf Euro auch direkt bestellt werden beim Verein Hamburger Stadtführer für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V. Kontakt: 040/21 90 85 24 oder info@navigator-hh.de

Einspruch!

In einer Sonntagsmatinee am 1. Februar 2004 im Deutschen Schauspielhaus erheben Hamburger Künstlerinnen und Künstler Einspruch gegen die Hamburger Flüchtlingspolitik. Aus dem Aufruf:

"Hamburger Innenbehörde im ‚Abschiebe-Rausch`, titelt Die Zeit am 27.11.2003. Die Behörde exekutiert. Sie handelt im Morgengrauen, überfallsartig, schnell und effektiv. Die Botschaft ist: Flüchtlinge raus! Hamburg hat sich zum Ziel gesetzt, 500 Menschen im Monat abzuschieben. Unter ihnen Kranke, Schwangere, ganze Familien, Kinder, alte Menschen, deren Zuhause seit vielen Jahren Hamburg ist. (...) Über 30 Organisationen aus Kirche, Gewerkschaft und Initiativen haben sich zum Hamburger Bündnis Einspruch! zusammen geschlossen und protestieren gegen die unmenschliche Politik." www.hamburgasyl.de

1. Februar 2004, 11.00 Uhr, Deutsches Schauspielhaus - Großes Haus: Einspruch! - Texte, Musik, Theater mit Rolf Becker, Christoph Bantzer, Peggy Parnass, Isabella Vertès-Schütter, Inga Rumpf, The Fifty Voices, Claus Bantzer und Kammerchor, Dietmar Mues, Mitglieder verschiedener Hamburger Bühnen u.v.m., Eintritt 10 Euro

13. Kein Regen, aber Streik

Mike Davis über den Supermarktstreik in Südkalifornien

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:14

Viel ist in den hiesigen Medien über die Wahl Arnold Schwarzeneggers zum Gouverneur von Kalifornien berichtet worden. Dass dort seit Anfang Oktober ein erbitterter Arbeitskampf tobt, war kein Thema. Dabei hat der Streik in den Supermärkten Südkaliforniens durchaus landesweite Bedeutung. Der folgende Beitrag stammt von Mike Davis, einem profunden Kenner der amerikanischen ArbeiterInnebewegung und Autor von "City of Quarz", der bahnbrechenden Studie über Los Angeles.

Das häufigste Bild, was sich einem dieser Tage in Südkalifornien zeigt, ist weder ein Filmdreh noch eine Strandparty. Es sind vielmehr militante Streikketten. Von Malibu bis zur mexikanischen Grenze streiken 70.000 ArbeiterInnen von Supermärkten, zwei Drittel von ihnen Frauen. Seit dem 11. Oktober sind sie im Ausstand oder ausgesperrt. Betroffen sind 850 Läden. In der Privatwirtschaft ist es der größte gewerkschaftliche Kampf an der Westküste seit dem Hollywood-Generalstreik 1946. Aber noch bedeutsamer ist der Umstand, dass es in der jüngeren Vergangenheit keinen Streik gegeben hat, der die allgemeine Öffentlichkeit dermaßen umfassend berührt. Nahezu jeder und jede der 20 Millionen EinwohnerInnen in der Region muss die persönliche moralische Entscheidung treffen, ob er oder sie eine Streikkette ignorieren will oder nicht. Weder bei den jüngsten Arbeitsniederlegungen bei den Buslinien noch bei den Schulen ist das der Fall gewesen.

Die Angelegenheiten, um die es geht sind gewichtig. Die Streikenden, vertreten durch die United Food and Commercial Workers Union (UFCW), wehren sich gegen den brutalen Versuch der drei größten kalifornischen Supermarktketten, ihre vertraglich geregelten Krankenversicherungen auszuhebeln und die Löhne für Neueingestellte zurück zu drehen. Das Kampfterrain mag zwar lokal sein, die Themen, vor allem das Thema Gesundheitsversorgung, haben jedoch landesweite Bedeutung. Der Sozialhistoriker Neldon Lichtenstein hat es jüngst in der Los Angeles Times so formuliert: "Für die ArbeiterInnenbewegung insgesamt ist dies mit Sicherheit eine entscheidende Auseinandersetzung. Für viele Jahre wird hier die Richtung für die Sozialpolitik in den USA bestimmt."

Streikthema Gesundheit

Unter den reichen Industrienationen sind die USA in Bezug auf das Gesundheitssystem einzigartig. Es gibt hier nämlich keinerlei umfassende Ansprüche und Regelungen in Bezug auf die Gesundheitsversorgung. Traditionellerweise besteht ein Zugang zu medizinischen Versicherungsleistungen nur über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, nicht aber über den Status der Staatsbürgerin. Doch der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Privatwirtschaft ist auf unter neun Prozent gesunken. Gleichzeitig sind die Kosten im Gesundheitsbereich explodiert. Ein ständig größerer Anteil der Haushaltseinkommen vieler Familien muss deshalb dafür verwand werden, sich eine Mitgliedschaft in einer so genannten "Health Maintenance Organisation" (HMO) zu erkaufen.

Eine zahlenmäßig bedeutsame Minderheit von Arbeiterfamilien kann sich die Mitgliedschaft in einer privaten HMO nicht leisten. Los Angeles, die Hautstadt der Schwitzbuden, ist dafür ein besonders schockierendes Beispiel. Unglaubliche vier Millionen EinwohnerInnen sind hier nicht versichert. Ihnen fehlt selbst die elementare ärztliche und zahnärztliche Versorgung. In lebensbedrohlichen Situationen belagern diese Menschen die Notaufnahmen der Krankenhäuser, die selbst chronisch unterfinanziert sind und am Rande des Zusammenbruchs stehen.

Der Einzelhandel ist die "Dritte Welt" innerhalb der US-Wirtschaft. Hier arbeitet der höchste Prozentsatz von niedrig bezahlten, befristet beschäftigten und unversicherten ArbeiterInnen. Gewerkschaftlich organisierte Supermärkte sind eine dramatische Ausnahme, und deren Löhne und Sozialleistungen sind schon lange ein gewaltiges Stück Speck in den Augen der Nichtorganisierten. Das heißt nicht, dass die Mitglieder der UFCW ArbeiteraristokratInnen wären. Die meisten rackern sich auf der Basis von Stundenlöhnen von 12 bis 14 Dollar ab. Aber die betrieblichen Sozialleistungen sichern einer Familie immerhin eine sichere Gesundheitsversorgung, von der die meisten nicht organisierten ArbeiterInnen nur träumen können.

Der wichtigste aktuelle Trend in den US-amerikanischen Arbeitsbeziehungen ist jedoch der Versuch der großen Unternehmen, sich ihre Versorgungsverpflichtungen vom Hals zu schaffen. Das Modell für diese Bestrebungen ist Wal Mart, der moderne Inbegriff von Superausbeutung und Habgier. In der Tat begründen die Supermarktketten ihre Rückzahlungsansprüche gegenüber der UFCW in der Öffentlichkeit damit, dass Wal Mart mit Macht auf den kalifornischen Markt drängt. Der gewerkschaftsfreie Einzelhandelsriese ist "die dritte Partei, die jetzt immer mit am Verhandlungstisch sitzt", wie es ein Gewerkschaftsfunktionär formuliert. Die drei Lebensmittelketten behaupten, ohne massive Zugeständnisse der Gewerkschaft seien sie nicht in der Lage, mit den 40 neuen "Supercentern" zu konkurrieren, die Wal Mart im Jahr 2004 eröffnen will. Sie weisen darauf hin, dass Wal Mart-Beschäftigte oft nur die Hälfte von dem verdienen, was gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen bekommen. Zudem müssen sie einen sehr viel höheren Eigenanteil bei der Krankenversicherung aufbringen (ein Grund, warum die Mehrzahl über gar keine Krankenversicherung verfügt).

Wal Mart hat inzwischen General Motors als größtes Unternehmen der Welt abgelöst. Mit einer Kombination von "just-in-time"-Technologie einerseits und den wüstesten Bestandteilen eines viktorianischen Kapitalismus und Kolonialismus andererseits hat die Kette aus Bentonville, Arkansas, den Walton-Clan zur reichsten Familie der USA gemacht. Wal Mart ist berüchtigt für Hungerlöhne und dafür, seinen eine Million ArbeiterInnen in den USA unbezahlte Überstunden abzupressen. In Übersee agiert die Gesellschaft noch unheimlicher. Sie zwingt ihre Tausende von Zulieferern in Bangladesh, China und Zentralamerika ununterbrochen dazu, die Arbeitskosten zu senken und ArbeiterInnenrechte außer Kraft zu setzen. Tatsächlich ist Wal Mart der größte indirekte Anwender von Schwitzbuden- und Kinderarbeit auf der Welt.

Wal Mart wirft Schatten

"Wal Martisierung" ist somit zu einem Synonym geworden für einen Wettlauf nach unten, für ein komplettes Auslöschen von ArbeiterInnen- und sozialen BürgerInnenrechten. "Wal Martisierung" ist aber auch die gebräuchlichste Ausrede für andere Einzelhandelsunternehmen, wenn es um vorauseilende Strategien gegen ihre Beschäftigten geht. Alle Gewerkschaften sind sich dessen sehr wohl bewusst, und die UFCW hat eindrucksvolle Solidaritätsbekundungen von LehrerInnen, MaschinenschlosserInnen, Hausmeistern und Reinigungskräften sowie von Krankenhausbeschäftigten erhalten. 3.000 HafenarbeiterInnen sind gar vor die Kaianlagen in Los Angeles marschiert, um dort vor einem nahe gelegen Supermarkt zu demonstrieren. Selbst die mächtige Teamster-Gewerkschaft hat sich kürzlich geweigert, Lebensmittel und andere Produkte von den Verteilzentren zu den Märkten zu transportieren; ein bemerkenswerter Bruch mit den für gewöhnlich sehr egoistischen Teamster-Tradition.

Die bemerkenswerteste und unerwartetste Entwicklung jedoch stellt die anhaltende Solidarität der allgemeinen Öffentlichkeit dar. Hundertausende, wenn nicht Millionen von SüdkalifornierInnen haben ihre Einkaufsgewohnheiten geändert, um nicht Streikketten passieren zu müssen. Sie haben dabei oft gewaltige Entfernungen in Kauf genommen. Es liegt dieser Tage ein kräftiger Hauch der 30er Jahre in der Luft. Trotzdem: Die drei Supermarktketten weigern sich nach wie vor, ihre Forderung nach einer Begrenzung ihrer Krankenversicherungsbeiträge aufzugeben. Sie haben dafür sogar einen - höchstwahrscheinlich illegalen - "Pakt zur gegenseitigen Unterstützung" geschlossen. Es herrscht Krieg bis zum bitteren Ende. Der Streik wird deshalb auch im Jahr 2004 fortgesetzt werden. Es mag merkwürdig klingen, einen Arbeitskampf im sonnigen Kalifornien als Wasserscheide für die US-amerikanische Gewerkschaftsbewegung anzusehen. Doch jeder und jede ist sich unerbittlich klar darüber, dass die UFCW diesen Kampf um jeden Preis gewinnen muss, wenn sie jemals die Chance haben soll, in Wal Marts finsterem Schwitzbudenimperium Fuß zu fassen.

Mike Davis

Dieser Beitrag erschien in der britischen Zeitung Socialist Worker, Nr. 1882 vom 20.12.2003; Übersetzung: Dirk Hauer

14. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:15

Flasche Beflissenheit?

Betr.: Großes I

Genossinnen und Genossen,

bisher konnte man noch müde lächeln darüber, dass hin und wieder jemand im ak bzw. in der Fantômas schrieb "KommunistInnen", "SozialistInnen", "GewerkschafterInnen" usw. Nun aber kommt es massiert und knüppeldick: "PatientInnenorganisationen", "KurdInnen", "AktivistInnen", "ArbeiterInnenklasse", "LeserInnenbriefe" usw. (alles ak 479)

Dieser Unsinn ist doch völlig "out", um es neudeutsch zu formulieren, ein Fossil aus den späten 1970er bzw. frühen 1980er Jahren. Seit zwei ak-Ausgaben nun und natürlich auch in den Fantômas (welch kindischer Name übrigens!) also die Regel, offenbar Euer Beitrag zur Beflissenheit, besser bekannt als Political Correctness! Bitte keine Wort der Belehrung von wegen Gleichberechtigung der Frau und Frauenemanzipation - alles tausendmal gehört, es langweilt! Schreibt wieder wie früher, wie Euch der Schnabel gewachsen ist und lasst bitte diese Verkrampfungen - kein Mensch fühlt sich diskriminiert, verletzt oder sonst was!

Hans-Peter Koller

Hausaufgaben machen

Betr.: Europäisches Sozialforum in Paris, ak 479

Ihr schreibt, dass die Veranstaltung eine überwiegend weiße Veranstaltung gewesen ist.

Bei einigen Dingen, welche mir zugetragen wurden, kann man in Versuchung geraten, statt "weiß" die Vokabel "arisch" zu gebrauchen. So soll eine baskische Gruppe unter dem Motto "Für ein Europa der Völker! Für Demokratie!" eine Karte, auf welcher ein ethnopluralistisch geordnetes Europa mit einem zentralen Großdeutschland zu sehen war, ausgestellt haben. Auf Kritik reagierten die Basken mit "you have to tolerate everyone".

Allerdings kennt auch Toleranz ihre Grenzen: Dann, wenn es um die Existenzberechtigung Israels geht.

So wurden Mitglieder der "Aktion Dritte Welt Saar" eingeschüchtert, mit Platzverweisen belegt, beschimpft und Akkreditierungskarten eingezogen, als sie in einem Flugblatt für die Existenzberechtigung Israels und eine politische Lösung des Nahostkonflikts warben.

In der Abschlusserklärung wird auch noch die "Rückgabe (!) der Souveränität an die irakische Bevölkerung" gefordert. Stellt sich die Frage, wann es im Irak eine "Souveränität" der Bevölkerung gegeben hatte, welche zurückgegeben werden kann?

Wenn das ESF seinen Anspruch, gegen die "extreme Rechte, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" zu kämpfen, ernst nimmt, hat es ja erst mal einiges an Hausaufgaben zu erledigen, bevor ich Erfolg wünschen kann. Und es wundert, wieso die ak-Redaktion solche Ereignisse nicht bemerkt hat.

Ekke Schroeder

Errata

Betr.: Leserbrief Arno Klönne, ak 479

In der letzten ak-Ausgabe ist uns leider ein sinnentstellender Übertragungsfehler unterlaufen: So war im Leserbrief von Arno Klönne als kritischer Einwand zu lesen, ob das maoistische Modell "nur wegen eines Mangels ‚an wissenschaftlicher Lernfähigkeit` in Frage zu stellen" sei. Dass ist natürlich barer Unsinn (und nicht nur wegen der Genialität des Großen Vorsitzenden Mao Zedong, versteht sich): Richtig muss es heißen "wirtschaftlicher Lernfähigkeit".

15. 500.000 Stimmen für die MLPD

Die Erben von Karl Marx und die Panik der Bourgeoisie

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:16

Die Rote Fahne, Wochenzeitung der MLPD, gilt unter Linken nicht gerade als besonders anregender Stoff. Nach Lektüre der Nr. 49 vom 5. Dezember 2003 muss dieses Urteil zumindest in Teilen revidiert werden. Origineller und kreativer hat keine Zeitung die mediale Wahl zum "größten Deutschen" (vgl. ak 479) nachbereitet. "Ein Gespenst geht um ...", verheißt schon die Titelseite - das Gespenst von Karl Marx. Dass dieser der "größte Deutsche" ist, hatte die Fahne schon vor der Show verkündet und ihre LeserInnen zum Mitmachen aufgefordert. Aber auch vor Ort griff die Partei aktiv in den Abstimmungsprozess ein: "Die Wahl wurde schon im Vorfeld zum Tagesgespräch an den Bändern von Daimler-Chrysler in Düsseldorf ebenso wie in vielen anderen Betrieben und Wohngebieten. Aber auch unter Freunden, Bekannten und in den Familien ging es rund: ‚Klar, Marx, der war für die Arbeiter und gegen den Kapitalismus!`‚Adenauer, der CDU-Kanzler?`‚Bismarck, der Kriegstreiber, bleib mir mit dem weg!` ‚Euer Marx räumt ganz schön ab`, meint ein Kollege nicht ohne Bewunderung."

Die beharrliche Agitation hatte Folgen: "Im Studio des ZDF machte sich am Abend des 28.11. mehr und mehr Nervosität breit, als Karl Marx im Laufe der Sendung immer mehr Stimmen erhielt." Gelegenheit für einen marxistisch-leninistischen Überraschungsangriff: "Noch während der Sendung sausten SMS hin und her. Zwischenstände wurden durchgegeben und gefordert: ‚Stimm doch noch mal ab, bloß nicht Adenauer!`" Die Mühe zahlte sich aus: Marx verbesserte sich im Laufe der Sendung vom vierten auf den dritten Platz! "Noch bedenklicher für alle Freunde des Kapitalismus: Marx wurde in der Sparte ‚Aktualität` sogar auf Platz eins gewählt."

"Euer Marx räumt ganz schön ab!"

Nach der Berliner Demonstration der 100.000 gegen Schröders Agenda 2010 war das innerhalb weniger Wochen das zweite große Erfolgserlebnis - der MLPD: "Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands war eine anerkannte und mit prägende Kraft in dieser selbstständig organisierten Demonstration. Der Antikommunismus, seit Jahrzehnten die schärfste Waffe der herrschenden Monopole zur Zersetzung des Klassenbewusstseins der Arbeiter, verliert an Wirkung." Was folgt daraus? "Alarmstufe rot für die bürgerlichen Meinungsmanipulatoren! Sie können nicht tatenlos zusehen, wenn die breite Masse der Bevölkerung zusehends Berührungsängste gegenüber der MLPD verliert. (...) Panik schimmert durch, wenn der Verfassungsschutz über die ‚Welt am Sonntag` verbreitet: Die MLPD, ‚das sind Kader- und aktionserfahrene Leute, die damit Erfolg haben können.`"

Drinnen wie draußen - auf der Straße, im Betrieb, aber auch daheim vor dem Fernseher - steht die Partei ihren Mann. Dabei wirkt das Zentralorgan nicht nur als Propagandist und Organisator, sondern auch als kollektives Familienalbum, das Alltägliches dokumentiert. Ein Foto zeigt "die Erben von Karl Marx aktiv vor Ort, ob im Stadtteil oder im Betrieb". Dass in der Partei, die "die Lehren von Karl Marx schöpferisch auf die heutigen Bedingungen im Klassenkampf angewandt" hat, auch der ideologische Streit nicht zu kurz kommt, zeigt ein in der Roten Fahne Nr. 51 abgedruckter Leserbrief, in dem die Abstimmung als "nationaler Stumpfsinn" bezeichnet und die Redaktion aufgefordert wird, "solche Themen mit dem gebührenden Fingerspitzengefühl, Ironie und schlichtweg besseren Gegenkonzepten" zu behandeln. Der verantwortliche Redakteur weist dieses Ansinnen entschieden zurück. Selbstkritisch räumt er ein, die Rote Fahne habe die "Massendebatte in den Betrieben und Wohngebieten ... zu spät offensiv aufgegriffen". Sonst wäre am Ende wohl noch mehr drin gewesen ...

Mein guter Vorsatz für 2004, den ich hiermit an alle ak-LeserInnen weiter gebe: Die kleinbürgerliche Verzagtheit überwinden - und öfter mal Rote Fahne lesen!

Js.

16. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:17

Aufstand der Herero und Nama

Im Januar 2004 jährt sich zum 100. Mal der Aufstand der Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialherrschaft im damaligen Deutsch-Südwestafrika. Dies war Anlass für die Zeitschrift afrika süd, in ihrer Winterausgabe einige Beiträge zum Thema anzubieten. Caspar W. Erichsen dokumentiert die elenden Zustände in dem Konzentrationslager auf der Haifischinsel unmittelbar vor der Hafenstadt Lüderitzbucht. Nach den Aufständen wurden überlebende Herero und Nama in Konzentrationslager gesperrt und mussten dort Zwangsarbeit leisten. Joachim Zeller schreibt darüber, wie wichtig Fotografien für unsere "Geschichtsbilder" sind, und zeigt bislang unbekannte Fotodokumente aus dem namibischen Kolonialkrieg 1904 bis 1907. Besonders erwähnenswert ist der Artikel von Jan Grofe, der die juristischen und politischen Dimensionen der Reparationsforderungen der Herero sehr genau beleuchtet. Die Herero fordern Entschädigung für Völkermord und Ausbeutung und haben deshalb vor einem US-Gericht Klage u.a. gegen die Deutsche Bank eingelegt. afrika süd erscheint alle zwei Monate im Umfang von 40 Seiten und bringt seit 1972 Hintergrundinformationen und Analysen zu den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen im Südlichen Afrika.

afrika süd - zeitschrift zum südlichen afrika. Nr. 6, Nov./Dez. 2003, 6 EUR

Vernichtungslager Sobibor

Jules Schelvis, niederländischer Jude, lebte mit seiner Frau Rachel in Amsterdam, als sie am 26. 5. 1943 aus ihrer Wohnungen ins Lager Westerbork deportiert wurden. 19 Transporte mit 34.313 Personen verließen Westerbork in Richtung Sobibor. Dort wurde Schelvis direkt nach seiner Ankunft für ein Arbeitskommando selektiert. Er überlebte in der Folge mehrere Lager. Seine Frau Rachel, ihre Brüder und die Schwiegereltern wurden wie alle anderen Menschen aus diesem Transport direkt in den Gaskammern ermordet. "Der Drang, genau in Erfahrung zu bringen, wie es meiner Familie ergangen ist, die ich in Sobibor zurücklassen musste, entwickelte sich erst nach meiner Pensionierung", schreibt Schelvis. In einem Prozess gegen Täter aus Sobibor trat er als Nebenkläger auf und erhielt dadurch Akteneinsicht. Ausführliche Interviews mit Überlebenden, persönliche Erlebnisse und umfangreiches Archivmaterial bildeten die Grundlage seines Buches, das 1993 erstmals in den Niederlanden erschien und seitdem als Standardwerk gilt. Die Neuauflage bietet akribisch recherchierte, detaillierte und umfassende Informationen zum Vernichtungslager Sobibor, zu den Aussiedlungsplänen der Nationalsozialisten und zum Beginn der "Endlösung". All das wird ebenso gründlich aufbereitet wie der konkrete Ablauf des Mordprozesses oder des Häftlingsaufstandes. Daneben stehen kurze biografische Notizen zum SS-Lagerpersonal. Motive für ihre mörderische Tätigkeit sieht Schelvis u.a. im guten Gehalt, der Möglichkeit sich darüber hinaus zu bereichern und dem Dienst an der Front zu entgehen. Auch sämtlichen bekannten Überlebenden Sobibors ist ein Kapitel gewidmet. Zusammengetragen und geschrieben wurde das Buch aus der Perspektive des Opfers und historischen Zeitzeugen - auch wenn es, wie Schelvis schreibt, "für uns, die Überlebenden, eine fast nicht zu bewältigende Aufgabe ist, die Geschichte zu rekonstruieren."

Jules Schelvis: Vernichtungslager Sobibor, rat/Unrast Verlag, Hamburg/Münster, 2003, 364 Seiten, 20 EUR

Faschismus und Psychologie

Die Wissenschaft Psychologie hat es, so Klaus Weber "mehr als 50 Jahre nach dem deutschen Faschismus noch immer nicht geschafft, Forschungsfragen und Forschungsmethoden zu entwickeln, die in der Lage sind, die subjektive Seite von Täterschaft und Mitläufertum auf den Punkt zu bringen." Eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Psychologie oder den Aufgaben und Funktionen anerkannter PsychologInnen während des Faschismus findet nicht statt. Psychologie diene dem Menschen und könne daher nicht mit Faschismus zu tun gehabt haben, heißt es; oder es wird behauptet, die Faschisten hätten solch eine Wissenschaft nicht geduldet. Dass solche Aussagen jeglicher Grundlage entbehren, wird auch an der Arbeit von PsychologInnen während des Faschismus deutlich. Da ist z.B. die Erziehungsberaterin Hildegard Hetzer, die im besetzten Polen darüber entschied, ob polnische Kinder "eindeutschungsfähg" waren. Wegen ihrer Beteiligung an Kinderselektionen - sie unterschied "gesunde" von "erbunerfreulichen" Kindern - ist sie eindeutig als Täterin zu beurteilen. Wie viele andere TäterInnen setzte sie ihre Karriere in der BRD problemlos fort, arbeitete bereits 1946 als Dozentin

und hatte seit 1961 den Lehrstuhl für pädagogische Psychologie in Gießen inne. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie ernannte Hildegard Hetzer 1981 zum Ehrenmitglied, "und zwar ausdrücklich in Anerkennung der Kontinuität ihrer bahnbrechenden Untersuchungen mit Kindern und Jugendlichen." Gerade der biografische Blick auf Einzelne macht die "blinden Flecken" sichtbar und zeigt, wie auch PsychologInnen dem Nazi-Regime zuarbeiteten und wie bruchlos TäterInnen oder MitläuferInnen nach 1945 weiter in Führungspositionen tätig waren. Das Buch ist nicht nur für PsychologInnen interessant, aber denen sei es besonders empfohlen.

Klaus Weber: Blinde Flecken. Psychologische Blicke auf Faschismus und Rassismus, Argument Sonderband Neue Folge 296, 2002, 15,50 EUR

Feministische Theorie

Trotz anders lautender Hinweise auf dem Umschlag: Im Internet ist die Einführungsreihe theorie.org noch nicht abrufbar. Auf Papier sind bislang immerhin zwei Bücher erschienen, zwei weitere kommen in Kürze heraus. In "Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus" gibt Andrea Trumann einen informativen und gut lesbaren Überblick über wichtige Stationen der neuen Frauenbewegung - von der "sexuellen Befreiung" und der Kinderladenbewegung bis hin zu Queer-Theorie und Dekonstruktion. Im Zentrum steht die Frage, ob die jeweiligen Etappen feministischer Strategie- und Theoriebildung auf einen gesellschaftlichen oder individualisierenden Umgang mit dem Thema hinauslaufen. Dabei sucht die Autorin immer wieder den Brückenschlag zur Marxschen Gesellschaftstheorie, vor allem indem sie Bezüge zwischen Erfordernissen der Kapitalverwertung, staatlicher Bevölkerungspolitik und den gesellschaftlichen wie frauenbewegten Anforderungen an das weibliche Subjekt herstellt. Hauptthese ist, dass die Fokussierung feministischer Politik auf die Selbstbestimmung der Frau in eine Verinnerlichung bevölkerungspolitischer Maßgaben und in die Herstellung einer am Mann orientierten bürgerlichen Subjektivität auch für Frauen mündete. Diese Entwicklung sei durch die Ausblendung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen die Frauenbewegung nach Selbstbestimmung suchte, möglich geworden. Dass die Autorin ihre eigene Position offen legt und nachvollziehbar zu machen versucht, ist eine Stärke des Buches - auch wenn man ihr nicht in jedem Punkt folgen mag. Eine gelungene Einführung in ein komplexes Thema, die zum kritischen Lesen anregt, ist das Buch allemal.

Andrea Trumann: Feministische Theorie. Frauenbewegung und Subjektbildung im Spätkapitalismus, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2002, 204 Seiten, 10 EUR

17. Raus gegen die NATO-Kriegskonferenz

Fight global war - gegen EU-Militärmacht und deutsche Kriegspolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:18

Freitag, 6. Februar 2004, 16 Uhr: Die Zufahrtstraßen zum Hotel Bayerischer Hof in München füllen sich mit immer mehr Menschen. Der Verkehr beginnt zu stocken. Die Lage wird unübersichtlich. Den Generälen und VerteidigungsministerInnen der NATO treten Schweißperlen auf die Stirn. Sie erinnern sich an den warnenden Anruf von Horst Teltschik: "Dieses Jahr will das Pack die Konferenz blockieren ..."

No pasaran - die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen!" lautet der Aufruf zu zivilem Ungehorsam und kreativem Widerstand auf den Straßen rund um den Tagungsort der Kriegsherren am Freitag, 6. Februar 2004, ab 16 Uhr und für die internationale Demonstration am Samstag um 12 Uhr ab Marienplatz. Dies ist für das breite Aktionsbündnis von antimilitaristischen, autonomen und antipatriarchalen Gruppen und Initiativen, Friedens- und Antikriegsbewegung, attac und Gewerkschaften die Konsequenz aus zwei erfolgreichen Mobilisierungen: Trotz Hetze, totalem Ausnahmezustand und Demoverbot durch den SPD-Oberbürgermeister haben bereits 2002 über zehntausend Menschen in München protestiert. 2003 waren trotz Spaltungsversuchen und Schneegestöber sogar über 25.000 Menschen gegen die NATO-Kriegskonferenz auf der Straße. "Es ist nicht die Aufgabe einer Protestbewegung, den Herrschenden zu gefallen! Unsere Vielfalt ist unsere Stärke - wir lassen uns nicht spalten", ist die erfolgreiche Devise der Münchner Mobilisierung.

Gegen jeden

Krieg

"Was das Weltwirtschaftsforum in Davos für die SpitzenvertreterInnen der internationalen Wirtschaft ist, ist die Sicherheitskonferenz in München für die Repräsentanten der strategischen Gemeinschaft", lautet die Einschätzung von Horst Teltschik, der die Tagung im Auftrag der BMW-eigenen Herbert-Quandt-Stiftung leitet. Zum 40. Jubiläum der Kriegskonferenz vom 6. bis 8. Februar 2004 findet in München außerdem ein Treffen aller NATO-VerteidigungsministerInnen statt: Neben Rumsfeld, Struck & Co werden RegierungsvertreterInnen aus den USA, der EU, aber auch Russland, China und Indien sowie hunderte hochkarätiger MiltärstrategInnen, Generäle und ManagerInnen der Rüstungsindustrie nach München reisen.

Schon der offizielle Name der Konferenz zeigt, worum es geht: "Sicherheit" hat sich in den letzten Jahren zu einer zentralen Propagandalosung in Politik, Wirtschaft und Medien entwickelt. Dabei ist es zynisch oder naiv zu behaupten, dass der patriarchale Kapitalismus die Welt sicherer machen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Ökonomische Sicherheit und Stabilität schafft der Weltmarkt nur für die, die in diesem System der Profitmaximierung immer reicher werden. Die Mehrheit der Menschen bleibt dabei auf der Strecke.

Im Süden werden Regime der Re-Kolonialisierung errichtet und militärisch durchgesetzt - zur Sicherung von Rohstoffen und Transportwegen sowie für den "Kampf gegen den Terror", während im globalen Norden aus der gleichen Perspektive einer fortgesetzten ökonomischen Ausbeutung die Auflösung der westlichen Wohlfahrtsstaaten und der Übergang zu autoritären Kontrollstaaten betrieben werden.

Es gibt für die sich durchsetzende "neue Weltordnung" keinen Friedenszustand mehr, der ohne Krieg auskommt: Krieg ist Frieden! Je mehr Menschen es sind, denen der globalisierte Kapitalismus nichts mehr zu bieten hat, desto mehr werden Polizei und Militär zu den maßgeblichen Instrumenten des Krisenmanagements, desto mehr wird Krieg vom Ausnahme- zum Dauerzustand.

Der Zusammenhang zwischen Neoliberalismus, sozialem Kahlschlag und einer rigorosen Umverteilung von unten nach oben mit Aufrüstung, Krieg und weltweiten Bundeswehreinsätzen wird immer deutlicher. Bei seiner Eröffnungsrede zur Hannovermesse brachte Bundeskanzler Gerhard Schröder diesen Zusammenhang offen auf den Punkt: "Das, was ich mit der Agenda 2010 bezeichnet habe ..., hat mit dem Thema zu tun, das ich anfangs erörtert habe. Wenn Deutschland seine Rolle in Europa und damit Europa seine Rolle in der Welt in dem gekennzeichneten Maße spielen will und soll, ... dann reicht es eben nicht aus, das nur zu wollen, sondern dann muss man das Land ökonomisch in Stand setzen, auch die Kraft zu haben und sie diesem Europa zur Verfügung zu stellen, um diese Rolle realisieren zu können."

- aber nicht für jeden Frieden

Von den Maastricht-Verträgen über die EU-Gipfel in Köln und Thessaloniki bis zu bilateralen Verhandlungen basteln die Regierenden der verschiedenen EU-Staaten am Aufbau einer eigenen Militärmacht. Das tun sie keineswegs, um den USA ein "ziviles Projekt" entgegenzustellen, sondern um sich fit zu machen für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen im Kontext zunehmender innerimperialistischer Konkurrenz. Auch das angebliche "Nein" der rot-grünen Bundesregierung zum Irak-Krieg war keine Antikriegsposition. Deutschland war im Gegenteil die zentrale Drehscheibe für den US-Aufmarsch im Irak. Die ablehnende Haltung der deutschen Regierung zum Vorgehen im Irak markiert eine Verschärfung des Machtkampfes um die Durchsetzung eigener geostrategischer Interessen.

Tatsächlich ist Deutschland im Rahmen des "globalen Krieges gegen den Terror" weltweit militärisch involviert. Rot-grün lügt - Deutschland führt längst wieder Krieg, rüstet die Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee auf für "Präventivkriege" und einen ungehinderten weltweiten Zugriff auf Rohstoffe.

Wer diese Zukunft nicht will, wer gegen Krieg ist, wer den Militarismus in die Schranken weisen will, wer keine Gesellschaft will, in der Rassismus und Patriarchat Normalzustand sind, muss gemeinsam handeln. Wir müssen dort eingreifen, wo die strategischen Planungen laufen, wo Kriege als Normalität verkauft werden und wo sie sich materiell umsetzen: Bei den Treffen der globalen Kriegsplaner, bei den think tanks und Veranstaltungen, die die Legitimität der Kriege sichern, und an den Straßen und Gleisen, über die Aufmarsch und Nachschub rollen.

Auf nach München - No pasaran!

Fortsetzung folgt/con-action

Infos unter www.no-nato.de;

siehe auch Kalender, Seite 35

18. Autonome Kunst aus einem leidgeprüften Land

Porträt der israelischen Künstlerin Meira Asher

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:19

Meira Asher gewährt tiefe Einblicke durch die Fenster zu den zahlreichen Höllen dieser Welt. Ob Gedanken von Selbstmord-Attentätern, Folter- und Vergewaltigungsopfern oder Tabu-Themen wie AIDS - die israelische Komponistin lässt das Leiden der Menschheit beredt werden, und zwar in einer Sprache, die bewusst auf Sentimentalität, Theatralik und falsches Pathos verzichtet.

Die Künstlerin Meira Asher ist in Tel-Aviv geboren und aufgewachsen. Auf Reisen nach Afrika und Indien lernte sie Perkussions-Instrumente und Dhrupad-Techniken kennen und durch die intensive Auseinandersetzung mit verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen, wie Musik, Tanz und Fotografie, entwickelte sie einen eigenwilligen Stil. Während in ihrem Debüt-Album Dissected Klänge, Stilelemente unterschiedlicher kultureller Herkunft nebeneinander wahrnehmbar waren, hatte sie in dem Nachfolgewerk Spears Into Hooks bereits ihren Sound gefunden. Die elektronische Oper besteht aus einer komplexen Schichtung von Industrial- und Hardcore-Klängen, Geräusch-Samples und einem Gesang, der - ob als sprödes Rezitativ oder exaltierter Belcanto - Sprache als phonetisches, ästhetisches Ereignis behandelt.

Reportagen aus Soundmaterial

1998 verließ Asher ihre Heimat Richtung Europa, um neue Herausforderungen anzunehmen: "Eine Künstlerin, die in ihrer Heimat arbeitet, lebt in einer Art Treibhaus." Das gelte besonders für ein kleines Land wie Israel, sagt die 39-Jährige, "das kaum tausend Avantgarde-Anhänger zählt und dessen Grenzen zu den Nachbarländern geschlossen sind". Nach kurzen Aufenthalten in London und Ljubljana arbeitete sie ein Jahr in Berlin. Heute lebt Asher in Den Haag. Zwar könne sich eine Künstlerin, die aus einem leidgeprüften Land kommt, auf der in Europa oberflächlich herrschenden Stabilität ausruhen, so Asher, andererseits vermisse sie aber auch den Schmerz: "Irgendwann begann ich, mich unwohl damit zu fühlen, dass alles so bequem und dekadent, viel Geld da ist, aber keine kritische Kultur. Europa ist überflutet mit schlechter Kunst."

Als israelische Staatsbürgerin macht Asher aus ihrer Gegnerschaft zu Ariel Sharon keinen Hehl. Diverse politische Mächte, beispielsweise die USA, hätten ein Interesse daran, diesen Konflikt dauerhaft in den Schlagzeilen zu halten: "Der Krieg soll weiter gehen. Natürlich bin ich strikt dagegen.", sagt die Künstlerin. "Es gibt auch an anderen Orten gravierende Probleme. Ich habe das Selbstmitleid satt, das einige Israelis an den Tag legen." Demgegenüber lässt sie aber in ihrem künstlerischen Schaffen jegliches Sendungsbewusstsein vermissen und verzichtet bewusst auf Agitation, wütende Proteste oder moralische Appelle. Vielmehr möchte sie "soziale Konflikte sezieren, Situationen transferieren, aber keine Botschaften", betont die Komponistin und überantwortet den Meinungsfindungsprozess ihrem Publikum. Asher setzt auf eine autonome Ästhetik. Sie will dem Sound-Material - aus dem sie übrigens wunderschöne Lieder macht - Erkenntnis abtrotzen und ihre Werke in Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen setzen. Obwohl ihre Schilderungen schonungslos sind, verfallen sie nicht in pubertäres Schockertum oder peinliche Massaker-Orgien, wie man sie beispielsweise in der Sparte Metall kultiviert findet.

In dem jüngsten Werk Infantry, das die Künstlerin zusammen mit ihrem Landsmann Guy Harries gestaltet hat, vermeidet Meira Asher konkrete semantische Verweise auf den Nahost-Konflikt. Der Titel Infantry bezieht sich auf das Sujet, das im Zentrum des Konzept-Albums steht. Etymologisch stammt der militärische Begriff für "zu Fuß kämpfende Truppen" von dem Wort "Infant" (Kleinkind) ab, das aber auch so viel bedeutet wie "unfähig zu sprechen": Infantry thematisiert die Manipulation von Kindern und eine ihrer mörderischen Konsequenzen: Minderjährige als "Universal Soldiers". In ihrem experimentellen Werk beschreibt das KünstlerInnen-Duo in drastischer Weise den fatalen Weg, zu dem gegenwärtig weltweit rund 300 000 Kinder getrieben werden.

Positionierung, aber keine Agitation

Zurzeit arbeiten Asher und Harries an ihrem interdisziplinären Projekt FACE. Es soll die Erfahrung sozialer Probleme oder Notsituation von Kindern und Jugendlichen in Afrika, Asien und Osteuropa durch Kunstinstallationen vergegenständlichen. FACE ist auf fünf Jahre angelegt und zielt darauf, die Distanz zwischen Kunstwerk und dem jeweils beschriebenen Phänomen zu durchbrechen, den interkulturellen

Austausch und lokale KünstlerInnen zu fördern. Die Exponate sollen daher nicht nur in Europa, sondern auch in den betroffenen Regionen selbst zu sehen sein. Im Frühjahr 2003 bildete Ashers Video- und Sound-Installation "Girl" in Berlin den Auftakt des Projekts; im Anschluss wurde sie in Westafrika präsentiert. Das Werk basiert auf der für Infantry vertonten Zeugenaussage des liberianischen Mädchens Josephine Kamara, die von Rebellen-Soldaten verschleppt und vergewaltigt wurde.

Susann Witt-Stahl

Informationen: www.meiraasher.com, dort können auch ihre CDs bestellt werden

19. "Intellektuelles Eigentum ist ein neokoloniales Herrschaftsinstrument"

Interview mit Eduardo Samán vom venezolanischen "Autonomen Dienst für geistiges Eigentum"

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:20

Eduardo Samán war seit dem misslungenen Putsch gegen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez im April 2002 Vorsitzender des Autonomen Dienstes für Intellektuelles Eigentum (SAPI). Von Januar bis August dieses Jahres war der Pharmazeutiker zudem Mitglied der Verhandlungsgruppe zum Schutz des intellektuellen Eigentums im Rahmen der Verhandlungen um das Panamerikanische Freihandelsabkommen (ALCA/FTAA).

Auf Grund seiner konsequenten linken Positionen geriet er mit seinem Minister in Konflikt, der im Regierungsspektrum als moderat gilt. Kurz vor der WTO-Runde im mexikanischen Cancun Ende August 2003 wurde Samán aus der Verhandlungsdelegation ausgeschlossen. Samán begab sich auf eigene Rechnung zusammen mit Regierungsabgeordneten nach Cancun und beteiligte sich an den Protestaktionen gegen die Welthandelsorganisation. Am 19. September wurde er wegen "Ungehorsams" als Präsident des SAPI abgesetzt. Mitte Oktober trat der Minister für Wirtschaft und Handel zurück; der neue Minister setzte Ende Oktober Eduardo Samán wieder als Direktor des SAPI ein.

Dario Azzellini und Stefanie Kron sprachen Ende September 2003 in Caracas mit Eduardo Samán über die zunehmende Bedeutung des intellektuellen Eigentums für das neoliberale Entwicklungsmodell und über Ansätze für eine alternative Ökonomie in Venezuela.

ak: Der SAPI wird unter anderem von Microsoft attackiert. Warum?

Samán: Software ist in Venezuela durch das Urheberrecht geschützt, in den USA dagegen durch das Gewerberecht, also Patente. (1) Wir versuchen in Venezuela den Gebrauch der freien Software zu fördern. Beim SAPI arbeiten wir mit freier Software. Microsoft strebt dagegen an, dass unsere Regierung sich in einen Verkäufer der Microsoft-Software verwandelt und dass wir härter gegen Softwarepiraterie vorgehen, also gegen Personen und Betriebe, die illegale Software verwenden. Sie sollen stattdessen die Software von Microsoft kaufen. Wir vertreten dagegen, dass es für die User die Möglichkeit geben muss zu wählen, ob sie freie Software verwenden oder bei Microsoft einkaufen. Denn wir möchten nicht wie die Regierungen anderer Länder, beispielsweise Kolumbien, zu einer Microsoftschutzpolizei bzw. zu einer staatlichen Mikrosoftverkaufsstelle werden.

Dies hat zu Konflikten mit der hiesigen Vertretung der Business Software Alliance (BSA) geführt, einer Microsoftstiftung, die u.a. die Softwarepiraterie bekämpft. Sogar der US-Botschafter hat uns schon im SAPI aufgesucht und uns vorgeworfen, die Verwendung freier Software in öffentlichen Einrichtungen sei illegal. Er hatte keine Ahnung von freier Software und wir haben ihm das dann erklärt.

Wir haben eine Broschüre der SAPI gesehen, die sich an Kleinstbetriebe richtet und mit der Gründung "kollektiver Marken" und der Entwicklung einer alternativen Ökonomie wirbt. Was ist darunter zu verstehen?

Mit der industriellen Revolution begann auch die Privatisierung des Wissens. Juristisch ist die Eigentumsform über das Gewerberecht geregelt. Darunter fallen Patente, aber auch Marken und Slogans. Kollektive Marken, die wir in Venezuela fördern möchten, sind keine Marken, auf die nur ein Unternehmen ein Copyright hat, wie beispielsweise Nike auf seine Sportkleidung, sondern sie werden für einen Zusammenschluss von Kleinbetrieben vergeben, die das gleiche Produkt herstellen.

In Venezuela gibt es z.B. eine Käsesorte, für die eine kollektive Marke vergeben wurde. Der Käse wird von einigen Kleinproduzenten per Hand hergestellt, pro Betrieb ca. 500 kg in der Woche. Sie organisieren sich als Genossenschaft, stellen den gleichen Käse her, und dafür vergeben wir eine einzige Marke. Denn keines dieser Kleinstbetriebe könnte alleine auf dem Markt bestehen. Diese Praxis ist unserer Ansicht nach geeignet, um eine alternative nationale Ökonomie, eine alternative Kultur und alternative Werte zu entwickeln.

Die Marke ist ein Zeichen, das ein Gut oder einen Dienst bezeichnet und von anderen unterscheidet. Die Industrieländer des Nordens haben diese Zeichen in Symbole verwandelt. Damit verändern sie aber ihre Bedeutung. Denn die Menschen beginnen, mit dem Symbol eine bestimmte Form des sozialen Handelns und einen bestimmten sozialen Status zu assoziieren. In den armen Stadtvierteln von Caracas bringen sich junge Männer wegen eines Paares Nike-Schuhe um bzw. verteidigen es bis zum Tod. Das tun sie nicht wegen des materiellen Wertes der Schuhe, denn niemand ist bereit, sein Leben für 20 Dollar zu opfern. Aber das Nike-Logo stellt eine spezifische kulturelle Identität und bestimmte Werte dar, die sie offenbar bereit sind, bis zum Tode zu verteidigen.

Wir möchten hier in Venezuela einen revolutionären Prozess in Gang setzen. Deshalb müssen wir eigene Symbole schaffen, die die Symbole der Markenwelt ersetzen und mit denen revolutionäre Werte in Verbindung gebracht werden können, Werte der Solidarität einer solidarischen Ökonomie. Diese neuen Symbole müssen von Produkten, die wir selbst herstellen, begleitet werden. Das ist die neue Ökonomie, die in unserer Verfassung als Staatsziel mit dem Begriff der nachhaltigen, endogenen Entwicklung verankert ist. Damit ist unsere Verfassung antineoliberal.

Das vorherrschende neoliberale Entwicklungsmodell sieht die Privilegierung großer, transnationaler Konzerne vor, in denen sich das Kapital konzentriert. So wird zwar Reichtum geschaffen, aber auch der soziale Ausschluss der Mehrheit der Menschen produziert. Mit unserem Konzept der endogenen, nachhaltigen Entwicklung soll die Verteilung des Reichtums demokratisiert werden.

Alle Unternehmen, die der kollektiven Marke angehören, verpflichten sich, auf die gleiche Art und Weise zu produzieren und einen bestimmten Qualitätsstandard einzuhalten. Sie können dafür gemeinsam und damit billiger ihre Rohprodukte und -stoffe kaufen. Sie können gemeinsam Vermarktungsstrategien entwickeln und Kredite beantragen, was sie einzeln nicht könnten, weil sie wirtschaftlich zu schwach wären.

Sind die kollektiven Marken für neue Unternehmen offen?

Ja, wenn sie sich an bestimmte Bedingungen wie die Einhaltung von Qualitätsstandards halten. Es gibt auch Sanktionen bis hin zum Ausschluss aus der kollektiven Marke. Das entscheiden aber die beteiligten Unternehmen. Der Staat transferiert diese Kontrollfunktion in die Gesellschaft. Jeder einzelne wacht darüber, dass die anderen die Standards einhalten, denn wenn einer schlechten Käse herstellt, schädigt das alle anderen, die unter der kollektiven Marke produzieren. Auf diese Weise entsteht eine gegenseitige soziale Kontrolle durch die Gesellschaft, in diesem Fall durch die Produzenten. Die Kontrollfunktion des Staates minimiert sich. Die Neoliberalen hingegen sagen, dass der Markt die wichtigste Kontrollinstanz sei. Die Kontrolle über die Ökonomie ist jedoch nicht auf den Markt übertragbar. Was übertragbar ist, ist die Kontrolle des Staates auf die Gesellschaft, auf die Produzenten. Es ist eine Lüge zu behaupten, der Markt könne strafen, belohnen und kontrollieren.

Welche Position vertritt Venezuela im so genannten Krieg um die Patente?

In Venezuela werden Patente nur auf Erfindungen vergeben, nicht auf Entdeckungen. Als Erfindungen gelten neue Produkte, z.B. neue chemische Verfahren oder Modifikationen von existierenden Produkten und Verfahren. Im Gegensatz dazu werden in den USA auch Entdeckungen in der Natur und traditionelles Wissen patentiert.

Damit der venezolanische Staat ein Patent vergibt, muss das Produkt, Modell oder Verfahren neu sein; es muss eine Erfindung sein und gewerblich herstellbar und nutzbar. Ideen werden hier nicht patentiert, sondern nur ihre Materialisierung. Es gibt in Venezuela auch Dinge, die von einer Patentierung ausgeschlossen sind. Die neue bolivarianische Verfassung von 1999 verbietet z.B. mit dem Artikel 127 die Vergabe von Patenten für jede Form von Pflanzen und Tieren inklusive Mikroorganismen, auch wenn sie genetisch verändert sind. Das ist ein großer Unterschied zu vielen anderen Ländern und auch zu den WTO-Statuten, die die Patentierung von Lebewesen und Pflanzen in ihrer "natürlichen Form" ausschließen, die Patentierung ihrer genetischen Modifizierung jedoch zulassen.

Aber: Die Internationale Union zum Schutz neuer Pflanzenzüchtungen (UPOV) möchte das System "sui generis", etablieren, um das traditionelle Wissen und die Artenvielfalt der jeweiligen Länder zu schützen, seien sie "natürlich", genetisch modifiziert oder per Kreuzungen gezüchtet. Dies ist eine Regelung, die sich nicht

Patent nennt, aber ebenso funktioniert. Wir wollen uns nicht darauf einlassen. Denn wir wollen traditionelles oder kollektives Wissen nicht kommerzialisieren, es zu einer Ware machen und auf den Weltmarkt bringen.

Intellektuelles Eigentum ist Thema in den WTO-Verhandlungen und in vielen internationalen Abkommen wie etwa zur Bildung. In den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen ALCA/ FTAA gibt es neun thematische Verhandlungsgruppen, eine davon zum intellektuellen Eigentum. Weshalb wird dem intellektuellen Eigentum eine so große Bedeutung zugemessen?

Die menschliche Partizipation in der Wertschöpfungskette ist begleitet vom Wissen des Menschen. Die Gesetzgebung zu intellektuellem Eigentum reguliert, privatisiert und kontrolliert dieses Wissen. Das intellektuelle Eigentum wird also zu einem wichtigen Faktor, um das Schaffen von Reichtum zu kontrollieren. Die USA und Kanada besitzen 90 Prozent aller Patente auf dem Kontinent. Wenn sie nun versuchen, Gesetze zu Gunsten der Inhaber von Patenten durchzusetzen, dann behalten sie sich exklusiv die Möglichkeit vor, Reichtum zu schaffen. Was wird den Entwicklungsländern überlassen? Der Verkauf von Rohstoffen, die aber an sich kaum einen Wert haben. Damit werden unsere Ökonomien auf den Stand zur Zeit der Kolonien zurückgeworfen. Das ist eine neokoloniale Politik.

Das intellektuelle Eigentum privatisiert und kontrolliert das nötige Wissen, um Reichtum zu schaffen. Dieses Wissen ist ein nicht materielles Gut, und in einer modernen Gesellschaft ersetzt es mehr und mehr die Bedeutung, die früher der Grundbesitz oder das materielle Eigentum hatten. Früher strukturierten die materiellen Besitzverhältnisse, vor allem der Landbesitz, die Machtbeziehungen in der Gesellschaft. Der Grundbesitz beispielsweise als wichtigste Form des Privateigentums und zentrale Stütze des Kapitalismus definierte die ökonomische Struktur eines Landes. Heute ersetzt das intellektuelle Eigentum mehr und mehr das materielle Eigentum als die für den Kapitalismus zentralste Form des Privateigentums.

Der Materialwert eines Handys etwa ist unermesslich viel kleiner als der Wert des Wissens und der Technologie, der in einem Handy steckt. Das Wissen ist das, was dem Produkt oder der Dienstleistung Wert verleiht. Das ist der Grund, dass das Thema intellektuelles Eigentum in allen internationalen Abkommen eine so wichtige Rolle spielt.

Sie sagen, intellektuelles Eigentum wird zum Instrument für die Durchsetzung einer neokolonialen Ordnung. Wie wird denn versucht, eine solche Ordnung beispielsweise über das Vertragswerk des FTAA festzuschreiben?

Das FTAA soll eigentlich ein Handelsvertrag für Amerika werden. Man könnte also annehmen, dass sich das Kapitel über Eigentum auf die Aspekte beschränkt, die mit dem Handel zu tun haben. Statt dessen ist es eines der umfangreichsten im ganzen Vertrag. So will man intellektuelles Eigentum fast komplett regulieren, kontrollieren und zur Ware machen. Gleichzeitig geht es um die Etablierung einer Art globaler Verfassung, die weit über einen Handelsvertrag hinausgeht. Hier wird versucht, ein Supergesetz, das die nationalen Verfassungen und Gesetzgebungen außer Kraft setzen soll, durchzusetzen.

Welche Patentierungspraxis soll mit dem FTAA konkret durchgesetzt werden?

In dem FTAA-Kapitel geht es letztlich darum, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, praktisch alles patentieren zu können. Das würde auch das Ende der freien Software bedeuten. Wie bereits erwähnt, kann Software in Venezuela nicht patentiert werden, sondern sie wird über das Urheberrecht vor Raubkopien geschützt. Ein Beispiel: Ich kaufe eine urheberrechtlich geschützte Programmiersprache, programmiere damit meine Software und verkaufe sie. So lief es bisher bei der Softwareentwicklung. Wenn nun diese Sprache patentiert würde, müsste ich für jedes Programm, das ich auf Basis dieser Sprache entwickele, zahlen. Damit würde der Zugang zu Information und Kultur erheblich eingeschränkt.

Das FTAA-Kapitel zu intellektuellem Eigentum bedeutet auch für unsere Kleinbauern ein neues System von Herrschaft und Ausbeutung. Heute gehört vielen von ihnen das Land, das sie bearbeiten, sie sind so gesehen freie Bürger. Aber fast der gesamte Verdienst ihrer Arbeit wird für die Bezahlung von Gebühren aufgebraucht, entweder für patentierte Samen oder für die verwendeten Düngemittel beziehungsweise Pestizide, oder beides. Diese Form der Herrschaft ist weniger personifiziert. Der Feind ist ein Konzern, dessen Sitz weit entfernt liegt, und nicht mehr der Großgrundbesitzer. Der Konzern, der das Patent auf das jeweiligen Dünge-, Schädlingsbekämpfungsmittel oder den Samen hat, eignet sich also einfach den Reichtum an, den die

Kleinbauern schaffen. Wie verläuft diese Aneignung? Über das Produkt! Ein Produkt, dessen Herstellung fast nichts kostet.

Das gleiche gilt für Medikamente. Die Kosten der eigentlichen Produktion machen nur ein Drittel aus, ein weiteres Drittel geht in die Werbung, ein weiteres in die Verwaltung. Das bedeutet, dass wir, wenn wir dürften, ein eigenes Medikament viel kostengünstiger herstellen könnten als das patentierte Markenprodukt. Das bedeutet aber auch, dass die Gewinnspanne eines patentierten Markenprodukts immens hoch ist. Der hohe Preis für das Produkt auf dem Markt basiert auf der Monopolstellung des herstellenden Konzerns. Dieser hohe Preis und die immense Gewinnspanne werden durch die Gesetze zum Schutz des intellektuellen Eigentums ermöglicht. Es ist eine Tragödie, wie hier eine Familie finanziell ruiniert wird, wenn ein Mitglied erkrankt.

Die Entwicklung vieler dieser patentierten Markenmedikamente basiert jedoch auf kollektiven, traditionellen Wissensformen und genetischen Ressourcen aus den Entwicklungsländern. Denn die Industrieländer haben in der Vergangenheit ihre eigene Biodiversität und ihre genetischen Ressourcen zerstört. Viele Länder wie die USA haben auch ihre indigene Bevölkerung weitgehend eliminiert und damit traditionelle Formen von Wissen. Nun kommen sie und versuchen, sich das traditionelle Wissen der indigenen Bevölkerung und die genetischen Ressourcen der Entwicklungsländer anzueignen. Denn um genetische Ressourcen in der Medizin und Pharmaindustrie nutzen zu können, benötigt man das lebendige Wissen der lokalen Bevölkerung.

Was unternimmt der SAPI gegen die so genannte Biopiraterie?

Die USA argumentieren, dass Biopiraterie ein verleumdender Begriff sei. Denn in vielen Entwicklungsländern, so auch in Venezuela, seien traditionelles Wissen und genetische Ressourcen gesetzlich nicht geschützt, da wir beides nicht patentieren können. Es gebe also kein Gesetz, das diese Form der Aneignung verbiete. Deshalb haben sie den Begriff der Biopiraterie durch den Begriff der "unwürdigen Aneignung" ersetzt. Aktuell geht es darum, das, was sie unwürdige Aneignung und wir Raub nennen, durch ein Tauschverhältnis zu ersetzen. Sie wollen für die Aneignung von Wissen und Ressourcen zahlen. In der Praxis bedeutet es, dass sie in den indigenen Gemeinden den Heilern oder dem Bürgermeister einen Computer anbieten oder den Bau einer Schule und dafür das lokale medizinische Wissen und die dazu gehörigen Pflanzen mitnehmen, um es dann in den USA patentieren zu lassen.

Wir versuchen den indigenen Gemeinden zu erklären, was intellektuelles Eigentum bedeutet und wie es als Herrschaftsinstrument verwendet wird. Wir legen ihnen nahe, dass sie sich nicht verkaufen sollen, um ein internationales Patentsystem zu legitimieren, das die Grundlage für ein ungerechtes System des Handels zwischen den Ländern ist. Wir haben vom SAPI aus Geld für eine größere Informationskampagne zum Thema intellektuelles Eigentum und traditionelles Wissen aufgetrieben, die sich an die indigenen Gemeinden Venezuelas richtet. Wir haben eine Broschüre erstellt, in der über den Artikel 124 der Verfassung informiert wird, der die Vergabe von Patenten für traditionelles Wissen verbietet. Wir haben uns auch mit den indigenen Abgeordneten der Nationalversammlung getroffen, um darüber zu sprechen.

Aber wir sind damit nicht überall auf Gegenliebe gestoßen und ich bin bereits entlassen worden. Denn das eine ist der Diskurs des Handelsministers, der immer davon redet, die indigenen Gemeinden sollen nicht ihr Wissen verkaufen. Das andere sind Taten. Und bisher hat das Wirtschaftsministerium noch nicht einen Cent für Informations- und Aufklärungskampagnen lockergemacht.

Sind Sie verärgert oder enttäuscht über Ihre Entlassung?

Nein, ich bin 39 Jahre alt und seit 21 Jahren im politischen Kampf. Davon war ich nur anderthalb Jahre in der Regierung. Jetzt werde ich aus anderen Gräben weiterkämpfen. Ich habe auch noch eine Professur an der Universität.

Die "bolivarianische Revolution" ist ein Prozess und da gibt es Fortschritte und Rückschläge. Insgesamt geht es aber in die richtige Richtung und es gibt viel mehr Fortschritte als Rückschläge; in den vergangenen anderthalb Jahren wurde der Prozess sehr vertieft und radikalisiert. Ich mache mir keine Sorgen.

Anmerkung:

1) Zum besseren Verständnis des Unterschiedes sei hier eine Erklärung der Gruppe FFII/Eurolinux (http://swpat.ffii.org/index.de.html) zitiert: "Anders als das Urheberrecht können Patente eigenständige

Schöpfungen blockieren. Softwarepatente können das Software-Urheberrecht aushebeln. Ein urheberrechtlich geschütztes Werk kann von Hunderten von Patenten belegt sein, von denen der Autor nichts weiß, für deren Verletzung er aber belangt werden kann. Manche Patente können unter Umständen nicht umgangen werden, weil sie sehr breit oder Teil eines Kommunikationsstandards sind. (...) Traditionelle Patente richteten sich auf konkrete, materielle Erfindungen. Softwarepatente richten sich auf Ideen." Ein Beispiel: "Man patentiert nicht mehr eine bestimmte Mausefalle, sondern jedes ‚Mittel zum Ködern von Nagetieren`."

20. Fragend voranschreiten hält jung

Zehn Jahre nach dem Aufstand ist die EZLN in guter Verfassung

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:22

Die Feiern zum zehnten Jahrestag des zapatistischen Aufstandes im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas verliefen eher bescheiden. Einige hundert Delegierte aus den zapatistischen Dorfgemeinschaften und internationale Unterstützerinnen und Unterstützer nahmen teil. In der weltweiten Presse fand das Ereignis eher wenig Resonanz. Das war vor zehn Jahren noch anders.

Als Kämpfer und Kämpferinnen der bis dato unbekannten EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) in der Nacht auf den ersten Januar 1994 in Chiapas mehrere Bezirkshauptstädte und das regionale Zentrum San Cristobal militärisch besetzten, galt ihnen die Aufmerksamkeit der gesamten westlichen Welt. Jenseits von seiner lokalen und nationalen Bedeutung fand der Aufstand zu einem Zeitpunkt statt, an dem der Siegeszug des Kapitalismus allerorten gefeiert wurde; es schien keine Alternative mehr zum neoliberalen Wirtschaftsmodell, zum angeblich alles regulierenden Markt zu geben. Die FSLN in Nicaragua war 1990 abgewählt worden, der mexikanische Politologe und spätere Außenminister Jorge Castañeda hatte das Ende der revolutionären und bewaffneten Linken proklamiert und die lateinamerikanische Linke bewegte sich zunehmend auf sozialdemokratische Politikmodelle zu. Und plötzlich ein bewaffneter indianischer Aufstand mit einer breiten Basis ... Die zentrale Botschaft lautete: Rebellion ist gerechtfertigt und möglich.

Quantensprung im Urwald von Chiapas

Die Indígenas, auch von der lateinamerikanischen Linken mehr als Objekte paternalistischer Entwicklungskonzepte denn als eigenständige Subjekte behandelt, übernahmen plötzlich eine "führende" Rolle in der Neudefinition linker Politik. Zugleich wurden auch traditionelle Strukturen in Frage gestellt, wie an den bereits 1993 verabschiedeten, in den zapatistischen Gemeinden gültigen "revolutionären Frauengesetzen" deutlich wurde. In ihnen legten die Frauen selbst Rechte fest, wie die freie Wahl des Ehepartners, Beteiligung an der Guerilla und die Möglichkeit, über Kinderzahl und Reisen selbst zu entscheiden.

Der Aufstand löste in Mexiko einen beeindruckenden Politisierungsschub aus und international einen Bewusstseinssprung. So gelten die Zapatistas mit ihrem Diskurs und der Einberufung "intergalaktischer Treffen" auch als Geburtshelferin der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Mit der Einberufung eines ersten "intergalaktischen Treffens" in chiapanekischen Urwald 1996 und dem Aufruf zu kontinentalen Treffen im Jahr 1997, die schließlich in einem weiteren "intergalaktischen Treffen" im gleichen Jahr in Spanien mündeten, begann sich ein breites Spektrum emanzipatorischer und linker sozialer Bewegungen als "Antiglobalisierungsbewegung" zu konstituieren. Eigentlich ein von vorneherein falscher Begriff, da die Formierung als Bewegung in dem Anspruch begründet liegt, eine "Globalisierung von unten" ins Leben zu rufen. In Anlehnung an den zapatistischen Diskurs kam es Anfang 1998 zur Gründung von Peoples Global Action (PGA), einem weltumspannenden Ansatz der Vernetzung von Basisorganisationen.

Die EZLN zeigte eine bemerkenswerte Kommunikationsfähigkeit. Sie benutzte nicht die hölzerne Sprache der politischen Kommuniqués der 1970er Jahre, sondern wählte einen frischen Stil, der viel mit Bildern und Geschichten arbeitet. Dies hat der EZLN zwar den Vorwurf eingebracht, man gewinne keinen Krieg mit Gedichten, doch haben die ZapatistInnen ihren Kampf und ihre Politik mit der von ihnen verwendeten Sprache vielen Menschen nahe bringen können. Zugleich haben sie in entscheidenden Momenten immer klare Worte gefunden. Doch sei eindringlich davor gewarnt, die Zapatistas allein auf der Ebene des Diskurses zu analysieren. Wer das tut, wird enttäuscht werden, denn die Grundlage des Konflikts ist eine materielle. Es ist klar, dass eine in den Weltmarkt integrierte kapitalistische Ökonomie nicht einfach auf die Kontrolle der Naturressourcen im eigenen Staatsterritorium verzichten kann.

Autonomie ohne Abkommen

Ihre poetische Sprache, der Humor und Charme des charismatischen Subcomandante Marcos, die Nutzung des Internet und der bis heute geltende Waffenstillstand nach nur zwölf Tagen bewaffneter Auseinandersetzung machte die zapatistische Bewegung schnell bekannt und beliebt. Im Gegensatz zu anderen bewaffneten Gruppierungen wurde sie von den Medien und der Politik als "gute Guerilla" dargestellt,

die man einfach gern haben muss. Von internationalen Persönlichkeiten wurde sie hofiert. Am Publicity-Erfolg der EZLN wollten in Mexiko viele teilhaben, allen voran die linksliberale Oppositionspartei PRD.

Die Massenmobilisierung der mexikanischen Zivilgesellschaft konnte 1994 und 1995 einen Bürgerkrieg im größeren Umfang vermeiden. Die EZLN und die mexikanische Regierung verhandelten, doch das Resultat war enttäuschend. Es kam zwar zu der Unterzeichnung des "Abkommen von San Andrés" indem sich EZLN und Regierung auf Grundlagen "indigener Rechte und Kultur" einigten. Die Regierung setzte das Abkommen jedoch nie um und verabschiedete 2001, nach einem wochenlangen Marsch Tausender Zapatistas nach Mexiko Stadt, sogar eine Gesetzgebung, die dem Abkommen widersprach.

Während Präsident Fox den Zapatista-Marsch in die Hauptstadt nutzte, um der Welt ein demokratisch-pluralistisches Mexiko zu präsentieren, fand sich in der internationalen Presse kaum ein Wort über die Hintergründe. Auch die EU stand Fox treu zur Seite und forderte die EZLN auf, mit der Fox-Regierung zu verhandeln. Die Mobilisierung gegen das abgefälschte Autonomiegesetz verlief eher dürftig. Das internationale Interesse ließ nach und es schien, als habe die EZLN an Rückhalt verloren.

Tatsächlich sind die Zapatistas aber dabei, den spannendsten ihrer Schritte zu tun und die Autonomie, die ihnen keine Regierung geben wollte, umzusetzen. Dabei hilft ihnen, dass sie auf eine breite Basis zählen können. Doch dieser Prozess verläuft weit weniger spektakulär als der bewaffnete Aufstand und besitzt kaum "Nachrichtenwert" für die internationale Presse. Diese Entwicklung wird - anders als Marcos' literarische Kampferklärungen an Neoliberalismus und Armut - auch von linksliberalen Intellektuellen wenig diskutiert und kommentiert. Die meisten von ihnen haben sich mit dem neuen Mexiko arrangiert oder anderen Themen zugewandt. Und die PRD stellt auf Grund ihres Verhaltens immer weniger einen Bündnispartner dar. Mit einer unaufhörlichen Reihe von Skandalen sowie anti-emanzipatorischen und autoritären politischen Positionen hat sie sich selbst ins Abseits gestellt. Beispiele sind die Tatsache, dass die internen Wahlen der als "Anti-Korruptionskraft" auftretenden PRD gefälscht waren, oder die Politik von PRD-Bürgermeister López Obrador in Mexiko-Stadt. Im Gegensatz zu Cuauhtémoc Cárdenas und Rosario Robles, die eine gewisse Bewegungsnähe hatten und stark auf Kultur und Bewusstseinsbildung setzten, entpuppte sich López Obrador als Technokrat. Basisorganisationen werden unter ihm zu den laufenden Politiken kaum noch konsultiert, und er ist de facto eine Investitionszusammenarbeit mit dem mafiösen PRI-istischen Großunternehmer Carlos Slim eingegangen (dem die gesamten Investitionen zum Ausbau des Paseo Reforma zur luxuriösen Flaniermeile zufallen). Hinzu kommt, dass sein Vorbild für die Regelung der Öffentlichen Ordnung in der Hauptstadt seit Amtsantritt die reaktionäre "Zero-Tolerance-Linie" ist, weswegen er auch schon den New Yorker Ex-Bürgermeister Giuliani zu Konsultationen nach Mexiko-Stadt einlud.

Zwölf Stunden Aufstand täglich

Einige PRD-Abgeordnete stimmten sogar für das verstümmelte Autonomie-Gesetz. Partei-Vertreter erklärten in diesem Zusammenhang, es gehe darum, einen öffentlichen Erfolg der Zapatistas zu verhindern und die Bewegung für eigene Parteierfolge zu nutzen. Die Politik des von der PRD mitgetragenen chiapanekischen Gouverneurs Pablo Salazar Mendiguchía ist kaum von jener der vorangehenden Regierungen zu unterscheiden. Die PRD hat zu eigenen Gelegenheiten sogar gegen die EZLN-Basis mobilisiert, Militarisierung und Paramilitarisierung schreiten weiter voran, der Plan Puebla-Panama wird unterstützt und selbst die Programme der Regionalregierung verfolgen weiterhin die Strategie des "teile und herrsche". Interne KritikerInnen werden durch Sanktionen oder Parteiausschluss zum Schweigen gebracht.

Die EZLN hat indes ihr Hauptaugenmerk während der vergangenen Jahre auf die Festigung und den Ausbau der eigenen Strukturen und der Basisgemeinden gelegt. Das beinhaltet den Aufbau zahlreicher ökonomischer Projekte und Unternehmen, um so eine Überlebensgrundlage für die Dorfgemeinschaften zu schaffen und den erzeugten Mehrwert möglichst in den Gemeinden zu halten und zu reinvestieren. Dazu gehört auch ein Radioprojekt, das in mehreren Sprachen etwa zwölf Stunden täglich auf UKW sendet und in Chiapas über 250.000 Menschen erreicht. Radio Insurgente. Stimme der EZLN sendet mittlerweile sogar auf Kurzwelle und ist so in ganz Lateinamerika und mit etwas Glück auch in Europa zu empfangen. Nachdem vor zwei Jahren tatsächlich rückläufige Tendenzen in der Organisierung zu beobachten waren, hat sich heute das Blatt gewendet. Es schließen sich weitaus mehr Gemeinden und Einzelpersonen als Basis, Milizionäre und "Insurgentes" (stehende bewaffnete Truppen) der EZLN an, als sie verlassen.

Vor allem aber drückt sich die Konsolidierung des zapatistischen Projekts im Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen aus. Zunächst sind das die über 30 lokalen Autonomen Gemeinden und seit August 2003 die "Juntas der guten Regierung", fünf übergeordnete Regionalverwaltungen. Von der Schule über Landwirtschaft und Gesundheitswesen wird alles selbst entschieden und organisiert. Eine eigene Rechtsprechung und Verwaltung wurden eingesetzt. Damit besteht auf einem Viertel des chiapanekischen Territoriums de facto eine Regierung, die von der offiziellen mexikanischen Regierung losgelöst ist.

In einem Kommuniqué, das von einem mit schwarzer Sturmhaube vermummten Vertreter der EZLN auf den Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag des Aufstandes verlesen wurde, hieß es: "Nur im Widerstand und der Rebellion können wir unsere Autonomie als indigene Völker aufbauen, denn wir warten nicht darauf, dass uns die schlechten Regierungen die Erlaubnis geben, damit die Indígenas in Freiheit und Autonomie leben können."

Dario Azzellini

21. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:23

Berliner Polizei vs. AAB

Nach den 1.-Mai-Krawallen 2002 in Berlin hatte die Polizei erstmals in ganz Deutschland Plakate aushängen lassen, auf denen Fotos vermeintlicher Randalierern zu sehen waren. Gegen diese Art der Menschenjagd reagierte die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) mit einem eigenen Plakat. Es zeigt Fotos prügelnder Polizisten und forderte zur Mithilfe bei der "Identifizierung von Straftätern aus den Reihen der Polizei" auf. Nicht nur, dass die Berliner Polizei mit großem Eifer versuchte, alle Web-Seiten zu zensieren, auf denen das AAB-Plakat dokumentiert worden war; am 18. Dezember musste sich nun auch der damalige Pressesprecher der AAB wegen Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz verantworten. Zwei Polizeibeamte, die sich auf den Plakaten wiedererkannt haben wollen, fühlten sich in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt. Die Richterin des Amtsgericht Berlins zeigte sich wenig beeindruckt von der Argumentation des Angeklagten, der die Plakate als Reaktion auf die "öffentliche Zurschaustellung ohne gerichtliche Verurteilung und pauschale Missachtung der Persönlichkeitsrechte der auf den Polizeiplakaten abgebildeten Personen" bezeichnete. Für sie wogen die Persönlichkeitsrechte der Berliner Bullen schwerer, weshalb sie den damaligen AAB-Sprecher zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.400 Euro verurteilte.

USA: Einreise nur nach Fingerabdruck

Ab sofort beginnen die USA damit, alle visumspflichtigen Einreisenden per Fingerabdruck und Foto zu erfassen. Das System mit dem Namen United States Visitor and Immigrant Status Indicator Technology, kurz US-VISIT, das die Daten mit einer Liste gesuchter Personen abgleicht, soll später auch bei der Ausreise genutzt werden. Damit dient US-VISIT nicht nur der "Terrorismusbekämpfung", sondern ermöglicht vor allem eine bessere Überwachung der Einhaltung der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen. Hierfür sollen noch im Jahr 2004 in den Abflugbereichen der Flughäfen sowie an den Seehäfen Terminals installiert werden, an denen Abreisende sich wiederum mit Fingerabdruck und Foto identifizieren müssen. Wer dies versäumt, muss bei der nächsten USA-Reise mit Schwierigkeiten rechnen. Eine weitere Verschärfung der Einreisebestimmungen steht am 26. Oktober 2004 bevor. Um ohne spezielles Visum durch einfaches Ausfüllen eines Formulars in die USA einreisen zu können, müssen Reisende ab diesem Zeitpunkt einen maschinenlesbaren Pass mit biometrischen Merkmalen vorlegen. Die EU hat sich bereits im Juni 2003 darauf geeinigt, so schnell wie möglich biometrische Merkmale in Reisedokumente aufzunehmen. Im Oktober hatte sich auch Bundesinnenminister Otto Schily für den Einsatz biometrischer Verfahren bei Grenzkontrollen ausgesprochen.

Totalkontrolle des Straßenverkehrs?

AutofahrerInnen droht künftig eine Totalüberwachung mittels moderner Kameratechnik. So sollen an Verkehrsknotenpunkten die Kennzeichen aller vorbeifahrenden Autos gescannt und laut einem Spiegel-Bericht mit dem Fahndungscomputer des Bundeskriminalamtes (BKA) abgeglichen werden. Den Vorstellungen zufolge sollen Videokameras die Autos an Kreuzungen, in Tunneln oder auf Autobahnen filmen. Ist ein Kennzeichen gefälscht, das Fahrzeug als gestohlen gemeldet oder fahndet die Polizei nach dem Eigentümer des Wagens, wird Alarm ausgelöst. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, kritisierte das Überwachungskonzept. "Dies ist der Ausdruck einer allgemeinen Tendenz, personenbezogene Daten schon im Vorfeld zu erfassen, auch bei Personen, die nicht ansatzweise unter Verdacht stehen", sagte er dem Berliner Tagesspiegel. Dafür gebe es derzeit keine Rechtsgrundlage. Das bayerische Innenministerium dementierte unterdessen, dass der Freistaat eine flächendeckende Erfassung und Überprüfung von Autokennzeichen per Kamera plant. Bayern habe lediglich an zwei Kontrollpunkten an der tschechischen Grenze ein solches Vorhaben erprobt, und nur dort solle die Überprüfung nach einer Gesetzesänderung durch den bayerischen Landtag im kommenden Frühjahr regelmäßig stattfinden. Dabei würden beim Grenzübertritt alle Kennzeichen der durchfahrenden Wagen - egal ob deutsche oder ausländische - gefilmt und automatisch mit den im europäischen Fahndungssystem gespeicherten Daten abgeglichen. Stimmen diese überein,

werden die Behörden alarmiert. Alle anderen Daten würden sofort wieder aus dem Raster herausfallen eine Zwischenspeicherung finde nicht statt.

VVN im Visier von Staatschutz und Justiz

Am 3. Dezember 2003 wurde die Privatwohnung von Ulrich Sander, dem Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/ BdA) in Dortmund und das Landesbüro der VVN/BdA Nordrhein-Westfalen in Wuppertal von zehn Vertretern des Staatsschutzes durchsucht. Ulrich Sander wird laut Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Dortmund beschuldigt, Briefe mit dem Briefkopf und Namenszug des Leiters der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Verbrechen bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund verschickt zu haben. Ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht hatten in diesem Jahr Briefe mit dem Briefkopf der Zentralstelle erhalten, in denen den Empfängern eröffnet wurde, dass gegen sie wegen NS-Kriegsverbrechen auf der griechischen Insel Kephallonia ermittelt würde. Zuvor hatte die VVN in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege den Staatsanwaltschaften in München, Dortmund und Ludwigsburg wiederholt eine Liste mit über 200 Namen und Adressen von möglichen Tätern an Massakern in Griechenland und Italien übergeben und die Staatsanwaltschaften zu Ermittlungen aufgefordert. Anstatt allerdings gegen ehemalige Nazi-Kriegsverbrecher zu ermitteln, wird nun ein kritischer Journalist mit absurden Vorwürfen unter Druck gesetzt. Mittlerweile haben 181 Menschen in einem Protestschreiben gegen dieses skandalöses Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Staatsschutz gegen den Landessprecher der VVN/BdA protestiert. Mehr Informationen unter: www.nrw.vvn-bda.de

22. Antisemitismus in Europa

Streit um eine EU-Studie

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:24

Für die einen ist es ein klarer Fall von Zensur: Die "Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" (EUMC), eine offizielle Institution der EU, hat versucht, die Veröffentlichung einer von unabhängigen WissenschaftlerInnen erstellten Studie über Antisemitismus in Europa zu verhindern. Dabei hatte die EUMC die Untersuchung selbst beim Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung in Auftrag gegeben. Nach Fertigstellung blieb die Studie dann monatelang unter Verschluss - wegen angeblich nicht ausreichender Datenbasis.

Anfang Dezember wurde der Antisemitismus-Report dann doch der Öffentlichkeit präsentiert. Der Europäische Jüdische Kongress (EJC), der grüne Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit und der Conseil Représentatif des Institutions juives de France (CRIF) stellten den Bericht auf ihre Websites; dort ist er seitdem, allerdings ausschließlich in englischer Sprache, allgemein zugänglich. (siehe u.a. www.crif.org)

Schon bei oberflächlicher Lektüre erweist sich das Argument, die Einengung der Untersuchung auf nur einen Monat (Mitte Mai bis Mitte Juni 2002) verfälsche deren Ergebnisse, als wenig stichhaltig. Denn die AutorInnen haben sehr wohl auch Ereignisse vor und nach dem engeren Untersuchungszeitraum einbezogen. Mehrfach weisen sie darauf hin, dass die aktuelle Welle des Antisemitismus in Europa im Oktober 2000, kurz nach Ausbruch der Al-Aksa-Intifada, begann und durch weitere außereuropäische Ereignisse beeinflusst wurde: die Terrorangriffe des 11. September 2001 und die israelische Militäroffensive in den ersten Monaten des Jahres 2002. Der Verweis auf diese Zusammenhänge dient den AutorInnen nicht etwa dazu, antisemitische Vorkommnisse zu relativieren; vielmehr zeigen sie damit, unter welchen Bedingungen latent antisemitische Einstellungen in offen aggressive Handlungen bis hin zu Gewalttaten umschlagen können.

Die in der Studie gesammelten "Manifestationen von Antisemitismus in der EU" umfassen gewaltsame Angriffe gegen Jüdinnen und Juden, ihre Gemeinden, Organisationen und ihr Eigentum sowie "verbale Aggression und subtilere Formen der Diskriminierung". Auch die wichtigsten Ergebnisse von Studien und Meinungsumfragen werden referiert, außerdem positive Beispiele für anti-antisemitische Initiativen von NGOs, aber auch von PolitikerInnen und anderen "Meinungsführern".

Wann wird Israel-Kritik antisemitisch?

Der allgemeine Teil der Studie besteht aus Einleitung, Analyse, Zusammenfassung und Empfehlungen für Initiativen gegen den Antisemitismus. Letztere richten sich vor allem an die EU-Staaten, aber auch an Forschungseinrichtungen, Medien und NGOs. Es folgen Länderreports, die den größten Teil des Umfangs ausmachen. (siehe gesonderten Artikel)

Die Definition, was als Antisemitismus zu verstehen sei, haben die AutorInnen von der Holocaust-Forscherin Helen Fein übernommen: Antisemitismus ist "eine anhaltende latente Struktur feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich bei Individuen als Haltung, in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore sowie Einbildung und in Handlungen manifestieren - soziale oder rechtliche Diskriminierung, politische Mobilisierung gegen Juden und kollektive oder staatliche Gewalt -, die dazu führen und/oder darauf abzielen, Juden als Juden zu entfernen, zu verdrängen oder zu zerstören." (Introduction; deutsch in Jungle World, 10.12.2003)

Die in der Analyse (Analysis) wie auch in der Zusammenfassung (Executive Summary) aufgelisteten Beobachtungen ergeben, grob vereinfacht, folgendes Bild: Obwohl Jüdinnen und Juden in den EU-Staaten sozial, ökonomisch und kulturell integriert sind, bleiben die alten antisemitischen Vorstellungen erhalten, insbesondere die von der "geheimen Macht des Weltjudentums", wie sie in dem nach wie vor populären Machwerk "Die Protokolle der Weisen von Zion" dargestellt wird. Während für die Ereignisse des 11. September 2001 die abstrusesten Verschwörungstheorien bemüht werden, sprechen gebildete AntisemitInnen vorzugsweise in Andeutungen, etwa wenn sie mit dem Wort "Ostküste" den angeblich entscheidenden jüdischen Einfluss auf die Politik der US-Regierung denunzieren; hier liegt ein Berührungspunkt zwischen Antisemitismus und Antiamerikanismus.

Während Jüdinnen und Juden von der überwältigenden Mehrheit der EU-Bevölkerung als Opfer des NS-Vernichtungsantisemitismus anerkannt werden, hält sich die These von der "Auschwitz-Lüge" in rechtsextremen Kreisen unverändert; sie wird aber auch von radikalen islamistischen Gruppen aufgegriffen. Die öffentliche Kritik an der israelischen Politik zeigt eine neue Form des Antisemitismus: "In der Form des Anti-Zionismus wird die historische Dämonisierung der Juden auf den Staat Israel übertragen." Schließlich hat die Tatsache, dass der Nahost-Konflikt im "Heiligen Land der Christen" ausgetragen wird, in verschiedenen Ländern zu einer Wiederbelebung traditioneller anti-jüdischer Motive geführt.

Wenn auch viele Urheber antisemitischer Taten unerkannt bleiben, so lassen sich diese Taten dennoch unterschiedlichen Gruppen zuordnen: Danach gehen Schändungen von Synagogen und Friedhöfen, Morddrohungen und Auschwitz-Leugnung auf das Konto von Rechtsextremen. Für gewalttätige Angriffe auf Jüdinnen und Juden sind "junge Muslime" und radikale Islamisten verantwortlich, aber auch "unpolitische" Jugendliche. Antisemitismus von links ist vor allem "im Kontext pro-palästinensischer und Antiglobalisierungs-Veranstaltungen" anzutreffen.

Tätergruppe "junge Muslime"?

Der Eliten- oder Salon-Antisemitismus dagegen hat seinen Platz in den Medien, an Universitäten und bei den "Dinner-Partys der schwatzenden Klasse"; hier tun sich "Politiker und Bürger des politischen Mainstreams" besonders hervor. So weit der Befund.

Dreierlei erscheint in den verallgemeinernden Teilen der Studie problematisch: erstens die Grenzziehung zwischen legitimer Israel-Kritik und Antisemitismus; zweitens die undifferenzierte Klassifizierung der Tätergruppe "junge Muslime"; drittens die These von der Anfälligkeit der globalisierungskritischen Bewegung für antisemitische Verschwörungstheorien.

Erstens. Wann ist Israel-Kritik antisemitisch? Dass die Grenze nicht immer einfach zu ziehen ist, räumen die AutorInnen mehrfach ein. So sei die auf der Welt-Rassismus-Konferenz in Durban 2001 per Resolution formulierte Anklage Israels als "aggressiv, imperialistisch und kolonialistisch", wörtlich genommen, noch nicht als antisemitisch zu bezeichnen. Erst "übertriebene Formulierungen" (so die Studie) ließen aus Kritik Antisemitismus werden, "z.B. wenn Israel und den Juden vorgeworfen wird, die schrecklichsten Verbrechen der Nationalsozialisten zu wiederholen - Apartheid, ethnische Säuberung, Menschheitsverbrechen, Völkermord." "Apartheid" zu den schrecklichsten Nazi-Verbrechen zählen, um damit den (höchst problematischen!) Apartheid-Vorwurf gegen Israel als antisemitisch zu verurteilen, ist unredlich. Recht haben die AutorInnen, wenn sie

- alle Analogien zwischen Israel und Nazi-Deutschland als antisemitisch zurückweisen;

- sich gegen die "Dämonisierung" Israels bzw. des Zionismus wenden, dem nunmehr die einst den "Weisen von Zion" angedichteten Welteroberungspläne zugeschrieben werden;

- es "Geiselnahme" nennen, dass europäische Jüdinnen und Juden für die Politik der israelischen Regierung mitverantwortlich gemacht werden.

Zweitens. Die Kategorisierung antisemitischer Täter ist zweifellos der problematischste Aspekt der Studie. TäterInnen seien "vor allem Rechtsextreme und radikale Islamisten oder junge Muslime meist arabischer Herkunft". Da rechtsextremistische Parteien "keine entscheidende Rolle" beim Anstieg des Antisemitismus gehabt hätten, bleiben als Urheber antisemitischer Taten "radikale Islamisten und junge Muslime meist arabischer Herkunft" An anderer Stelle ist ersatzweise von "Mitgliedern der muslimisch-arabischen Minderheit" die Rede, von "jungen Arabern/Muslimen", "Personen arabischer Herkunft", "jungen Männer nordafrikanischer Herkunft" oder schlicht von "jungen Muslimen". Die Sorge, dass mit dieser sehr vagen Kategorisierung eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Anklage gerät, ist nicht von der Hand zu weisen.

Auch Mitautor Werner Bergmann vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung versteht Bedenken, die Studie könnte "der Islamophobie Vorschub" leisten. Gleichzeitig beharrt er darauf: "Wenn man jedoch die Tätergruppen in einigen europäischen Ländern untersucht, stellt man nun einmal fest, dass darunter Angehörige der arabisch-muslimischen Minderheit sind." (Interview in Jungle World, 10.12.2003) Es fragt sich nur, ob es sinnvoll ist, sie als gesonderte Tätergruppe zu erfassen, während andere Gruppen - Rechtsextreme, islamistische Fundamentalisten, Mainstream-Politiker, radikale Linke - ideologisch definiert werden. Man muss

wohl schon genauer hinsehen, welche "jungen Muslime" für antisemitische Taten verantwortlich sind und wie ihre eigene Community darauf reagiert.

Drittens. Über Antisemitismus von links schließlich heißt es in der Zusammenfassung kurz und knapp: "In der linksextremen Szene finden sich antisemitische Bemerkungen hauptsächlich im Kontext pro-palästinensischer und Anti-Globalisierungs-Veranstaltungen und in Zeitungsartikeln, die in ihrer Kritik an Israel antisemitische Stereotype benutzen. Dies erzeugte oft eine Kombination antizionistischer und antiamerikanischer Sichtweisen, die ein wichtiges Element für das Heraufziehen einer antisemitischen Stimmung in Europa bildeten. Israel, betrachtet als kapitalistische, imperialistische Macht, die ‚zionistische Lobby` und die Vereinigten Staaten werden als die Übeltäter im Nahost-Konflikt dargestellt und als diejenigen, die negativen Einfluss auf globale Angelegenheiten ausüben. Die Konvergenz dieser Motive diente sowohl der Kritik an Kolonialismus und Globalisierung seitens der extremen Linken und dem traditionell antisemitischen Rechtsextremismus wie auch radikalen Islamisten in einigen europäischen Ländern."

Uncle Sam mit "Judennase"

Keine der in diesem Absatz enthaltenen Einzelbeobachtungen soll hier bestritten werden. Nur sehr schwach begründet erscheint dagegen der daraus abgeleitete Generalverdacht gegen die globalisierungskritische Bewegung - sie sei für die antisemitische Welle mitverantwortlich und liefere ideologische Elemente, die von Rechtsextremen und Islamisten aufgegriffen würden.

In dem schon erwähnten Interview nennt Werner Bergmann weitere zweifellos zu verurteilende Beispiele globalisierungskritischer Agitation: Uncle Sam mit "Judennase" und der Weltkugel als Jojo auf einem Plakat zur Anti-Bush-Demo in Berlin; das gegen die IWF-Konferenz in Davos aufgebaute Goldene Kalb, um das Demonstranten in Rumsfeld- und Sharon-Masken herum tanzten; die antisemitischen Statements der "AG Globalisierung und Krieg" von Attac Deutschland (vgl. ak 477). Die um letzteres entstandene kontroverse Diskussion nennt Bergmann "ein positives Zeichen". Das ist es in der Tat. Positive Ergebnisse kann auch die Diskussion um die Antisemitismus-Studie bringen - wenn sie denn offen, kritisch und sachbezogen geführt wird. Polemik muss erlaubt sein - siehe etwa Robert Misiks taz-Kommentar "Die Logik des Verdachts", Unterzeile: "Unter Globalisierungskritikern blühe der Antisemitismus - so lautet die neue Mär, die man sich im Debattenzirkus erzählt. Klingt spannend, ist allerdings blanker Unsinn". (taz, 6.12.2003)

Dass schließlich die Grenze zwischen legitimer und antisemitischer Israel-Kritik "unklar und politisch umkämpft" ist, räumt auch Werner Bergmann ein - während der unvermeidliche Werner Pirker die Veröffentlichung der Antisemitismus-Studie durch Daniel Cohn-Bendit als unbeabsichtigte Aufdeckung eines Skandals feiert: "Die Bewertung israelkritischer Meinungen als ‚antisemitisch` ist skandalös". (junge Welt, 6.12.2003) Der "philosemitische Diskurs" der Studie diene allein dazu, "den Imperialismus zu rehabilitieren".

Alles in allem sei die Studie zur kritischen Lektüre empfohlen. Auch auf die neue Untersuchung, die das EUMC in diesem Frühjahr veröffentlichen will, darf man gespannt sein. Dass ihr Ergebnis ähnlich ausfallen wird wie das der schon vorliegenden, wie Bergmann vermutet, ist mehr als wahrscheinlich. Um so besser wäre es, wenn die AutorInnen auf allzu grobschlächtige Einschätzungen und Kategorisierungen verzichten.

Js.

23. Gespaltenes Serbien

Wahlerfolg der Radikalen Partei verschärft die politische Krise

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:25

Aus den Parlamentswahlen in Serbien am 28. Dezember ging die Serbische Radikale Partei mit 27 Prozent als stärkste Partei hervor. Warum Herr Stojanociv dieser Partei seine Stimme gab und seine Kinder nun auswandern wollen, erklärt dieser Stimmungsbericht aus Belgrad.

Bei Familie Stojanovic hängt seit dem Wahltag am 28. Dezember der Haussegen schief. Vater Zoran hat wie über 27 Prozent der Serben bei den Parlamentswahlen seine Stimme für die Serbische Radikale Partei (SRS) abgegeben und diese damit zur stärksten Kraft im neuen Parlament gewählt. Dass seither ein politischer Schockzustand herrscht, stört Herr Stojanovic nicht im Geringsten. Im Gegenteil: "Hast du gesehen, wie sich Javier Solana über uns aufregt?", lächelt er stolz. Der Wahlsieg der Radikalen ist für den 54-jährigen Elektroingenieur aus dem Plattenbaubezirk Novi Beograd eine ganz persönliche Rache am NATO-Angriff im Frühjahr 1999. Außerdem konnte Zoran mit seiner Stimmabgabe endlich deutlich machen, was er von der pro-westlichen Koalition hält, die seit dem Sturz Slobodan Milosevics im Oktober 2000 regiert: "Das ist doch eine Bande von Kriminellen, die nur mit dem Geld aus dem Ausland an die Macht gekommen ist."

Im letzten Punkt wollen Sascha und Maja Stojanovic ihrem Vater nicht wirklich widersprechen. Aber ansonsten fliegen in der Familie derzeit die Fetzen. Sascha hat im Herbst angefangen, Informatik zu studieren. "Der Erfolg der SRS wirft uns zurück in finsterste Zeiten der Isolation", befürchtet er. Und seine Schwester Maja wirft ein: "Der Spitzenkandidat der Radikalen, Tomislav Nikolic, hat nichts zu bieten außer Hass."

Bitterer Meinungsstreit zerreißt in diesen Tagen viele Familien und Freundeskreise in Serbien. Und wahrscheinlich hat die Polarisierung noch nicht einmal den Höhepunkt erreicht. Wahrscheinlich werden die früheren Alliierten aus dem Anti-Milosevic-Block, die nationalkonservative Demokratische Partei Serbiens (DSS) von Vojislav Kostunica, die bisher regierende Demokratische Partei (DS) und die wirtschaftsliberale G17 zusammen mit den MonarchistInnen von der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) ein Regierungsbündnis bilden. Doch als einigende Klammer der chronisch zerstrittenen Parteien diente dabei lediglich die Ablehnung der bedrohlich mächtig gewordenen SRS. Der Politologe Djordje Vukadinovic warnt deshalb zu Recht vor einer "Weimarer Situation", in der auf lange Zeit "Instabilität" vorprogrammiert sei.

Pro-westliche Parteien haben abgewirtschaftet

Der Grund für die politische Krise ist eine tief greifende soziale Verunsicherung und die Erosion der Legitimität der Staatsorgane, also strukturelle Probleme, die auf lange Sicht Bestand haben werden. Drei Jahre nach dem Sturz von Slobodan Milosevic und seiner Sozialistischen Partei (SPS) sind viele SerbInnen verzweifelt. Hatten zunächst viele hoffend den Versprechungen der pro-westlichen ReformerInnen geglaubt, die langen Jahre der Verarmung und des Zerfalls seien nun endlich vorbei, sind sie statt dessen vom Regen in die Traufe geraten. Die miserable soziale Situation der Mehrheit hat sich nicht entscheidend verbessert, während es dem anwachsenden Heer von derzeit knapp 30 Prozent Arbeitslosen und vielen RentnerInnen zunehmend schlechter geht. Gleichzeitig bereicherten sich Funktionäre der neuen Regierung beim rücksichtslos durchgesetzten Privatisierungsprozess in schamloser Weise mit dubiosen Geschäften und in Zusammenarbeit mit mafiosischen "Bisnismen".

Die Entscheidung Zoran Stojanovics die SRS zu wählen kommt daher nicht von ungefähr. Die straff organisierte Partei vermochte es in den vergangenen Monaten geschickt, das Versagen der Regierenden effektvoll anzuprangern. Es ist dabei keineswegs lediglich der oft beschworene "Ultranationalismus", der den Radikalen zum Sieg verholfen hat, sondern vielmehr ihre ausgeprägte soziale Demagogie. So verging keine Rede von Nikolic, in der nicht der "brutale Kapitalismus" gegeißelt wurde, der aus dem Westen über das Land hereinbreche. Das populärste Wahlkampfversprechen des ehemaligen Friedhofvorstehers aus der verrotteten Industriestadt Kragujevac bestand in der Ankündigung, den Preis für ein Kilo Brot auf den Centbetrag von drei Dinar zu senken, damit die Kinder nicht mehr hungrig in die Schule gehen müssen.

Der mit militantem Antiliberalismus begründete "Antikapitalismus" der SRS gleicht dabei dem des russischen Rechtsextremisten Vladimir Shirinovski. Dieser ist nach dem Sturz von Saddam Hussein neben dem

französischen Front National der international wichtigste Bündnispartner der Partei, die freilich mittlerweile auch von im Vergleich eher bedeutungslosen Nationalbolschewisten wie dem Dauerkommentator der jungen Welt, Werner Pirker, oder der Anti-Imperialistischen Koordination aus Wien hofiert wird. Die Ideologie der SRS verspricht die Geborgenheit im Schoße einer "souveränen Nation", die sich dem "Globalismus der USA" widersetzt. Eine Parteisprecherin formuliert das Erfolgsrezept der SRS treffend als Mischung aus "Chomsky und Le Pen".

Wie die soziale Demagogie findet auch die nationalistische Propaganda der SRS im Übermaß Anknüpfungspunkte in einer kruden politischen Realität. Dabei ist es vor allem das doppelte Spiel der "internationalen Gemeinschaft", das der SRS die Wähler in die Arme treibt. Denn während die USA und die EU-Staaten den Sezessionsnationalismus vor allem in Kroatien und Kosovo mit politischen und militärischen Mitteln tatkräftig unterstützten, verdammten sie gleichzeitig das serbische Pendant zur überall gleichermaßen reaktionären Ideologie eines ethnisch definierten "Selbstbestimmungsrecht der Nation" als alleinverantwortlich für die grausamen Kriege. So kommt es, dass die militärische Vertreibung von 250.000 SerbInnen aus der Krajina-Region in Kroatien in der westlichen Öffentlichkeit genauso als Kavaliersdelikt gilt, wie die Vertreibung der selben Zahl von SerbInnen und Roma aus dem internationalen Protektorat Kosovo in Folge des NATO-Krieges 1999. Während für diese Verbrechen in Den Haag bis heute kein einziger politischer Verantwortlicher vor Gericht steht, werden von Chefanklägerin Carla del Ponte Auslieferungsgesuche für mutmaßliche serbische Kriegsverbrecher wie Werbewurfsendungen in den Regierungsbriefkasten in Belgrad gesteckt.

Eine Mischung aus Chomsky und Le Pen

Angesichts dieser offenkundigen Einseitigkeit versuchten selbst pro-westliche bisherige Regierungsparteien wie die Liberalen des scheidenden Innenministers Dusan Mihajlovic, mit der Kandidatur des im November von Den Haag angeklagten amtierenden Polizeichefs Sreten Lukic auf seiner Liste auf Stimmenfang zu gehen. Aber die Ankündigungen der Radikalen, nach einem Wahlsieg die Armee in das Kosovo zu schicken, um "albanische Terroristen" zu bekämpfen und für eine Rückkehr der serbischen Flüchtlinge in ihre früheren Siedlungsgebiete in Kroatien zu sorgen und diese mit Serbien zu vereinigen, klangen denn doch authentischer. Schließlich hatten die Milizen der SRS, die zeitweilig im Regierungsbündnis mit Milosevic stand, in den 1990er Jahren dort bereits gekämpft.

Dass die Realisierung des Programms der Radikalen einen neuen Krieg bedeuten würde, lässt Zoran Stojanovic kalt. "Die Serben können nicht immer Verlierer der Geschichte bleiben", erklärt er ernst. Für Stojanovic ist der 28. Dezember erst der Anfang. "Wenn die neue Regierung genauso abwirtschaftet wie die alte, werden wir noch mehr Stimmen gewinnen", hofft er nicht ganz unrealistisch. Für Sascha und Maja ist das eine Drohung. "Ich werde versuchen, so schnell wie möglich ins Ausland zu gehen", meint Sascha. Maja sucht schon auf Kontaktseiten im Internet nach einem Heiratspartner mit EU-Pass. "Gern auch einen Slowenen, dann gibt es weniger Verständigungsprobleme", sagt sie.

Boris Kanzleiter

24. Universal Soldiers

Der Irak und die Globalstrategie der neokonservativen Revolution in den USA

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:26

Längst geht es im Irak nicht mehr um Antiterrorismus oder Massenvernichtungswaffen. Auf der Tagesordnung steht eine Durchkapitalisierung des Landes im Sinne der "unternehmerischen Freiheiten". Vor diesem Hintergrund entpuppt sich der Krieg als strategische Option und als Medium zugleich für eine soziale Umwälzung im Weltmaßstab.

Nach Bushs Rede bei der Queen Anfang November 2003 betitelte der Guardian seinen Leitartikel mit "Der Universalsoldat" und schrieb weiter: "Diese Bush-Philosophie ist nichts geringeres als revolutionär. Er sieht eine Welt, in der die Kräfte der Freiheit, Demokratie, Meinungsfreiheit und freier Märkte ... stetig voranschreiten, ... aber dafür muss gekämpft werden ... Um diesen Kampf zu gewinnen, ruft Mr. Bush alle Demokratien der Welt zu den Waffen, militärisch und in übertragener Bedeutung. Es ist ein einfaches Manifest, manche würden sagen simplizistisch. Aber es mangelt nicht an roher Kraft. In gewisser Weise kämpft Mr. Bush den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg neu, diesmal im globalen Maßstab."

Für eine Kritik wäre es gefährlich, sich mit der idealistischen Sülze zufrieden zu geben und den harten historisch-materialistischen Kern darunter zu verkennen. Es lohnt, sich die größeren Reden näher anzusehen, die Bush in den letzten drei Monaten gehalten hat; die erste in Manila am 18.10.2003, die zweite zum 20. Geburtstag der National Endowment for Democracy am 6.11.2003 und die letzte bei der Queen am 20.11.2003. Stets sucht er die historische Selbstvergewisserung für die auf Jahrzehnte angekündigten neuen Kriege.

Globalisierung à la Bush

Die Rede in Manila ist vielleicht die interessanteste. Den Schulterschluss im antiterroristischen Kampf beschwörend, preist Bush den amerikanischen Überfall auf die Philippinen von 1898 als Modell für seine Irakpolitik: als Befreiung von kolonialer Herrschaft und Blaupause für den neuen antiterroristischen Weltkrieg. Sein Bekenntnis ist ohne die leiseste Selbstkritik.

Wenn wir etwas über die Bedeutung dieser Rede erfahren wollen, müssen wir bei Thomas Donnelly und Vance Serchuk nachlesen. Beide gehören den neokonservativen Hintergrundformationen der "demokratische Imperialisten" an, die sich zu einem großen Teil im American Enterprise Institute (AEI) organisiert haben und die politischen Leitlinien der Bush-Administration formulieren. Donnelly ist einer der maßgeblichen Protagonisten im Project for the New American Century (PNAC) und im AEI. Zeitgleich mit Bushs Manila-Rede veröffentlichte er mit Serchuk zusammen einen Artikel unter der Überschrift "U.S. Counterinsurgency in Iraq, Lessons from the Philippine War". Sie preisen die Politik der "wohlwollenden Assimilation" des damaligen Präsidenten McKinley durch die Annexion der Inseln. Theodore Roosevelt habe sie in seinem "progressiven Expansionismus", Vorläufer der Kriegspolitik Bushs im Nahen Osten, fortgesetzt.

Donnelly und Serchuk ziehen einen strategischen Vergleich zur heutigen amerikanischen Kriegspolitik im Irak. Damals wie heute seien durch einen ersten, harten militärischen Schlag die letzten Überreste der rebellischen republikanischen Armee zertrümmert worden, um dann mit der Politik der Counterinsurgency den lokalen Widerstand anzugreifen. Die Struktur der Widerstandsformation damals auf den Philippinen und heute im Irak sei die Gleiche. Damals hätte man mit Zuckerbrot und Peitsche die Konfliktstruktur in lokale Auseinandersetzungen aufgespalten und lokale Guerillagruppen auf die eigene Seite gebracht, um mit ihrer Hilfe den Widerstand aufzureiben. Heute wie damals sei Counterinsurgency ein blutigeres Geschäft als der konventionelle Krieg selbst. Damals wie heute diente der Aufbau neuer Eliten als Kriegsmittel gegen die Aufstände. "Progressive modernization" nennen Donnelly und Serchuk diesen Prozess kriegerischer Transformation. "Die Architekten der Bush-Doktrin können mit Recht die intellektuelle Erbschaft Roosevelts und Lodges in Anspruch nehmen, in soweit sie eine außenpolitische Vision artikuliert haben, in dem das strategische Interesse Amerikas und seine moralische Pflicht als Supermacht mit einander verschmelzen."

Kein Wort über die Massaker, über die amerikanischen Marionetten, über den damaligen Übergang von der Politik des "informal Empire" zum direkten Kolonialismus. Kein Wort vor allem über den

historisch-materialistischen Kontext. Und der ist überaus aufschlussreich. Die amerikanische Industrie hatte im Bürgerkrieg, dem ersten totalen Krieg der neueren Geschichte überhaupt, den Durchbruch zu einem starken Wachstum gefunden. Es wurde durch drei Depressionen unterbrochen, in denen sich zugleich blutige Klassenkämpfe zugespitzt hatten. Die amerikanische Politik zielte darauf ab, die konjunkturelle Erholung aus der letzten Krise durch die Forcierung imperialistischer Erschließung nach Lateinamerika, aber vor allem nach Ostasien zu sichern, um damit zugleich die Eindämmung der Revolution und Einbindung wesentlicher Teile der amerikanischen Arbeiterklasse zu suchen. Die imperialistische Öffnung des ostasiatischen Raums, vor allem der Zugriff auf den chinesischen Markt, wurde von der Washingtoner Politik als Diktat der Depression ("unseres Lehrmeisters", so Senator Frye) propagiert. Hawaii wurde als "Sprungbrett" zu den Philippinen annektiert, um über die Stützpunktkette Pearl Harbor, Guam, Manila militärischen Zugriff auf das asiatische Festland zu gewinnen. Die philippinische Unabhängigkeitsbewegung wurde schließlich mit wachsender Rücksichtslosigkeit erstickt, und gegen die ersten Unruhen in China konnte Washington bereits kurze Zeit später von Manila aus Marineinfanterie zur Öffnung der Märkte einsetzen.

Krieg als "schöpferische Zerstörung"

Die aktuelle Überakkumulationskrise ist auch Hintergrund und Grund für die im Irak betriebene militärische Politik der ökonomischen Öffnung nicht nur des Irak, sondern des gesamten Nahen Ostens und weiterer Weltregionen. In der Begrifflichkeit marxistischer materialistischer Analyse zielt die Sprengung traditioneller Ökonomien und die Inwertsetzung ihrer materiellen und Arbeitsressourcen auf die Mobilisierung so genannter "entgegenwirkender Ursachen" gegen den tendenziellen Fall der Profitrate. Natürlich ruft eine solche Politik der sozialen Zerstörung, der "schöpferischen" Zerstörung, komplexe, heterogene und zum Teil mit einander in Konflikt stehende Formen des Widerspruchs und Widerstands gegen sich auf. Wir haben diese politisch-ökonomische Begründung des Kriegs aus den strategischen Debatten innerhalb der Bush-Administration und ihrer Think-Tanks herausgelesen und analysiert, als die rechten und linken Diskurse sich noch mit Fragen des Öls und der Weltherrschaft aufhielten und die so genannten "linken Bellizisten" von konkret bis Jungle World sich noch in der ideologischen Suhle von Freiheit und Demokratie wälzten. Inzwischen hat sich die "Schock-Politik" Bremers zur sozialen Zertrümmerung und Öffnung des Irak radikalisiert und klare Konturen gewonnen, die in den Strategiediskursen vor dem Krieg ihren frühen Ausdruck gefunden hatten.

Ende August hat der BBC-Reporter Greg Palast Einsicht in ein Dokument der Bush-Administration genommen, dass auf 110 Seiten schon vor der Invasion die Blaupause für die Nachkriegsöffnung enthielt. Die wesentlichen Pläne beinhalteten die totale Privatisierung der Ökonomie und die Verwandlung des Irak in ein "Freimarkt-Paradies" (Palast). Senkung von Steuern und Zöllen sowie die Unterwerfung des gesamten monetären Sektors unter ausländische Privatbanken, wie sie derzeit von Bremer brutal durchgepeitscht wird, waren schon im Detail projektiert. Das gilt sogar für die beabsichtigte Übertragung des Prozessmonitorings an das World Economics Forum.

In der Rede vom 6.11.2003 beruft sich Bush neben dem 1. und 2. Weltkrieg auf den Korea- und Vietnamkrieg für den amerikanischen Opferwillen im Kampf für die Freiheit und als Lektion für den Einsatz im nahen Osten als Ausdruck einer globalen Strategie. Globale Strategie mit welchem Ziel? Massenvernichtungswaffen, Schurkenstaaten, Terroristen? Keine Rede davon. "Historiker werden bemerken, dass in vielen Nationen der Fortschritt von Markt und freiem Unternehmertum die Schaffung einer Mittelklasse gefördert hat mit genug Selbstvertrauen, eigene Rechte einzufordern", Technologie und Kommunikationswirtschaft würden eine maßgebliche Rolle spielen. Im Nahen Osten verharrten ganze Gesellschaften in Stagnation, während die Welt voranschreite. "Daher haben die Vereinigten Staaten eine neue Politik eingeleitet: eine Vorwärtsstrategie der Freiheit im Nahen Osten. Diese Strategie erfordert dieselbe Hartnäckigkeit, Energie und Idealismus, die wir schon zuvor gezeigt haben, und sie wird dieselben Resultate bringen. Wie in Europa und Asien, wie in jeder Region der Welt: Die Förderung der Freiheit führt zum Frieden." Wohlgemerkt: nicht die Freiheit aller, ihr Schicksal zu bestimmen. Es geht um die Entfesselung neuer Mittelschichten zu unternehmerischer Freiheit, um die Entfesselung ihrer Technologien, Managementstrategien, Kreativität. Als Interventionsfelder werden über den Nahen Osten hinaus alle Kontinente genannt, China und Lateinamerika voran. Was sich in Anknüpfung an die Vorkriegsplanungen als Quintessenz der neuen Kriege entpuppt, ist der geopolitische Aufmarsch nicht etwa eines Eroberers, sondern einer komplexen Strategie militärischer Soziatransformation -

ein militärisches Social Engineering globalen Ausmaßes zur Erneuerung des kapitalistischen Kommandos, Globalisierung eben.

Vor der Queen dann am 20.11.2003 das fundamentalistische Bekenntnis zum Frontgeist ("spirit of the frontier") der neokonservativen Revolution (eines in ihrem Selbstverständnis offen machiavellistisches Bekenntnis). Puritanismus und amerikanischer Frontgeist werden in den Manifestationen ihrer historischen Stadien aufgerufen, von der Glorious Revolution des englischen Bürgertums im 17. Jahrhundert bis Wilson. Der Krieg im Irak wird auch vor der Queen als Ausdruck einer globalen Vorwärtsstrategie für die Freiheit beschworen.

Neokonservativer Frontgeist

Bush hat diese Reden in einer Phase des Kriegs gehalten, in der sich die ursprüngliche Planung mit enormen Widerständen konfrontiert sieht. Das hat allenfalls zu Anpassungen, nicht jedoch zu Abstrichen an der grundsätzlichen Zielrichtung der Offensive geführt, weder im nahen Osten noch global. Learning by doing ist das Konzept des historischen Suchprozesses. Im Moment scheint man im Irak auf die Einrichtung quasi extraterritorialer Kerne und permanenter militärischer Basen als übersouveräne Kommandostruktur zu setzen. Die Etablierung eines riesigen Botschaftsarreals als eine Art gated community des amerikanischen Transformationsmanagements und administrativer Kern eines Kommandoarchipels ist ja als mildere Variante durch UN und NGOs schon in Ost Timor getestet worden. Die erwartete Konfliktualität des Transformationsprozesses wird von hier aus einem permanenten Monitoring unterworfen werden, bis sie sich erschöpft und zu neuen hegemonialen Strukturen geführt hat. Die Absicht der - vorübergehenden - Balkanisierung des Irak unter Zulassung paramilitärischer Ordnungskräfte und Aufschub der "Demokratisierung" deutet in diese Richtung.

Die demokratischen Kontrahenten und die Diskurse ihrer Think Tanks stimmen den Grundlinien der von Bush eingeleiteten Strategien zu, und die Exponenten der EU bis hin zu Schröder und Fischer sind dabei, ihre Plätze in dem hegemonialen Konzept zu finden. Wie sollte es auch anders sein? Das Weltkapital treibt sie an - zur Entfesselung der kapitalistischen Akkumulationsoffensive und als Ausweg aus der Krise. Unsere Debatten sollten sie genauer ins Auge nehmen, um den Blick für die kommenden Klassenauseinandersetzungen zu schärfen.

Detlef Hartmann

25. Hochsaison für Ausbeutung

WanderarbeiterInnen in der europäischen Landwirtschaft

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:27

Die Landwirtschaft in er EU ist nicht nur hoch subventioniert. Sie ist auch der Bereich mit dem größten Anteil von SaisonarbeiterInnen. Es ist ein Bereich der Extreme: extrem niedrige Löhne, extrem unsichere Arbeitsbedingungen und ein extrem niedriger gewerkschaftlicher Organisationsgrad.

Jedes Jahr arbeiten nahezu 4,5 Mio. SaisonarbeiterInnen in der europäischen Landwirtschaft. Fast alle sind ArbeitsmigrantInnen, die meisten aus den neuen EU-Staaten Ost- und Mitteleuropas. Nur 500.000 kommen aus Nicht-EU-Ländern, etwas aus Nordafrika. In Deutschland und Österreich sind es in erster Linie Polen und danach MigrantInnen aus Ungarn und Rumänien, die hier Wein lesen, Spargel stechen oder Obst ernten. In den südeuropäischen Ländern wie Italien oder Spanien dominieren hingegen ArbeiterInnen aus den Staaten des Maghreb. In Griechenland wiederum suchen vor allem WanderarbeiterInnen aus Albanien, Rumänien und Bulgarien Jobs. Mit Ausnahme der nordischen Staaten ist die Anzahl der saisonalen WanderarbeiterInnen in landwirtschaftlichen Betrieben deutlich höher als die Zahl der dauerhaft und fest Beschäftigten.

EFAT ist die europäische Föderation der Gewerkschaften in der Lebensmittelindustrie, der Landwirtschaft und im Tourismus. Über die Jahre hat sie erschreckendes Material zur Ausbeutung von ArbeitsmigrantInnen in der Landwirtschaft der EU zusammengetragen. Löhne kaum über den gesetzlichen Mindestlöhnen, ungenügende Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen und nur vage geschätzte Abrechnungen der Arbeitsstunden sind einige der Skandale, die von der EFAT thematisiert werden. Mündliche statt schriftliche Arbeitsvereinbarungen sind in vielen Ländern, etwa in Spanien und Großbritannien, durchaus üblich.

Hungerlöhne und Maloche

Auch wenn inzwischen Stundenlöhne die gebräuchlichste Entlohnungsform sind: Entlohnung als Tagelohn oder auf der Basis abgelieferter Stückzahlen ist durchaus noch weit verbreitet. In Großbritannien ist der Stücklohn sogar üblich. In Deutschland und Finnland ist er verbreitet, muss aber laut Gesetz 20% über dem gesetzlichen Mindeststundenlohn liegen. Doch selbst dort, wo Stundenlöhne gezahlt werden, ist nicht gewährleistet, dass diese wenigstens beim gesetzlichen Mindestlohn liegen. Die gezahlten Stundenlöhne in Europa variieren sehr stark, u.a. in Abhängigkeit von der zu leistenden Arbeit. Nach Angabe des Unternehmerverbandes GEOPA schwankte in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2001 der Bruttolohn eines/r ungelernten saisonalen Obst- und GemüsepflückerIn zwischen 2,30 Euro pro Stunde in Portugal und 12,67 Euro in Dänemark. In Griechenland wurden durchschnittlich 3,50 Euro, in Spanien 4,60 Euro, in Deutschland 5,40 Euro, in Großbritannien 6,65 Euro, in Frankreich 6,67 Euro und in Österreich 7,21 Euro gezahlt. Manchmal gewähren die Unternehmer Zusatzleistungen, etwa in Form von Kost und Logis, doch oft genug werden diese "Leistungen" vom Lohn abgezogen.

Die Arbeitsverträge sind zeitlich begrenzt, oft genug nur auf die reine Erntezeit, oder sie werden von Tag zu Tag erneuert. In Spanien arbeiten 64% der LandarbeiterInnen auf der Basis solcher Arbeitsverträge. In Belgien und Großbritannien können Arbeitsverträge für einen einzigen Tag abgeschlossen werden. Regnet es, sind die LandarbeiterInnen arbeitslos und stehen ohne Lohn da, scheint die Sonne, werden sie wieder angeheuert. Seit 1997 gibt es ein Abkommen der EFAT mit den landwirtschaftlichen Unternehmern, in dem die maximale Arbeitszeit auf 1.827 Stunden im Jahr, d.h. 39 Stunden pro Woche festgelegt worden ist. Demnach stehen den LandarbeiterInnen auch vier Wochen bezahlter Urlaub im Jahr sowie Überstundenzuschläge bzw. Freizeitausgleich zu. Im Jahr 2004 soll dieses Abkommen evaluiert werden.

Sklaven, Capos und Profite

Aber SaisonarbeiterInnen in Europa arbeiten nicht nur unter besonders prekären Bedingungen. Auch ihre Anwerbung geschieht meistens informell und unter teilweise äußerst dubiosen Umständen. Sowohl die Unternehmer direkt als auch zwischen geschaltete Vermittler oder Vermittlungsorganisationen (letztere vor allem in Großbritannien und Süditalien) heuern die Beschäftigten an. Auch wenn sich dieses Geschäft des öfteren in der Grauzone der Kriminalität bewegt: Komplett illegale Migration oder die Arbeit ohne Arbeitserlaubnis sind nach Angaben der EFAT keineswegs die Regel. Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt

befindet unter einem allgemeinen Druck auf die Arbeitskosten. Dies bekommen natürlich vor allem diejenigen zu spüren, die lediglich über ein reguläres Touristenvisum in die EU einreisen. Ihre Löhne liegen deutlich unter den jeweiligen nationalen Löhnen und auch unter denen, die MigrantInnen mit Arbeitserlaubnis erhalten.

Alle landwirtschaftlichen Unternehmer klagen über ein zu geringes Arbeitsangebot. Nicht nur in Deutschland werden dafür zu hohe Sozialleistungen und eine Mentalität der Arbeitsverweigerung verantwortlich gemacht: "Die einheimischen Arbeitskräfte sind für die Handarbeit unter freiem Himmel nicht zu motivieren", klagt die GEOPA und fährt fort: "Die zunehmend städtisch geprägte Bevölkerung ist auch nicht mehr fit für die Landarbeit, und ein weiterer Grund für das Desinteresse ist die Kluft zwischen den niedrigen Löhnen einerseits und der Arbeitslosenunterstützung und anderer Sozialleistungen andererseits." Was die Unternehmer tunlichst verschweigen, ist z.B. die Land-Stadt-Wanderung, die auch in Europa massiv anhält. Da die Profite in der Landwirtschaft relativ niedrig sind, lohnt es sich für die Unternehmer nicht, reguläre Beschäftigungsagenturen zu etablieren. Folglich kassieren die bestehenden Agenturen oder Vermittlungsstellen ihre Provisionen nicht von den Unternehmen, sondern behalten sie von den Löhnen der ArbeiterInnen ein. Häufig handelt es sich bei diesen Vermittlern um dauerhaft Beschäftigte oder um selbstständige ArbeiterInnen, die ganze Arbeitskolonnen anbieten. Im Extremfall werden sie von kriminellen Organisationen kontrolliert und halten die vermittelten ArbeiterInnen wie Sklaven.

In Großbritannien werden 70% der SaisonarbeiterInnen von so genannten "gang masters" vermittelt, die ihre Dienste den Bauern in Rechnung stellen und die ArbeiterInnen direkt und selbst bezahlen. Ihre Gewinne resultieren unmittelbar aus Lohneinbehaltungen, etwa für Transport, Verpflegung und andere "Verwaltungskosten". Gleiches gilt für Süditalien, wo die lokale Arbeitsvermittlung vom System der "Caporale" (Vorarbeitersystem) kontrolliert wird. Bei der Festlegung der Löhne bzw. der Einbehaltungen kümmern sich die Vermittler dabei einen Dreck um gesetzliche oder tarifvertragliche Regelungen. In Bari etwa liegen die Löhne für SaisonarbeiterInnen um 30-50 Prozent unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes.

Der zunehmende Konkurrenzkampf und der Druck der großen Supermärkte haben dazu geführt, dass die Landwirtschaft schon lange kein lokales System mehr ist. Inzwischen sind die landwirtschaftlichen Betriebe in Europa eng verflochten mit weit reichenden und organisierten Migrationsnetzwerken, die für ein ausreichendes Arbeitsangebot aus Mittel- und Osteuropa sorgen. Das informelle und formelle Kontrollregime dieser Netze ist dabei ein Regime der Ausbeutung für LandarbeiterInnen generell und WanderarbeiterInnen im Besonderen. Die EFAT fordert daher, ähnlich wie in anderen Industriezweigen auch, dass der Hauptauftraggeber auch für die Praktiken seiner Zulieferer oder Subunternehmer verantwortlich sein soll.

dk

Anmerkung:

Zitate und Zahlen aus: International Confederation of Free Trade Unions: "Migrants in European agriculture: open season for exploitation", December 2003

26. Dekonstruierte Helden mit Zwangsneurose

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:28

Zwei Lager standen sich über die letzten Jahre in der Diskussion über Popkultur, insbesondere Popliteratur, gegenüber. Die einen halten sie für hoffnungslos verkettet mit einem Gesellschaftssystem, in dem Beziehungen auf Waren aufbauen und auf mittels dieser Konsumgüter erzeugte "Bilder". Die anderen halten Popkultur für eine Weiterentwicklung des situationistischen Détournement, der subversiven Zweckentfremdung kultureller Elemente aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang.

Die KritikerInnen der Popliteratur haben sicher recht, wenn sie an das ultraerfolgreiche Buch Soloalbum des Popmusik-Redakteurs Benjamin von Stuckrad-Barre denken - pathetische Pop-Jugendmemoiren eines bösen, arroganten, frühzeitig gealterten Konservativen.

Eine lesenswertere Pop-Prosa schreibt dagegen der in Köln lebende Linus Volkmann. Sein drittes Buch nach Super-Lupo - Jeder Freund ist anders (1998) und Smells like Niederlage (2001) ist jetzt im Mainzer Ventil Verlag unter dem Titel Heimweh to hell erschienen.

Der Stil Volkmanns ist geprägt von tiefschwarzer Satire und holzschnittartigen Figuren. Dass es sich hierbei um den gelungenen Einsatz von Versatzstücken des kommerziellen Pop handelt, sieht man daran, dass die Figuren zwar wie Helden eines Comics oder Fantasy-Spiels auftreten - in coolen, modebewussten Zusammenhängen leben - sich aber dann mit der Zeit selbst dekonstruieren: Heldenrollen lösen sich in gesellschaftliche Zwangsneurosen auf. Übrig bleiben traurige Nerds, hochspezialisierter Streber und Eigenbrötler, denen differenzierte gesellschaftliche Umgangsformen und Ausgeglichenheit fehlen. Auffällig ist jedoch, dass in Volkmanns Figuren-Kosmos meist männliche Nerds agieren. Die vielfach im Umfeld des Musikgeschäfts blühende Popliteratur mit ihren einsamen, harten Heroen der Clubs und des Drogen- und Alkoholkonsums stellt - obwohl Pop von populär kommt - einen wenig repräsentativen Ausschnitt der Gesellschaft dar, auch im Falle Volkmanns. Mit der Figur "King Hörnchen" eine glaubwürdige weibliche Figur zu schaffen, ist Volkmann nicht gelungen - zu sehr nimmt man sie durch eine Art "männlichen Filter" wahr.

Popliteratur at his! best

Heimweh to hell besteht aus vier Teilen. Zum einen gibt es die kurze Geschichte über einen Ameisenbär, der als "hässlichster Hund" Hessens ein neues Zuhause findet. Es folgen zwei Serien von Kurztexten; jeder Textabschnitt wird jeweils mit einem Cartoon von Ole Kaleschke und einer plakativen Überschrift eingeleitet. Neu in Heimweh to hell ist die Serie "Generation Cobra", in der zum ersten Mal Egoman, "Styler" und Bandmitglied King Cobra zwischen Wagenburg, Autonomem Zentrum und Neubausiedlung die mieseren Seiten der Subkultur auslebt. Am Ende des Buches kommt auch Pauli aus dem ersten Volkmann-Buch kurz zu Wort.

Der Höhepunkt von Heimweh to Hell ist aber sicher die Dialog-Erzählung "Geburtstag bei Thorsten" aus der bereits im letzten Band enthaltenen Serie "Robbe vs. Bürzel". Erzählt wird die Geschichte der Studenten Robbe und Bürzel, die normalerweise versunken in ihre Welt aus Computerspielen, Informatikstudium, Fantasyspielen und der Film- und Fernsehserie Star Trek sind. Robbe, der dynamischere und unsensiblere der beiden, möchte aber eine Frau "erobern", trotz des Verdachts, dass das mit den Frauen nur passiere "auf dass sie [die beiden Freunde] sich nicht unwissend in ihrer linkischen Asexualität einrichten mochten und dort im Rahmen dessen ein eigenes Glück definierten". (In seinen Büchern verwendet Volkmann übrigens nur Kleinbuchstaben). Trotzdem springt Robbe voll rein: mit wüsten Beschimpfungen, seine Rollenspieler-Freunde seien "asexuelle Penner", sprengt er eine um das Fantasy-Spielbrett versammelte Männerrunde. Plötzlich gibt ihm aus dem Hintergrund die Datenbanktechnik-Studentin Sabine Braumann recht: "Es ist doch obszön, dass wir uns hier zu Gunsten von Brettspielen aufsparen". Und sie gipfelt in der Aussage: "Aber morgen komme ich zu dir [Robbe] und wir bumsen." Leider sieht die "reale" Sabine nicht so aus, wie die "fiktiven" Models auf den Internet-Pornoseiten, die bis dahin Robbes und Bürzels Sexualerziehung übernommen hatten ...

Die Dialoge dieser Erzählung sind, anders als im Buch davor, in dem es etwas derber zur Sache ging, eine fein gesponnene Analyse der aktuellen intimen menschlichen Beziehungen. Die Klischee-Figuren Volkmanns agieren nämlich gar nicht so, wie man das aus der stereotypen Kultur, etwa den täglichen Fernsehserien kennt. Volkmann spricht in der Geschichte von Robbe und Bürzel etwas an, was nicht nur Sonderlinge und

Außenseiter prägt: die gesellschaftlichen und konsumistischen Zwänge der Ideologie von der sexuellen Beziehung (und deren Bilder).

Volkmann setzt teilweise die abgeschiedene Welt der Nerds, in der Fantasie und gemeinsames Erleben in Freude am Leben gipfeln kann, als möglicherweise gar nicht so schlechten Gegenentwurf zur rabiat patriarchalen und konkurrenzsüchtigen Majoritätsgesellschaft dagegen. Fraglich ist dabei jedoch, ob der Ausschluss von Frauen und einem als "weiblich" definierten Verhalten - und das sind prägende Elemente der Subkulturen der Nerds - wirklich der Utopie ein Stück weit entgegenkommen. Es dürfte eher so sein, dass der teilweise solidarische Umgang in solchen Gruppen dem schlechten Leben in der Gesamtgesellschaft den Spiegel vorhält. Das Lebensmodell der Nerds richtet sich im übrigen ja auch nur an 50 Prozent der Gesellschaft. Sabine, die "Datenbanktechnik-Studentin mit schlechtem Kurzhaarschnitt" (Zitat Heimweh to Hell), wird vom gesellschaftlichen Geschlecht her weitgehend "männlich" definiert.

Dass Volkmann mit seiner Kritik an einer Gesellschaft von konsum- und besitzgeprägten Beziehungen aber wohl richtig liegt, mag man übrigens am Beispielsatz sehen, den das New Oxford Dictionary of English (1998) - als ultraseriöses Lexikon wohl ironiefrei - für die Verwendung von "nerd" angibt: "I was a serious computer nerd until I discovered girls and cars."

Carl Mosel

Linus Volkmann: Heimweh to Hell. Mainz (Ventil Verlag), 2003. 140 Seiten, 9,90 Euro

27. Ohrenpropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:29

Kettensägen

Gerade ist in den Kinos das Remake des Horror-Klassikers der 70er Jahre, "Texas Chainsaw Massacre", angelaufen. In dem Film trifft eine Jugendclique während ihrer Tour durch das ländliche Texas auf eine traumatisierte Tramperin, die sich in ihrem Auto erschießt. Der Versuch, in einem kleinen Nest die Polizei zu benachrichtigen, endet in einem Massaker. Denn die Teenies treffen auf "Leatherface", den ehemaligen Dorfschlachter und Kettensägen-Liebhaber. Wer für den Film zu schwache Nerven hat oder das Ganze irgendwo zwischen ekelhaft und dumm einordnet, dennoch aber einen Eindruck bekommen will, kann das auch per Audio tun. Die 18 Tracks beweisen zumindest, dass E-Gitarren im Grunde nur ein wenig anders funktionieren als Kettensägen. Gnadenloser Metal-Hardcore, der von Bands wie Pantera, Seether, Hatebreed, Soil und diversen anderen geboten wird. Es ist wahrlich nicht übertrieben, wenn es im Promozettel heißt: "Wer dieses Kreissägenblatt in seinen CD-Player einlegt, wird sehr schnell verstehen, was es heißt, von hartem Metall zerlegt zu werden." (DSe)

The Texas Chainsaw Massacre - The Album, www.edel.de

Hölderlin I und II

Thomas Ebermann hat sich mit seiner Vers- und Kaderschmiede im Hamburger Polittbüro einiges vorgenommen. Am 26. Januar und 2. Februar z. B. Hölderlin.

Das Hörstück von Stephan Hermlin (1969), der Hölderlin "einen unserer geheimen, unsichtbaren Verbündeten" nennt, geht der Frage nach, warum der Dichter als "Irrer" im Turm vier Jahrzehnte isoliert verbringt- während seine revolutionären Jugendfreunde Hegel und Schelling und seine literarischen Vorbilder beachtliche Karrieren machen. Das hat nicht nur Hermlin beschäftigt, sondern z.B. auch Peter Weiss: "Die Unmenschlichkeit, die Ignoranz und Brutalität der Außenwelt, die ihn schließlich niederstreckte, ohne ihn jedoch zu besiegen, ist die gleiche, die vielen heutigen Revolutionären allmählich die Kraft nimmt und sie in die Irrenhäuser und Hungertürme der zeitgemäßen Übermächte wirft."

In der zweiten Hölderlin-Veranstaltung geht es um dessen Roman "Hyperion". Dem geht es wie uns allen - früher oder später: Er hat alles verloren. Seine große Liebe, seinen besten Freund, seine Heimat, seine Jugend, seine Ideale, den Sinn, die Freiheit, den Aufstand, die Utopie, die Zukunft... alles Vergangenheit. Aber Hyperion ist nicht wie alle: Er gibt keine Ruhe (ein Untoter), er findet sich nicht ab, er macht aber auch nicht einfach weiter. Er sucht das Gelingen im völligen Scheitern, im Gegensatz zum Scheitern im ständigen Gelingen. Gerade in tiefster Nacht und Einsamkeit sucht er das Licht. Allen Verlust, alles Scheitern, alle Verlorenheit, alle Freude und allen Schmerz macht Hyperion in Zusammenarbeit mit seinem deutschen Freund, Vertrauten und Komplizen Bellarmin - beide Fremde im eigenen Land - zum Gedicht, zum Prozess, zu Geschichte, zum Song.

Vers- und Kaderschmiede im Hamburger Polittbüro (www.polittbuero.de), 26. Januar 2004: Hölderlin 1 - Stephan Hermlin: "Scardanelli", Szenische Lesung mit Rolf Becker, Christian Ebert, Michael Weber, Sylvia Wempner u.a. 2. Februar 2004: Hölderlin 2 - Hyperion von Friedrich Hölderlin, mit Michael Weber und Peter Grund (Musik)

28. Rio-Reiser-Hommage als Entpolitisierung?

Der Streit um das Erbe der Ton Stein Scherben geht weiter

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:30

Vor kurzem erschien das Album "rio reiser familienalbum - eine hommage". Zahlreiche deutschsprachige MusikerInnen covern darauf Songs von Ton Steine Scherben und Rio Reiser. Nach dem Rio-Reiser-Songwettbewerb 2003 und der Neuveröffentlichung des ersten Songbooks von Ton Steine Scherben ist das dritte bemerkenswerte Event im letzten Jahr, das deutlich macht, dass die Auseinandersetzung und Bewertung des Schaffens von Rio Reiser noch lange nicht abgeschlossen wird.

Im letzten Jahr organisierte der Rio-Reiser-Verein gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Verein Deutsche Sprache (VDS) zum zweiten Mal den Rio-Reiser-Songwettbewerb. Spätestens seitdem ist eine Kontroverse um das Erbe von Rio Reiser und den Scherben entbrannt. Wolfgang Seidel, der erste Scherben-Drummer, meldete sich in zahlreichen Zeitungen (junge welt, jungle world, rolling stone) zu Wort, kritisierte die Entpolitisierung der Scherben und warf den Verantwortlichen im Rio-Reiser-Verein "Deutschtümelei" vor. Gemeint war damit vor allem die Zusammenarbeit mit dem VDS. Ein Vorwurf, den Seidel auch gegen das "Familienalbum" erhebt. (Wissen sollte man dabei, dass der Rio-Reiser-Verein mit der Veröffentlichung dieser CD nichts zu tun hat.)

Wer sind die Erben der Scherben?

Die Auswahl der dort vertretenen KünstlerInnen hat Wolfgang Michels gemeinsam mit dem Produzenten Franz Plasa vorgenommen. Michels arbeitete in den 1980er Jahren mit Reiser, beide haben einige Songs gemeinsam getextet und komponiert. In der Tat enthält das Album eine recht bunte Mischung: Herausragend ist sicherlich das von den Söhnen Mannheims neu eingespielte "Mein Name ist Mensch". Angesichts der weiterhin regen neonazistischen Aktivitäten und eines eher wachsenden Rassismus und der überaus großartigen musikalischen Neubearbeitung, für die vor allem Xavier Naidoo verantwortlich zeichnet, mehr als aktuell. Außerdem dabei sind u.a. die eher lauen Sterne (Wenn die Nacht am tiefsten), Fettes Brot (Ich bin müde), die derzeit allgegenwärtige Nena (Schritt für Schritt ins Paradies), Wir sind Helden (Halt dich an deiner Liebe fest), Fehlfarben (Nicht noch mal), Ferris MC (König von Deutschland) und - natürlich - Marianne Rosenberg (Für immer und dich). Ärgerlich ist vor allem auch - da ist Seidel zuzustimmen -, dass ausgerechnet Joachim Witt beteiligt wurde (Wo sind wir jetzt).

Diesem Kreis die Entpolitisierung der Scherben-Songs vorzuwerfen, ist allerdings eher albern. Die meisten dieser KünstlerInnen sind zu jung, haben vermutlich die Scherben nie live erleben können und kennen die 1970er Jahre bestenfalls aus dem Geschichtsunterricht. Für sie dürften die Scherben einerseits Legende und Rio Reiser ein zeitkritischer, vor allem aber musikalisch herausragender Künstler gewesen sein.

Seidel selbst ist vor allem dem politischen Bild der Scherben in der Frühphase in Berlin verhaftet, wenn er in der jungle world vom Scherben-Musikverständnis spricht, dass "Musik zur gemeinsamen Waffe werden kann". Er übersieht einfach, dass die Scherben sich spätestens mit dem Umzug nach Fresenhagen Mitte der 70er Jahre auch politisch gravierend veränderten. Man braucht ja nur die Platten dieser Zeit aufzulegen: Von den Klassenkampf-Parolen-Songs der frühen 1970er Jahre ist schon Mitte der 70er so nichts mehr zu hören (Wenn die Nacht am tiefsten). Und wenn man so will, hat Rio Reiser selbst im Rahmen seiner Solokarriere ab 1985 mit dem König von Deutschland und Alles Lüge und dem Plattendeal mit Sony die Entpolitisierung eingeleitet (allerdings blieb er immer politisch, vgl. ak 437). Erwähnt sei auch, dass Seidel die Scherben bereits nach dem ersten Album verließ.

Der Rio-Reiser-Verein ist - in dem Punkt hat Seidel Recht - nicht gerade bemüht, die politische Seite eines Rio Reiser und der Scherben zu betonen. Dafür muss man nicht unbedingt auf die Zusammenarbeit mit dem VDS abheben. Wenn man z.B. nach den zahlreichen Nazi-Übergriffen im Jahr 2001 den ersten Rio-Reiser-Songwettbewerb ausgerechnet unter das Motto "Heimat" stellt, dann ist das mehr als verwunderlich. Und wenn man in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Entsolidarisierung das Motto für den Wettbewerb 2003 mit dem Titel "Ich will ich sein" festlegt, lässt sich auch das durchaus heftig kritisieren.

Von diesen Kritikpunkten mal abgesehen: Das "Familienalbum" muss man zwar nicht unbedingt im Plattenschrank haben, aber die Remakes der Scherben- und Reiser-Songs sind bei den meisten auf der CD vertretenen KünstlerInnen durchaus hörenswert. Selbst bei dem von den Sternen recht öde verarbeiteten Scherben-Song Wenn die Nach am tiefsten ist noch die Stärke eines Rio Reisers herauszuhören. Und - man mag's ja gar nicht sagen: Nenas Fassung von Schritt für Schritt ins Paradies ist schon echt klasse.

DSe, www.rock-links.de

rio reiser familienalbum - eine hommage, www.edel.de

29. Gefahr aus der Mitte

Antisemitismus in Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:31

Während die VerfasserInnen der EUMC-Studie insbesondere für Frankreich, Belgien und die Niederlande eine wachsende Zahl antisemitischer Attacken registrieren und dafür in erster Linie Täter aus der "muslimisch-arabischen Minderheit" verantwortlich machen, sehen sie für Deutschland vor allem in der "Mitte" der Gesellschaft Grund zur Sorge: die zunehmende Neigung unbescholtener "Bürger", ihre antijüdischen Ressentiments öffentlich zu verbreiten. Häufig geschieht das nach dem Muster "Ich bin kein Antisemit, aber ..." oder "Man wird doch wohl noch sagen dürfen ..."

Seit 1989 hat sich der jüdische Bevölkerungsanteil in Deutschland verdoppelt, vor allem durch Einwanderung aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. In der Berliner Republik mit einer Gesamtbevölkerung von 82 Millionen leben heute etwa 100.000 Jüdinnen und Juden. Allein auf Grund dieser Zahlenverhältnisse haben militante Antisemiten Schwierigkeiten, die Objekte ihres Hasses körperlich anzugreifen; hinzu kommt, dass nur die allerwenigsten Jüdinnen und Juden als solche erkennbar sind. Die EUMC-Studie meldet denn auch für den Untersuchungszeitraum (15. Mai bis 15. Juni 2002) keine einzige antijüdische Attacke. Für April 2002 verzeichnet sie vier antisemitisch motivierte Gewalttaten:

- am 14.4. in Berlin gegen zwei Frauen, die einen Davidstern trugen;

- am 20.4. (Hitlers Geburtstag) in Dachau gegen die KZ-Gedenkstätte und den nahe gelegenen jüdischen Friedhof;

- am 28.4. in Berlin gegen die Synagoge am Fränkelufer in Kreuzberg.

Zwar gab es in den Vormonaten weitere Taten dieser Art. "Aber das Hauptproblem in Deutschland", schreiben die AutorInnen der Studie, "ist nicht ein Anwachsen von körperlichen Angriffen auf Juden und ihre Organisationen, sondern eine subtilere Form des Antisemitismus, der sich vor allem in antijüdischen Haltungen und Aussagen ausdrückt. Von Anfang an war die Debatte über Antisemitismus eng mit der Frage verbunden, wie weit Kritik an der israelischen Politik im Nahen Osten gehen darf. Führende Repräsentanten der jüdischen Gemeinden vertraten dabei die Meinung, dass Kritik an Israel nie ein Tabu war, sondern dass Anspielungen und Vergleiche mit dem Verhalten des Nazi-Regimes inakzeptabel und ungerechtfertigt sind."

Dass der Antisemitismus zu einem der Hauptthemen medialer Debatten wurde, liegt vor allem an der Möllemann-Karsli-Affäre. Auslöser eines weiteren Skandals war Martin Walsers Roman "Tod eines Kritikers". In beiden Fällen rückten die Leitfiguren der politischen Klasse sowie das kulturelle und publizistische "Establishment" entschieden von den antisemitischen Provokateuren ab. Andererseits hat die Zahl antisemitischer Briefe, E-Mails und Anrufe bei den Jüdischen Gemeinden und dem Zentralrat der Juden deutlich zugenommen.

Während die Urheber von Mord- und Bombendrohungen verständlicherweise anonym bleiben, unterzeichnen immer mehr BriefschreiberInnen ihre Tiraden mittlerweile mit Namen und Adresse. Offensichtlich begreifen sie sich als Sprachrohre der schweigenden Mehrheit - und das mit einigem Recht. Denn Umfragen ergeben eine wachsende Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung. Der Aussage "Ich kann gut verstehen, dass sich manche Menschen gegenüber Juden unbehaglich fühlen" stimmten 36% der Befragten zu; 29% waren der Meinung, die Juden seien "teilweise selbst dafür verantwortlich, wenn sie gehasst und verfolgt werden"; ebenfalls 29% fanden den Satz zutreffend: "Juden haben zu viel Einfluss in der Welt".

"Ich bin kein Antisemit, aber ..."

In der anti-antisemitischen Initiativen geltenden Rubrik "Good practices for reducing prejudice, violence and aggression" wird auch die von Henryk M. Broder und der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung organisierte Ausstellung "Ich bin kein Antisemit ..." hervorgehoben. Die darin dokumentierten Briefe und E-Mails an jüdische Institutionen und Einzelpersonen belegen ebenfalls die weite Verbreitung antijüdischer Einstellungen. Ebenfalls in der Rubrik "good practices" - und erstaunlicherweise nur da - erscheinen Aktivitäten muslimischen Ursprungs. So lud eine muslimische Vereinigung in Bremen die jüdische Gemeinde zum Dialog über das

friedliche Miteinander der Religionen. Die Türkische Vereinigung Berlin-Brandenburg und der Zentralrat der Muslime verurteilten auch Möllemanns Versuche, "für politische Zwecke ein antisemitisches Klima zu schaffen". Die Türkische Vereinigung Berlin-Brandenburg rief ihre Mitglieder sogar dazu auf, zusammen mit der Jüdischen Gemeinde vor der Berliner FDP-Zentrale gegen das von Möllemann und Westerwelle betriebene "Spiel mit dem Antisemitismus" zu demonstrieren.

Js.

30. Auf der Schlachtbank der Staatsräson

Magdeburger § 129a-Prozess endet mit klassischem Gesinnungsurteil

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:32

Am 17. Dezember endete der Magdeburger § 129a-Prozess mit Haftstrafen für Marco H. (24) und Daniel W. (22) sowie einem Freispruch "dritter Klasse" für Carsten Sch. (23). Der Prozess war in seinem gesamten Verlauf ein Paradebeispiel dafür, was von der bundesdeutschen Staatsschutzjustiz erwartet werden kann. Eins scheint sicher: Am Ende steht immer eine Verurteilung. Darüber sollte auch kein liberales Trallala seitens des Gerichts hinwegtäuschen. Was lernen wir daraus: Auch wenn sich ein Oberlandesgericht den Vorgaben der Bundesanwaltschaft nicht bedingungslos fügte, wird es doch - und in diesem Fall auch noch im Brustton liberalster Überzeugung - die Staatsdoktrin der "wehrhaften Demokratie gegen Links und Rechts" umsetzen.

Hartgesottene (oder vielleicht besser: Aufrechte bar jeglicher Illusionen in den "demokratischen Rechtsstaat") werden es von Anfang an geahnt haben: Am Ende kann nur eine Verurteilung der Angeklagten stehen. Dabei hatte das Oberlandesgericht (OLG) Naumburg viele ProzessbeobachterInnen mit seiner Verfahrensführung überrascht; einige hielten sogar einen Freispruch der Angeklagten für möglich. Weniger auf Grund der dürftigen Ermittlungsergebnisse von Bundeskriminalamt (BKA) und Landeskriminalamt (LKA) Sachsen-Anhalt oder der sich auf der Ebene von Mutmaßungen, Schlussfolgerungen und Unterstellungen bewegenden Anklage der Bundesanwaltschaft (BAW); der Verlauf der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung und überraschende Entscheidungen des OLG Naumburg schürten vielmehr solche Erwartungen. Schon zu Beginn der Hauptverhandlung hieß es in Richtung BAW, der Staatsschutzsenat sei nur an Fakten interessiert und nicht an Interpretationen der ErmittlerInnen. Dementsprechend sah dann auch das gerichtliche Beweisprogramm aus.

Schon zuvor hatte das OLG Naumburg mit einem überraschenden Beschluss aufgewartet. Der Senat hatte anscheinend in Vorbereitung auf sein erstes § 129a-Verfahren die zentrale Strafnorm des politischen Sonderrechts sehr sorgfältig studiert. Die Naumburger RichterInnen stolperten dabei - anders als StaatsanwältInnen, RichterkollegInnen und selbst AnwältInnen in vergleichbaren Fällen vor ihnen - über den Absatz 5 des § 129a StGB (alte Fassung), der auf § 129 Abs. 6 StGB verweist. Dort heißt es, dass ein/e TäterIn nicht bestraft wird, wenn er/sie "sein Ziel (erreicht), das Fortbestehen der Vereinigung zu verhindern, oder ... es ohne sein Bemühen erreicht (wird)".

Beiwerk: Liberales Trallala

Vor diesem Hintergrund entschied das OLG Naumburg im August 2003, dass die Angeklagten unter Auflagen aus der U-Haft zu entlassen seien. Laut Anklage der BAW hatte sich nämlich die "Vereinigung", die Marco H., Daniel W. und Carsten Sch. in Magdeburg gebildet haben sollen, im Mai 2002 aufgelöst. Nach Ansicht der Naumburger RichterInnen konnten die drei deshalb nicht mehr wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" belangt werden. Zwar blieben die Angeklagten auf Grund einer Beschwerde der BAW beim Bundesgerichtshof (BGH) in Haft, doch mit ihrer Entscheidung hatten die RichterInnen um den Vorsitzenden Albrecht Hennig ein erstes Zeichen gesetzt. Manch einer spekulierte bereits, ob der Senat hier rechtsstaatliches Terrain gut gemacht hätte. Wie dem auch sei, Rechtsgeschichte hat das OLG Naumburg mit dieser Entscheidung (und seinem späteren Urteil) auf jeden Fall geschrieben. Sollte die Entscheidung Bestand haben, hätte sie weit reichende Folgen für andere Verfahren.

Die drei Magdeburger waren nach einem missglückten Brandanschlag ins Visier des Staatsschutzes geraten. In der Nacht vom 18. auf den 19. März 2002 war unter einen Mercedes-Transporter des Bundesgrenzschutzes (BGS) in der Nähe des Magdeburger Hauptbahnhofs ein Brandsatz gelegt worden. Der Brandsatz, der in einem Postpaket steckte, kam allerdings nicht zur Zündung. Verantwortlich für diesen Anschlag erklärte sich ein "kommando ‚freilassung aller politischen gefangenen`". Mitglieder dieses Kommandos warfen zeitgleich einen Molotow-Cocktail gegen das Gebäude des LKA Sachsen-Anhalt im Draisweg. Es entstand geringer Sachschaden.

OLG schreibt Rechtsgeschichte

Auf dem Postpaket wurde u.a. der Fingerabdruck von Daniel W. gefunden, der in der linken Szene Magdeburgs aktiv ist. Seit geraumer Zeit schon galt die erhöhte Aufmerksamkeit der Staatsschutzbehörden der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt. Erst einen Monat zuvor hatte sich dort ein "kommando ‚globaler widerstand`" zu einem Brandanschlag auf Firmenfahrzeuge der Deutschen Telekom AG bekannt. Im August 2001 waren in der Elbstadt zwei Neuwagen vor einer DaimlerChrysler-Niederlassung in Flammen aufgegangen. Verantwortlich zeichnete eine "revolutionäre aktion carlo giuliani", benannt nach dem einen Monat zuvor bei den Protesten gegen das G-8-Treffen in Genua von der Polizei erschossenen Globalisierungsgegner Carlo Giuliani.

Dass die BAW wegen vier Brandanschlägen das Verfahren an sich gezogen hat, lag wohl u.a. daran, dass die Anschläge in der Landeshauptstadt Niederschlag in der so genannten Militanz-Debatte gefunden hatten. Diese vor allem von der militanten gruppe (mg) initiierte Diskussion um die Vernetzung militanter Gruppen treibt momentan die bundesdeutschen Sicherheitsapparate besonders um und gilt ihnen als Beleg für die Bildung einer neuen, der RAF vergleichbaren "Terrorszene". (vgl. ak 477 und ak 478)

Nach dem Anschlag im März 2002 kam in Magdeburg nahezu das gesamten Arsenal der Sonderermittlungsmethoden zum Einsatz, das dem Staatsschutz bei einem § 129a-Verfahren an die Hand gegeben ist. Per Telefonüberwachung, Überwachung des E-Mail-Schriftverkehrs, offen verdeckter Observation und Einsatz von Videoüberwachung wurde das Umfeld des legalen "Autonomen Zusammenschlusz Magdeburg" (AZ) ausgespäht, dem auch Daniel W. angehörte. Im November 2002 erfolgten die Festnahmen von Daniel W. und Marco H.. Der Verfassungsschutz (VS) Berlin feierte das in seinem VS-Bericht für das Jahr 2002 als "erste Exekutivmaßnahme gegen eine der an der Militanzdebatte beteiligten Gruppierungen". Gleichzeitig wurden die Ermittlungen auf sechs weitere Beschuldigte aus dem Umfeld des AZ ausgedehnt.

Dass die Durchsuchung der Wohnung von Marco H. bei seiner Festnahme ohne entsprechenden richterlichen Beschluss durchgeführt wurde, obwohl genügend Zeit zur Einholung einer richterlichen Entscheidung bestanden hätte, spielte im Prozess ebenso wenig eine Rolle wie die Tatsache, dass Gespräche zwischen einem Angeklagten und seinem Verteidiger abgehört und die Gesprächsprotokolle in die Ermittlungsakten aufgenommen worden waren. Dagegen wurde zur Überraschung vieler das in der allgemeinen Polizeipraxis typische Unterdrucksetzen bei Vernehmungen geahndet - mit weit reichenden Folgen.

Für ihre § 129a-Anklage brauchte die BAW unbedingt noch einen dritten Beschuldigten. Dieser "dritte Mann", Carsten Sch., wurde schließlich im April 2003 festgenommen. Konkrete Hinweise auf strafbare Handlungen gab es zwar nicht, "ersatzweise" präsentiert die BAW die Aussage eines Beschuldigten, der bei einer Hausdurchsuchung am 1. April 2002 von psychologisch geschulten Vernehmungsbeamten des BKA massiv unter Druck gesetzt worden war. In einer mehrstündigen Vernehmung erpressten sie den 21-Jährigen mit der Drohung, im Falle seiner Aussageverweigerung nahe Angehörige über seine Homosexualität informieren zu wollen.

Fragwürdige Beweisführung

Die Verteidigung wertete dieses Vorgehen als das, was es war: Aussageerpressung und Einsatz verbotener Vernehmungsmethoden. Das Gericht schloss sich dieser Auffassung an, nachdem ein BKA-Beamter eingeräumt hatte, den 21-Jährigen zu Aussagen "überredet" zu haben ("Ich kann mein Vorgehen verantworten"), und erklärte diese Aussage für nicht verwertbar. Nach Ansicht der Verteidigung war damit das § 129a-Konstrukt der BAW gekippt, das OLG Naumburg war allerdings etwas anderer Meinung.

Wegen zweier vollendeter und zweier versuchter Brandanschläge verurteilte der Staatschutzsenat den als "Rädelsführer" angeklagten Marco H. zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft und Daniel W. zu zwei Jahren Jugendstrafe. Carsten Sch. sprach das Gericht aus Mangel an Beweisen frei. Von einer Verurteilung nach § 129a StGB wegen "Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" sah der Senat ab und bestätigte damit seine Entscheidung vom August. Allerdings ging das Gericht in seinem Urteil trotz fehlender konkreter Beweise weiterhin davon aus, dass die drei Angeklagten eine militante Gruppe gebildet hätten. "Wer sich auflöst, muss sich auch gegründet haben", so der Vorsitzende Richter. Ganz anders sah das die Verteidigung: "Banalen Erkenntnissen wird brachial ein Interpretationsmuster übergestülpt, dass alleine von dem Ziel geprägt ist, diese in einen Tatbestandzusammenhang zum § 129a StGB zu pressen", so brachte Gesa Schulz, die Berliner Verteidigerin von Carsten Sch., das Vorgehen der BAW auf den Punkt.

Konsequenterweise war in der Anklage dann auch die AZ zur "Keimzelle" dieser Vereinigung mutiert. Dem schloss sich der Senat ausdrücklich an: "Hätte es den AZ nicht gegeben, säßen wir nicht hier."

Zwar setzte sich der Naumburger Staatsschutzsenat mit seiner Entscheidung, die Angeklagten nicht nach § 129 a zu verurteilen, über die Vorgaben der BAW hinweg. Auch mit dem Strafmaß blieb man unter den Anträgen der Karlsruher AnklagevertreterInnen. Sie hatten Haftstrafen zwischen drei und dreieinhalb Jahren für alle Angeklagten gefordert. Doch abgesehen davon folgte der Staatsschutzsenat im Wesentlichen der Anklage. Zahlreiche Schriftstücke, Haushaltsutensilien, Eigenheiten in der Orthografie und ein Fingerabdruck waren die Basis für die Verurteilung. Dabei konnte das Gericht den Angeklagten eine direkte Tatbeteiligung nicht nachweisen. Ebenso wenig widmete sich der Senat der Frage, ob die Anschläge, zu denen sich verschiedene Kommandos bekannt hatten, überhaupt von ein und derselben Gruppe verübt wurden. Der Vorsitzende Hennig musste einräumen, das sich das Urteil alleine auf Indizien stütze. Die Angeklagten hatten zu den Vorwürfen geschwiegen. Carsten Sch. wurde schließlich lediglich wegen einer "Veränderung in der Beweislage" freigesprochen. Damit spielte das Gericht offensichtlich auf seine Entscheidung an, die unter Zwang erpresste Aussage nicht zu verwerten. Gleichzeitig unterstellte es ihm, er habe "offenbar besser vorgesorgt als die anderen", so dass kein belastendes Material bei ihm gefunden wurde. Das alles kann als Aufforderung an die BAW interpretiert werden, doch noch einmal nachzulegen, schließlich wird immer noch gegen sechs weitere Mitglieder des AZ ermittelt.

Infame richterliche NS-Vergleiche

Doch der Senat beließ es nicht bei dieser "juristisch fragwürdigen Beweisführung" (Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff). Unmut und Empörung erregte der Vorsitzende Hennig, als er in seiner mündlichen Urteilsbegründung wiederholt die den drei Angeklagten zur Last gelegten Brandanschläge in eine Reihe mit rassistischen und neonazistischen Brandanschlägen auf Menschen stellte. "Wer Brände legt, will töten", zitierte Henning aus einem Flugblatt aus Magdeburg, das im Zusammenhang mit rechten Brandanschlägen verfasst worden war, und meinte, diese Aussage auf die drei Magdeburger anwenden zu müssen. Das alles gipfelte in der Aufforderung "Wehret den Anfängen" und darin, dass er die verhandelten Taten mit der NS-Bücherverbrennung und mit faschistischen Anschlägen auf Synagogen gleichsetzte. Als "infam" bezeichnete von Klinggräff, der zudem den Richterspruch als "Gesinnungsurteil" kritisierte, nach der Urteilsverkündung die angestellten Vergleiche des Vorsitzenden.

Die Magdeburger Volksstimme sprach von einem "faden Beigeschmack" - meinte damit aber nicht die Ausführungen Hennigs und das Urteil, sondern die "Pleiten-Pech-und-Pannen-Ermittlungen" des BKA. Es sei schon erstaunlich, wie das BKA "mit Scheuklappen auf den Paragrafen 129a losgaloppierte, Indizien zurechtzottelte und Beweise hinbog". (Volkstimme, 18.12.03) All das ist aber aus vergleichbaren Verfahren sattsam bekannt. Auch wenn die BAW mit ihrem Vorhaben gescheitert ist, die Magdeburger öffentlichkeitswirksam als Beleg für eine neue "linke Terrorszene" aufzubauen ("Sie waren sicher keine Top-Terroristen", so Hennig), so zeigt der Magdeburger Prozess erneut, wie mit Hilfe des § 129a linke Strukturen kriminalisiert werden, um unter Einsatz nicht-rechtsstaatlicher Mittel politisch gewünschte Ergebnisse zu erzielen. Das OLG Naumburg hat am Ende doch verstanden, was von ihm erwartet wurde.

mb., Berlin

31. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:33

World Watchers, die Zweite

Die bereits im letzten Kalender angekündigte Ausstellung der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. NGBK zu Verschwörungstheorien in Berlin, World Watchers/Demokratie.Information.Subjekte, läuft noch bis 15. Februar. Ein umfangreiches Begleitprogramm aus Filmen (im Arsenal Kino) sowie Lesungen und Diskussionen (in der NGBK) beginnt Mitte Januar.

Berlin, 21.1.2004, 19.30 Uhr, und 22.1.2004, 19 Uhr: Filmvorführungen im Arsenal, Potsdamer Straße 2; 1.2.2004, 18 Uhr, 14.2.2004, 19 Uhr, und 15.2.2004, 16 Uhr: Veranstaltungen in der NGBK, Oranienstr. 25, www.ngbk.de

Nazis in NRW

"Neonazis auf dem Vormarsch?", fragt das Antirassistische Bildungsforum in der Einladung zu einer Veranstaltung mit Diavortrag über die Entwicklung der Neonaziszene in Nordrhein-Westfalen und im westlichen Ruhrgebiet. Dabei wird insbesondere die Funktion rechter Musik für die Anbindung Jugendlicher an die neofaschistische Bewegung unter die Lupe genommen

Duisburg, 21.1.2004, 20 Uhr, Evangelisches Familienbildungswerk, Hinter der Kirche 34

¡Que se vayan todos!

Zwei Jahre nach dem Aufstand in Argentinien ist in dem südamerikanischen Land noch keine Ruhe eingekehrt. Auf Stadtteilebene gibt es vielfältige Gegenstrukturen, in denen die Menschen die Organisation des täglichen Lebens in die eigenen Hände nehmen. Doch hat sich auch die Repression gegen die verschiedenen Ansätze der Selbstorganisation verschärft. Susy Paz und Roberto Martino vom Movimiento Teresa Rodríguez, die zur Erwerbslosenbewegung der Piqueter@s gehört, berichten auf einer Rundreise über die aktuelle Situation.

Hamburg, 22.1.2004, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34; Flensburg, 23.1., 19.00 Uhr, Schlachterei, Norderstr. 135; Hamburg, 26.1., 16.00 Uhr, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Raum D101, Hebebrandtstr. 1; Kiel, 27.1., 20.00 Uhr, Pumpe, Seminarraum, Hassstr. 2; Hannover, 28.1., 20.30 Uhr, Kino im Sprengel, Schaufelderstr. 30; Münster, 29.1., 20.00 Uhr, ESG, Breul 43; Osnabrück, 30.1., Kulturzentrum; Wiesbaden, 1.2., 19.00 Uhr, Café Klatsch, Marcobrunnenstr. 8; Koblenz, 2.2.; Köln, 3.2., 19.30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. (Nähe Ebertplatz); Düsseldorf, 4.2., 20.00 Uhr, Zakk, Fichtenstraße 40; Berlin, 6.2., 19.00 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a; Darmstadt, 9.2.; Stuttgart, 12.2., BAZ, Ludwigstr. 110A; Fürth, 13.2., 18.30 Uhr, Gewerkschaftshaus; Nürnberg, 14.2.

Krise und Antisemitismus

Anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Ausschwitz findet am 27. Januar in der Essener Zeche Carl eine Veranstaltung mit Gerhard Hanloser zu Krise und Antisemitsmus statt. Vor dem Hintergrund der Beobachtung, dass antisemitische Ressentiments besonders in Krisenzeiten Verbreitung finden, wird ein unter Rückgriff auf die Marxsche Theorie entwickelter Begriff von Antisemitismus zur Diskussion gestellt.

Essen, 27.1.2004, 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Veranstaltungen gegen Krieg und Kapital

Wer im Rhein/Main-Gebiet wohnt und Ende Januar/Anfang Februar noch nichts vorhat, kann sich auf der Veranstaltungsreihe der Antifa Nierstein und des Café Klatsch Kollektivs "Widerstand gegen Krieg und Kapitalismus globalisieren" die Zeit vertreiben.

Mainz, 28.1.2004, 19.30 Uhr: Veranstaltung zum Thema Krieg und Frieden mit Professor Reinhard Kühnl (Marburg), Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3D; weitere Veranstaltungen im Mainzer Interkulturellen Zentrum am 5.2.2004 und im Café Klatsch, Marcobrunnenstr. 8, Wiesbaden, am 27.1. und am 1.2.2004

Naziaufmarsch verhindern!

Die Wanderausstellung "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" kehrt zurück nach Hamburg: Von Januar bis März wird sie in der Kampnagelfabrik gezeigt. Dagegen wollen "Freie Nationalisten" demonstrieren. Zu einer antifaschistischen Gegendemonstration unter dem Motto "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" mobilisiert ein breites Bündnis.

Hamburg, 31.1.2004, 11 Uhr, Demonstration ab U-/S-Bahnhof Barmbek, Infos unter www.hamburg-gegen-nazis.de.vu sowie unter www.avanti-projekt.de

Sucht die Mörder!

Schon gefunden: Im Hotel Bayerischer Hof in München findet auch in diesem Jahr die NATO-Sicherheitskonferenz statt, auf der sich die Verteidigungsminister der NATO-Staaten und weitere Persönlichkeiten aus Politik, Rüstung und Militär über strategische Ziele und Perspektiven der Militärpolitik, etwa die Entwicklung des militärischen Standbeins der EU, austauschen. Die Gegenaktivitäten: Am 6. Februar wird in dezentralen Aktionen in der ganzen Stadt nach den Mördern gesucht; am Samstag, 7. Februar, findet eine internationale Demonstration gegen die Kriegskonferenz statt.

München, 6.2.2004, 16 Uhr: Proteste rund um den Tagungsort Bayerischer Hof; 7.2.2004, 12 Uhr, internationale Demonstration ab Marienplatz, www.no-nato.de

Mitten im Wahlkampf:

Die Wüste lebt! Das zumindest behauptet die WählerInnenvereinigung REGENBOGEN - Für eine neue Linke, die nicht nur als offene Liste zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 29. Februar antritt, sondern auch zu einer stadtpolitischen Konferenz einlädt, auf der - unter Beteiligung zahlreicher weiterer Initiativen - in verschiedenen Veranstaltungen sowohl die herrschende Politik kritisiert als auch über Alternativen diskutiert werden soll.

Hamburg, 14.2.2004, 10-18 Uhr, "Die Wüste lebt" - Ökonomie, Politik und Widerstand in Hamburg, Stadtpolitische Konferenz von REGENBOGEN - für eine neue Linke, HWP, Von-Melle-Park 9, www-regenbogen-hamburg.de

32. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:34

Entenbrust und Bier

Das "Café Seeterrassen" gehört zu Hamburgs edelsten Gourmettempeln. Sechsmal ist Christian B. hier essen gegangen, jedes Mal auf eine eher unkonventionelle Art und vor allem, ohne zu bezahlen. B. ist 25 Jahre alt, gelernter Koch sowie erwerbs- und obdachlos. Er betrat das Nobelrestaurant nicht zu den regulären Öffnungszeiten, sondern nachts, durchs eingeschlagene Fenster. Anschließend brach er in die Küche ein und bereitete sich seine Mehr-Gänge-Menüs selbst zu. Bei seinem ersten Einbruch Ende September gab's Schweinefilet mit einer Pilz-Sahne-Soße, Kartoffelpuffer sowie Eis und Erdbeertorte als Dessert; aus der Getränkekarte wählte Christian B. ein frisch gezapftes Bier. Am nächsten Tag standen Spaghetti, Sahnetorte und wiederum Bier auf dem Speisezettel.

Christian B. wurde festgenommen und befand sich bis Ende Oktober in Untersuchungshaft. In der Nacht vom 21. auf den 22. Dezember 2003 jedoch war er wieder in der "Seeterrassen"-Küche. Diesmal bestand das Festmahl aus Entenbrust mit Rotkohl, verschiedenen Beilagen - und wiederum einem frischen Pils. Das letzte Mal festgenommen wurde der rührige Koch am 26.12.2003 nach einem ausgiebigen Mahl aus Schweinefilet, Rotkohl, Erdbeertorte und Bier. Als Motiv für seine nächtlichen Begehungen gab Christian B. an, er habe lediglich mal wieder gut essen wollen, ein mehr als nachvollziehbares Bedürfnis. Entenbrust für alle! Freiheit für Christian B.!

Hamburger Morgenpost, 27.12.2003

Schlechte Risiken

In der Versicherungsbranche sind sie wenig beliebt - die so genannten "schlechten Risiken". Und was den Kfz-Versicherern z.B. die MigrantInnen, sind den Krankenkassen die Armen: Beide sieht man lieber bei der Konkurrenz als beim eigenen Unternehmen. Über die Weihnachtsfeiertage ist nun ein Schreiben der Marketingabteilung der Barmer Ersatzkasse (BEK) bekannt geworden, in dem die Barmer-MitarbeiterInnen aufgefordert werden, SozialhilfeempfängerInnen als Neukunden abzuschrecken. "Unauffällig" sollen sie beeinflusst und davon überzeugt werden, "die Barmer nicht als neue Kasse zu wählen". Der Berater der Sozialministerin Ulla Schmidt, Karl Lauterbach, nannte dieses Schreiben einen "Fehler"; illegale Praxis wäre korrekter gewesen.

Ab dem 1. Januar 2004 müssen SozialhilfeempfängerInnen bei einer Krankenkasse versichert sein. Für etwa ein Fünftel, die bisher nicht bei einer Kasse versichert sind, bedeutet das, dass sie entweder von den Sozialämtern einer Kasse zugeteilt werden oder sich selbst eine Kasse suchen müssen. Die Ämter melden vorwiegend bei der AOK, der BEK oder der DAK an, und auch die HilfeempfängerInnen selbst bevorzugen große Kassen mit Geschäftsstellen vor Ort. Laut Gesetz dürfen die gesetzlichen Krankenkassen niemanden abweisen. Sie befürchten deshalb massive Wettbewerbsnachteile, wenn sie nun die ganzen armen Schlucker aufnehmen sollen, die zudem oft in einem schlechteren Gesundheitszustand sind als die BesucherInnen von Well- und Fitness-Centern. Bei aller Fehlerhaftigkeit, so Karl Lauterbach, müsse man deshalb das Anliegen der Barmer "ernst nehmen"; Risikostrukturausgleich ist hier das Stichwort.

taz, 27.12.2003

Flexibilisierungswunder

Marco Tinto steht nicht im Guinnessbuch der Rekorde. Dabei ist seine Bilanz mehr als rekordverdächtig: 37 Jobs hat der Mailänder in zehn Jahren gemacht. Sein Lebenslauf gleicht dem Register einer Handelskammer: Messebau, Fabrikarbeit, Labortechnik, Erzieher, Montagetechnik, Flugabfertigung, Steward im Nachtexpress, Call Center Agent, Animateur - alles hat Tinto gemacht, über alles kann er irgendwelche Referenzen, Zeugnisse, Qualifizierungszertifikate etc. vorweisen.

In manchen Jobs hat Tinto sich wohl gefühlt, in anderen weniger, aber jede Hoffnung auf betriebsinterne Karriere oder auch nur eine feste Anstellung haben sich immer wieder zerschlagen: "Ich zahlte ohne eine

Hoffnung auf ein Entkommen für die Schwäche meiner vertraglichen Stellung." Aber es hat auch Momente gegeben, wo er selbst gekündigt hatte oder abgehauen ist. Die erzwungene Mobilität des Prekären hat er durchaus auch selbstbestimmt eingesetzt. "Da eine Vorwarnung von 24 Stunden ausreicht, um den Anspruch auf die Abfindung zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses geltend zu machen, legt man mit dem Karussell der Vorstellungsgespräche los, und wenn man die absolute Sicherheit über den neuen Arbeitsplatz hat, lässt man den alten Job fallen und springt zum neuen."

Marco Tinto ist der Prototyp eines durch und durch prekarisierten Proletariers. Er ist stolz auf sein bisheriges Nomadenleben: "Ich habe viel gesehen, ich habe viel kennen gelernt, ich habe gelernt, durchzukommen." Doch jetzt, mit 31 Jahren, scheinen seine jugendlichen Sturm- und Drangjahre zu Ende zu gehen: "Alles fängt an, mich zu belasten." Er wünscht sich eine eigene Wohnung, will raus aus der Wohnung, die er sich mit seinen Eltern im 8. Stock in Mailands Niguarda-Viertel teilt. Aber er weiß, dass "mir ohne einen sicheren Arbeitsplatz niemand je einen Kredit gewähren wird".

www.labournet.de

Professorengehalt sinnvoll eingesetzt

Ein Aufruf, der Anfang Januar "an alle Berliner Studierenden" erging, dürfte für einigen Wirbel gesorgt haben: Unter Verweis auf eine Streikresolution der Berliner Universitäten aus der Zeit vor den Weihnachtsferien, in der die Kürzungen an den Unis in einen Zusammenhang mit Sozialkürzungen in anderen Bereichen gestellt werden, heißt es im Aufruf: "Jeder hat das Recht auf Mobilität - fahrt schwarz!" Hintergrund: Zum 1. Januar 2004 ist das Sozialticket der BVG gestrichen worden, das es den weniger gut betuchten BerlinerInnen bislang ermöglicht hatte, für immer noch saftige 20,40 Euro pro Monat Bus und Bahn zu fahren. Nun müssen auch SozialhilfeempfängerInnen 58,50 Euro hinblättern, wenn sie regelmäßig mit der BVG durch die Stadt wollen.

Am Samstag, 10. Januar, befinden sich alle Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrer in guter Gesellschaft: Der Aufruf, an diesem Tag zwischen 10 und 18 Uhr nichts für das Ticket zu bezahlen, kommt u.a. von der Initiative für ein Berliner Sozialforum und den Universitätsprofessoren Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr. Das Beste an der Sache: Die "erhöhten Beförderungsentgelder", die bei der Aktion eventuell anfallen, werden vom Vorbereitungskreis erstattet. Dafür sammelt nicht zuletzt Peter Grottian noch fleißig Geld: Das Spendenkonto läuft auf seinen Namen.

www.socialforum-berlin.org

Fliegende Ausbeuter

Wer von uns sucht nicht im Internet nach coolen Billig-Schnäppchen, wenn er oder sie den nächsten Flug auf die Kanaren oder sonst wohin buchen will. Und bei 59 Euro Hamburg - London hin und zurück bei Ryanair denken auch Linke nicht mehr an die Tonnen von Abgasen, die in die Luft geblasen werden, oder fragen nach dem Warum für diese Billigpreise.

Bis heute ist diese Firma konsequent gewerkschaftsfrei. In 14 europäischen Ländern ist die Gesellschaft aktiv, eine gewerkschaftliche Organisierung der Piloten oder des übrigen Bordpersonals gibt es nirgends. Alle Ryanair-Beschäftigten haben irische Arbeitsverträge; sie haben keine Möglichkeit, ihre Arbeitsbedingungen juristisch in den Ländern zu verteidigen, in denen sie üblicherweise arbeiten. So sind jüngst drei ArbeiterInnen im belgischen Charleroi entlassen worden, ohne dass die belgischen Arbeitsrechtsbestimmungen bezüglich Prozessverfahren, Überstunden, Urlaubsgeld, Mindestlohn, Essensgeld und Transportzuschüssen in irgendeiner Weise berücksichtigt worden wären.

AktivistInnen der Europäischen Transportarbeiterföderation ETF aus Frankreich, Italien, Spanien und Belgien haben am 17. November vor dem Arbeitsgericht in Charleroi demonstriert. Ihre Forderungen: Anerkennung von Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften in allen Ländern; EU-Regularien für ein Europäisches Arbeitsrecht, nach dem bei den Beschäftigten international operierender Fluglinien für die Beschäftigten die jeweils nationalen Arbeitsbestimmungen gelten sollen; Garantie aller sozialer Rechte für die Entlassenen gemäß belgischem Recht.

www.labournet.de

Tod eines Prekären

DAF Electrical ist eine Firma in Manchester, die seit einiger Zeit im wahrsten Sinne des Wortes verfolgt wird: 11 Beschäftigte, die Mitte des Jahres 2003 entlassen worden waren, folgen dem Unternehmen von Baustelle zu Baustelle, um für ihre Wiedereinstellung zu demonstrieren. Im Moment hängen ihre Transparente an den Bauzäunen eines Neubaus für ein Gerichtsgebäude, immerhin ein 30-Mio.-Pfund-Projekt. Die 11 ArbeiterInnen waren entlassen worden, weil sie ausstehende Löhne und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft gefordert hatten. Sie hatten gleichzeitig die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Großbritannien angeprangert.

Zumindest im Raum Manchester scheint die Kampagne erste Früchte zu tragen. Nach Gewerkschaftsangaben hat DAF Electrical erhebliche Schwierigkeiten, Arbeitskräfte aus der Region anzuwerben. Bei einer Stadtratssitzung wurden 20.000 Unterschriften überreicht, mit denen u.a. auch darauf hingewiesen wurde, dass die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen mitunter direkt tödliche Folgen haben kann.

Hintergrund ist der Fall des 24-jährigen Erwerbslosen Simon Jones, der 1998 vom Arbeitsamt mit direkten Zwangsandrohungen auf die Docks im südenglischen Brighton getrieben worden war. Dort hatte er keinerlei Einweisung erhalten und war bereits an seinem ersten Arbeitstag tödlich verunglückt. In den vergangenen drei Jahren sind in Großbritannien 1.800 Menschen von der Arbeit direkt getötet worden, in den gesamten zehn Jahren zuvor waren es 1.500 . Im Jahr 2002 starben 71 ArbeiterInnen und zwischen April und Juni 2003 26. Darüber hinaus ereignen sich auf britischen Bausstellen jährlich 4.000 schwere Arbeitsunfälle.

Junge Welt, 3.12.2003

33. Nation und Pop

Konzertverbote im Leipziger Conne Island häufen sich

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:35

Das Leipziger alternative Veranstaltungszentrum Conne Island (Ceeleh) (1) hat im Januar das Konzert von Rubberslime abgesagt. Rubberslime gilt quasi als Nachfolgeband von Slime, immerhin ist Gitarrist und Sänger Elf mit am Start. Anlass für das Auftrittsverbot ist eine Neufassung des Songs Yankees raus, in dem die Band die US-Politik immer wieder mit Nazi-Deutschland vergleicht, z.B. mit der Parole USA - "Weltpolizei - SA/SS". (2)

Dies ist nicht das erste Konzert, das die VeranstalterInnen des Ceeleh absagen. Kurz vorher wurde die Hauptstadt-Band Mia ausgeladen. (3) Begründung war, dass die Band in dem Song "Was es ist" ihr neues Verhältnis zu Deutschland entdeckt, in dem sich Mia im eigenen Land "nicht mehr fremd" fühlt und ein "neues deutsches Land" betritt. Im Herbst - ak berichtete - scheitere bereits der Auftritt von Fink am Bagdad Blues, der dem Ceeleh antiamerikanisch dünkte. Verharmlosung des Nationalsozialismus, Deutschtümelei und Antiamerikanismus - dies sind die Vorwürfe, mit denen nahezu automatisch auch der Antisemitismus-Verdacht transportiert wird. Weitere KünstlerInnen wie Mellow Mark stehen bereits - ließt man die aus dem Haus Conne Island stammenden Texte - ebenfalls auf der Liste.

Seit spätestens Anfang der 1990er Jahre läuft nicht nur im Ceeleh die Debatte um Pop und Nation. Sei es die Deutschwerdung des HipHops, die Quotenforderung eines Heinz-Rudolf-Kunzes, die Debatten um das Leipziger Festival "Neue Beiträge zur deutschen Popkultur" im Jahr 2000, die positive Bezugnahme zahlreicher deutscher KünstlerInnen auf die regierungsamtliche rot-grüne Irak-Politik oder auch die Aneignung von Rockmusik durch Nazi-Bands (siehe ak 478), um nur einige Stationen zu nennen. So richtig und wichtig die Debatten um die genannten Themen sind, kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, dass die BetreiberInnen des Ceeleh über das Ziel hinausschießen. In der Begründung für die Absage des Rubberslime-Konzertes wird einleitend unter anderem moniert, dass "es seit über einem Jahr allgemein üblich (geworden ist) ‚Fuck Bush` von der Bühne zu schreien". Gleichzeitig verweisen die Ceelehs darauf, dass sie den "Unmut" ihrer Umgebung auf sich gezogen hätten, in dem sie auf den niedermetzelnden Saddam Hussein hingewiesen hätten. Also klar: Wer nicht gegen Saddam, aber gegen Bush grölt, muss ergo antiamerikanisch sein.

Verlängert man diese Logik der Ceelehs, dann kann es sogar noch schlimmer kommen: Denn Bush steht ja auch für den Schutz Israels und Saddam Hussein für die Feinde Israels. So sei also jede/r "Fuck-Bush"-GröhlerIn mindestens antisemitisch und könnte evtuell sogar Nazi sein. So blöd diese Parole auch sein mag - dass damit möglicherweise nichts anderes gemeint ist als ein Statement gegen die konkrete kapitalistische Politik der konkreten US-Administration und deren Anspruch, als Weltpolizei agieren zu dürfen, taucht in dieser Vorstellungswelt nicht auf.

Der Rubberslime-Song ist in der Tat eine Verharmlosung Nazi-Deutschlands. Punkt. Der Rettungsversuch von Elf ist lächerlich. (4) Auch Mia liegt mit der deutschen Heimfindung unter einer rot-grünen Regierung voll daneben. Keine Frage. Ob aber gleich ein Konzertverbot die Antwort sein muss? Vielleicht wäre ja ein Statement vor dem Konzert erheblich besser geeignet, derartige Probleme auf den Tisch zu bringen?

Irritierend aber ist, dass das Ceeleh keine Kritik an der US-Politik zuzulassen scheint. Bemerkenswerte Gründe, warum der Angriff der USA auf den Irak abzulehnen war und ist, gibt es für das Ceeleh scheinbar nicht - jedenfalls ist dazu in den zahlreichen Statements nichts zu finden. Und genau hier setzt das gravierende Unbehagen mit den Argumentationslinien und den Konsequenzen (Auftrittsverbote) an.

DSe, www.rock-links.de

Zahlreiche Texte und Statements des Conne Island finden sich auf: www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/

Anmerkungen:

1) Ceeleh ist die offizielle, von ihnen benutzte Abkürzung für das Conne Island. Das dieses Kürzel stark an CIA erinnert, mag Zufall sein, muss aber nicht. Hier scheint es durchaus ein Kokettieren mit dem Kürzel des US-Geheimdienstes zu geben.

2) Schon im Mai 2003 führte der Song bei ATTAC zu einer heftigen Kontroverse. Ausführlich dazu im Internet: www.anis-online.de/pages/musik/Slime.htm. ATTAC entschloss sich, eine geplante Anti-Kriegs-Doppel-CD, auf der der Song enthalten sein sollte, nicht mit ihrem Logo zu zieren.

3) www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/104/16.html

4) Siehe Anmerkung 2

34. Formierung im Vakuum

Zur Bürgerschaftswahl in Hamburg konstituiert sich eine linke Wahlalternative

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:36

In Hamburg ist Wahlkampf und damit die Hochzeit der Kaffeesatzleserei: Schafft Schill wieder den Sprung in die Bürgerschaft? Was wird aus den regierenden Rechtspopulisten? Und vor allem: Wer mit wem und wie viel? Was hingegen unterbelichtet bleibt, sind die Formierungsversuche auf der Linken, jenseits von SPD und Grünen.

Die Neuwahlen in Hamburg treffen alle politischen Formationen unvorbereitet, für die Linke kommen sie zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Links von den Grünen fristen alle Organisationen ein frustrierendes Schattendasein. DKP, SAV, Linksruck kommen nicht über einen Sektenstatus hinaus, und auch PDS und die links-alternative WählerInnenvereinigung REGENBOGEN sind im politischen Geschehen der Stadt praktisch nicht existent. Dabei hat sich der REGENBOGEN nach den Wahlen 2001 praktisch in die unterschiedlichen sozialen Bewegungen aufgelöst.

Diese wiederum unterliegen teilweise dramatischen und unberechenbaren konjunkturellen Schwankungen. Einem breiten und massenhaften Sozialprotest im ersten Halbjahr 2002 folgten ein trüber Sommer und Herbst, bevor im Winter 2002 mit den Bambule-Auseinandersetzungen wieder eine Phase der permanenten Massendemonstrationen einsetzte. Das Jahr 2003 war eines ohne Höhepunkte, aber mit unterschiedlichen und leider i.d.R. unkoordinierten Protestaktivitäten, vor allem im Kita- und Bildungsbereich. Die jetzige Neuwahl fällt somit in eine Zeit, in der mühselige und zaghafte Versuche für eine kontinuierliche und dauerhafte Vernetzung von unten gestartet werden, von einer breiten und lebendigen sozialen Bewegung als politisch relevanter Kraft in Hamburg aber (noch) nicht gesprochen werden kann.

Für die Linke stellt sich mit den jetzigen Neuwahlen ein nahezu tragisches Dilemma. Einerseits gibt es das berechtigte und taktisch auch richtige Bedürfnis, sich in den Wahlkampf einzuschalten und vor allem gegen die Ideologie von der Unausweichlichkeit der Agenda 2010 in Hamburg wie Berlin eine Protestwahlalternative aufzubauen. Die Aussicht, gegen CDU, FDP und Schill nur SPD und Grüne wählen zu können, ist für viele eine erschreckende Aussicht. Zu deutlich ist es geworden, dass die Parteien der politischen Klasse allesamt an einem gemeinsamen Verarmungs- und Repressionsprogramm stricken.

Andererseits kann eine linke Wahlalternative in Hamburg zur Zeit nur von den verbliebenen Organisationen getragen werden. Das spült allerdings genau die Sekten nach oben, die erstens faktisch politisch bedeutungslos sind und die zweitens auch Organisations- und Politikmodelle repräsentieren, die strategisch überholt sind. Das Gewicht, das politisch irrelevante Gruppierungen wie DKP oder SAV in den momentanen Formierungsprozessen bekommen, ist somit auch ein unmittelbarer Reflex auf eine organisatorische wie personelle Schwäche der sozialen Bewegungen und Basisorganismen. Der Hamburger Prozess hat somit vieles von einer Übergangssituation, in der auf alte Strukturen zurückgegriffen werden muss, weil neue (noch) nicht existieren.

Angesichts der kurzen Vorbereitungszeit über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel und angesichts der formaljuristischen Bedingungen für die Wahlanmeldungen war es von Anfang an klar, dass eine realistische linke Wahloption nur den Namen REGENBOGEN oder PDS haben konnte. Ebenfalls klar war es, dass eine solche Wahloption eine offene Angelegenheit sein muss und nicht von irgendjemandem durchgezockt werden kann. Dabei ist eine nennenswerte Attraktivität und Ausstrahlungskraft in Hamburg - gerade auch auf nicht organisierte und Bewegungslinke - nur mit dem REGENBOGEN verbunden. Dies ist auch auf einer großen öffentlichen Versammlung am 18.12.2003 sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, wo 200 bis 300 Menschen öffentlich über die Frage einer linken Wahloption in Hamburg diskutierten. Doch auf dieser Versammlung wurde auch klar, dass die Formierung einer solchen Wahloption vor allem von den taktischen und strategischen Interessen der genannten Organisationen bestimmt sein würde: Für DKP und SAV kommt eine Kandidatur unter einem PDS-Label aus einem rein organisationspolitischen Kalkül heraus prinzipiell nicht in Frage. Die PDS ihrerseits befindet sich in Hamburg in einem Erneuerungsprozess und schwankt zwischen Bewegungsoffenheit und organisatorischer Profilierung. Während sie auf Bürgerschaftsebene eine offene REGENBOGEN-Liste akzeptiert und unterstützt, setzt sie in einzelnen

Bezirken auf eigenes "Flaggezeigen", teilweise auf sehr rigorose Weise und ohne Rücksicht auf tatsächliche Stimmungen und Wahlchancen.

Mühselige Suchprozesse

Bei allen Schwierigkeiten und aller Skepsis vollzieht sich der innerlinke Diskussionsprozess in einer bemerkenswerten Offenheit. Programmatik, Listenbesetzungen etc. werden so transparent wie möglich ausgehandelt, der großen Versammlung am 18.12. folgte eine ebenso gut besuchte am 8.1., und es wird weitere geben. Aus diesen Versammlungen heraus hat sich ein "20er Kreis" konstituiert, in dem die weiteren organisatorischen Diskussionen geführt und Aktivitäten koordiniert werden. Neben REGENBOGEN, PDS, DKP, SAV und Linksruck sind auch unorganisierter Linke in diesem Kreis vertreten. Der Diskussionsprozess ist teilweise extrem mühselig und nervenaufreibend, aber er steht unter einem gewissen Einigungsdruck. In wenigen Tagen ist ein erster "Programm"entwurf weitgehend konsensual erarbeitet worden.

Im Moment spricht vieles dafür, dass eine offene Bürgerschaftsliste unter dem Namen REGENBOGEN antreten wird. Ob und wie weit diese Liste eine Ausstrahlungskraft entwickeln kann, wird vor allem davon abhängen, wie weit die OrganisationsvertreterInnen ihre Repräsentationsansprüche zurücknehmen und in wie weit RepräsentantInnen unterschiedlicher "Szenen" und Bewegungsansätze bereit sind, auf einer solchen Liste zu kandidieren.

dk

35. Das lässt sich ja gut an ...

Aber noch fehlen uns rund 6.000 Euro

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:37

Anders als sonst haben wir diese Spendensaison schon im Oktober begonnen: 25.000 Euro brauchen wir für den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik - und das heißt insbesondere für die Sicherung seiner publizistischen Tätigkeit, die Herausgabe von ak und Fantômas. Zum jetzigen Zeitpunkt sind schon über 18.000 Euro auf dem Konto des Vereins eingegangen. Das macht uns Mut, dass wir das Spendenziel erreichen und ein weiteres Jahr gut planen können.

Allen bisherigen SpenderInnen ein ganz dickes Dankeschön!

Im Dezember haben die AbonnentInnen ein Schreiben bekommen, in dem für die Fördermitgliedschaft im Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik geworben wird. Auch hier gab es schon einige positive Rückmeldungen, und wir bedanken uns auf diesem Wege für die Unterstützung durch die monatlichen Spenden.

Dass es sich um gut angelegte Spenden handelt, seht ihr auch daran , dass neben der Herausgabe von von elf ak-Ausgaben und zwei Fantômas-Heften auch noch ein reges Veranstaltungsleben des Vereins stattfand. Insgesamt gab es im letzten Jahr 29 Veranstaltungen, die wir entweder selbst organisiert haben oder an denen RedakteurInnen von ak und Fantômas als ReferentInnen eingeladen waren.

Arbeitsgruppen zum Thema "Linke und der Krieg" haben wir auf dem BUKO-Kongress in Bremen und der attac-Sommerakademie in Münster angeboten. Auf dem Kommunismuskongress in Frankfurt/Main waren ak/Fantômas-RedakteurInnen als ReferentInnen im Einsatz. Eine Veranstaltungsreihe mit dem ak-Autor Sabah Alnasseri zum Irakkrieg und seinen Folgen wurde mit PartnerInnen in Berlin, Hamburg, Köln und Nürnberg durchgeführt. Eine gut besuchte Veranstaltungsreihe gab es zum Thema Olympia und Stadtentwicklung in Hamburg - und das trotz der deutschen Olympiaentscheidung pro Leipzig. Nicht zu vergessen die Veranstaltungen zur "Geschichte vom Trüffelschwein - Zur Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes" mit dem Buchautor Michael Steffen und dem "Zeitzeugen" Hans-Hermann Teichler.

Fantômas-RedakteurInnen waren zu einigen Veranstaltungen zum Thema Biopolitik nach Essen und Dortmund eingeladen, ebenso zum Thema Linke und der Krieg. Eine Reise führte ins "Ausland"; so heißt der Club in Berlin, in dem das Fantômas-Heft zu Biopolitik präsentiert und diskutiert wurde. Eine Veranstaltung, die uns einen Eintrag ("ziemlich weit links angesiedelt") im FAZ-Feuilleton einbrachte. Mit einer Veranstaltung "Zum politischen Denken im 20. Jahrhundert" mit Frank Deppe, in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk, dem VSA-Verlag und Regenbogen - Für eine neue Linke, wurde die letztjährige "Bildungssaison" des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik abgeschlossen.

In dieser Art wollen wir 2004 weiter machen. Wer Veranstaltungen mit RedakteurInnen oder unseren AutorInnen durchführen möchte, setzt sich einfach mit uns in Verbindung. Wir kommen gerne. Wir stellen auch gerne (kostenlose) ak-Probeexemplare für Veranstaltungen zur Verfügung.

Wer unsere weitere Arbeit unterstützen will - und das heißt insbesondere Absicherung von elf Ausgaben von ak und zwei von Fantômas - kann mit einer Spende einen wichtigen Beitrag leisten. Noch fehlen uns rund 6.000 Euro, damit wir auf dem bisherigen Niveau weiter machen können.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

In den nächsten Tagen verschicken wir die Spendenbescheinigungen für das Jahr 2003. Von einigen SpenderInnen haben wir keine vollständige Adresse. Wer also bis Ende Februar keine Spendenbescheinigung erhält und diese benötigt, möge uns bitte seine/ihre Adresse mitteilen.

36. Altes Europa, neue Ziele

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:38

Beiderseits des Atlantik kam die frohe Botschaft schon vor Weihnachten. "We got him", jubelte man in Washington über die Festnahme des zur Karikatur eines Diktators geschrumpften Saddam Hussein.

Wenig später machte die Gesellschaft für deutsche Sprache den Regierenden in der Berliner Republik ebenfalls ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk. Sie hatte "das alte Europa" zum "Wort des Jahres" 2003 gekürt und damit der Tagesschau eine Topmeldung geliefert: "Der von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld polemisch gemeinte Begriff ‚das alte Europaæ hat sich nach Ansicht der Sprachhüter zu einem Ausdruck ‚für ein neu gewonnenes positives Selbstverständnisæ Europas gewandelt."

Es soll auch Linke geben, die das gut finden - weil sie die vor allem von Deutschland und Frankreich vorgetragene Kritik am Irak-Krieg mit Pazifismus verwechseln oder weil sie die EU gegenüber den USA als kleineres Übel und notwendiges Gegengewicht missverstehen.

Derweil haben die EU-Regierungen auf dem Gipfel Mitte Dezember die Militarisierung der EU forciert und weitere Voraussetzungen für eine rein europäische, von den USA unabhängige Kommandostruktur geschaffen. Zwar wird die europäische Militärgroßmacht auf absehbare Zeit mit den USA nicht konkurrieren können. Dennoch wäre es an der Zeit, dem Euromilitarismus auf der Straße ebenso massiv entgegenzutreten wie dem Krieg gegen den Irak.

Gelegenheit dazu bieten die Proteste gegen die NATO-Kriegskonferenz am 6. und 7. Februar in München. Zum 40. Jubiläum des Kriegsbündnisses sollten möglichst noch mehr an der Gegendemonstration teilnehmen als im vergangenen Jahr. Damals demonstrierten 25.000 Menschen - trotz Spaltungsversuchen und Schneegestöber.

37. gender troubles aktuell

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:39

Deutschland sucht eine Bundespräsidentin

Wer folgt auf Johannes Rau im Amt des Bundespräsidenten? Schon im September orakelte der Spiegel, dass es Zeit sei, dass eine Frau in dieses Amt gehievt werde. Spätestens dann, wenn vorrangig Männer schreien: "Da muss eine Frau her", läuten bei geschulten FeministInnen die Alarmglocken. Wenn z.B. Schröder und Scholz sich für eine Frau stark machen, dann setzen sie damit wohl eher auf troubles in der CDU denn auf gender power. "Ich möchte gerne durch Zurückhaltung bei der Kandidaten-Diskussion in der SPD dazu beitragen, das man vielleicht eine Frau findet, die für alle akzeptabel ist", offenbart Schröder dem Spiegel.

Wie überaus nobel von der SPD, dass sie, wenn sie eh nicht die Entscheidungsmehrheit hat, über das Amt des/der BundespräsidentIn hat sie sich gerne mal den Luxus einer Kandidatin gönnt. Schließlich geht es ja nicht um den Kanzlerstuhl.

"Hauptsache Frau" lautet auch das Motto, dem sich Lars Mischa Heitmüller auf seiner Internetseite www.bundespraesidentin.de verschrieben hat: "In 52 Jahren Bundesrepublik gab es weder eine Bundeskanzlerin noch eine Bundespräsidentin. Mein Traum: gleiche Rechte, nicht nur auf dem Papier". Absurdes Theater allerorten. Bei aller falsch verstandenen "Frauenförderung" ist Annette Schavan zuzustimmen (und der CDUlerin kann mensch nun wirklich keine feministische Grundgesinnung vorwerfen), die verkündet: "Frauen finden es nicht lustig, wenn Männer sich in die Rolle begeben, zu sagen, wann eine Frau dran ist." So sehr das formale Recht auf "Gleichstellung zwischen den Geschlechtern", für das die Frauenbewegung seit über 100 Jahren kämpft, immer noch nicht realisiert ist, so kontraproduktiv ist jedoch die Instrumentalisierung von "Frauen" im Rahmen von Partei- und Machtpolitik. Nicht vergessen, ihr "Männer an der Macht": Frauen wollen die Hälfte des Kuchens und keine Krümmel.

Abenteuer Feminismus

Der Bildschirmhintergrund ist eine glitzernder Sternenhimmel: "Wolfsmutter.com - Abenteuer Feminismus" leuchtet in rot, dazu die Ergänzung "Ein Frauenportal zu neuen Wegen, abseits der Nebenstraßen". Wolfsmutter.com versteht sich "als Drehscheibe von Information, Kommunikation, Service und Unterhaltung von und für Frauen". Die Idee, sich über das Internet zu vernetzen und frauenspezifische Informationen zu verbreiten, ist nicht neu. In Österreich wird z.B. die feministische Ausgabe des Standards hergestellt, die unter www.diestandard.at abrufbar ist. In Deutschland ist vor allem das ambitionierte Frauen e-zine www.frauennews.de zu nennen, das allerdings seit Juni 2003 nicht mehr aktualisiert wurde.

Ein strukturelles Problem der feministischen Vernetzungsforen ist, dass sie auf dem Engagement der BetreiberInnen fußen und - wenn sie professionell und aktuell arbeiten - sehr viel Zeit und Energie fressen. (Dies dürfte auch der Grund sein für das Scheitern bzw. Stagnieren von frauennews.). Wolfsmutter.com wagt nun den Spagat zwischen Anzeigen und feministischer Gesellschaftskritik. Das Kernstück des Portals ist ein Frauenbranchenbuch mit Fachforen für Unternehmerinnen und Expertinnen, mit dem zukünftig eine Finanzierung des Projektes gewährleistet werden soll. Für Fachfrauen werden Listeneintrag, Branchenbuchseite, Foren und Newsletter für 100 Euro angeboten. Texte, Linksammlung, Termine von und für die feministische Szene sind natürlich gratis.

www.frauennews.de, www.diestandard.at, www.wolfsmutter.com

Nemos Geschlechtsleben

Der Kinokassenschlager "Findet Nemo" hat die F.A.Z. dazu veranlasst, Recherchen über das Fischreich anzustellen, und - siehe da - der Nemo aus dem Zeichentrickfilm ist ein "Westlicher Clownfisch", wie Kai-Uwe-Genzel, Leiter der Korallenfisch-Abteilung in der Stuttgarter Wilhelma, bestätigt. Viele Kinder hätten sich nun zu Weihnachten einen kleinen Nemo für das heimische Aquarium gewünscht, so Genzel. Ein Problem ist, dass so ein Tierchen rund tausend Euro kostet, das andere, gewichtigere sei allerdings laut F.A.Z., dass die Eltern ihren Kleinen erklären müssten, dass Nemo ein Transsexueller sei.

In einer Gesellschaft, die so auf die eindeutige Einteilung in "Mann" und "Frau" fixiert ist, ist das natürlich äußerst problematisch, denn das Geschlechtsleben der Nemos ist äußerst kompliziert. Alle Clownsfische sind zunächst geschlechtslos. In einer Gruppe von etwa acht Fischen schnappt sich der größte Fisch, den kleinsten, sie bilden ein Paar und setzen sich von der Gruppe ab. Haben sie ein "Heim", eine Anemone gefunden, dann wird der größte Fisch zum Weibchen und der kleinere zum Männchen. Als wenn das nicht schon für genug Verwirrung sorgt, kann das Männchen im Falle des Todes des Weibchen zum Weibchen werden. "Es geht aber nie anders herum" führt der Fischexperte Genzel weiter aus, denn "das Weibchen ist die höchste Form der Existenz, und da ist Endstufe". Na, wenn das nicht zu Verwirrungen führt bei den nemosüchtigen Kids.

38. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak480/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:480:40

Der obligatorische Rutsch ins neue Jahr liegt nun schon ein paar Tage zurück, und für den einen oder die andere war er vielleicht mit einer unsanften Landung verbunden. So etwa bei dem Sohn eines Redakteursgenossen, der seine 18 Lenze mit einer Alkoholvergiftung allerbester Güte abgeschlossen und den Neujahrstag gelitten hatte wie ein Hund. Der Weg zum gepflegten Drogenkonsum ist halt ein steiniger. Wollen wir hoffen, dass ansonsten unseren LeserInnen eine derartig schwarze Pädagogik erspart geblieben ist. Auf jeden Fall wünschen wir allen auf diesem Wege alles Beste, Freiheit, Glück und Sonnenschein für 2004 und jede Menge genussvoller Exzesse.

Dabei wird das Leben in diesem Jahr auch ohne schmerzhaften Drogenabusus hart genug. Praxisgebühren, Hartz III und Hartz IV sind einige der Hämmer, die 2004 auf jeden Fall Lohnabhängige, Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen treffen. In den Tarifrunden des Jahres wird man beobachten können, wie der Flächentarifvertrag ohne Gesetz und mit Billigung der Gewerkschaften weiter ausgehebelt wird (vgl. den Beitrag in dieser Ausgabe). Und die Pläne für die Kürzung der Sozialhilfe und eine verschärfte Unterhaltspflicht werden dieses Jahr wohl auch aus den Schubladen gezogen. Das sind die Exzesse, die uns von oben überrollen werden, ganz zu schweigen von den unvorhergesehenen kleinen und großen Katastrophen, die das Jahr bereit hält. Und damit ist mal wieder eines klar: In dieser wie in den anderen ak-Ausgaben 2004 wird die Agenda 2010, ihre Umsetzung wie der Widerstand gegen dieses Verarmungs- und Repressionsprogramm einen prominenten Platz in unseren Analysen und Kritiken einnehmen.

Krieg und Frieden war eines der beherrschenden Themen des letzten Jahres. Auch hier ist leider nicht damit zu rechnen, dass wir dazu nichts mehr zu schreiben brauchen. Im Februar steht wieder mal die NATO-Sicherheitskonferenz in München ins Haus. Wir unterstützen die Gegenmobilisierung zu diesem Kriegstreibertreffen in dieser Ausgabe u.a. durch unseren Schwerpunkt, der sich diesmal mit dem Thema Militärmacht EU beschäftigt. Ebenfalls zur antimilitaristischen Schwerpunktsetzung dieser Zeitung gehört der Beitrag zur (Nach-)Kriegsordnung im Irak bzw. zur Globalisierungsstrategie der neokonservativen Revolution in den USA. Außerdem wird in dieser ak-Ausgabe in vier Beiträgen besonders ausführlich auf verschiedene Aspekte der (Arbeits-)Migration eingegangen, sei es auf die Situation von SaisonarbeiterInnen in der europäischen Landwirtschaft oder auf das Projekt eines Stadtführers für (illegalisierte) MigrantInnen.

Die internationalen Themenbereiche umfassen diesmal Reportagen aus Kolumbien und dem Libanon genauso wie die Erinnerung an den zapatistischen Aufstand vor zehn Jahren, einen Bericht von Mike Davis zum Streik der SupermarktarbeiterInnen in Kalifornien genauso wie die Berichterstattung zu den Wahlen in Serbien oder zur Auseinandersetzung in Venezuela um freie Software.

Wie in jeder Januar-ak gibt es auch in dieser wieder den ersten Teil des Jahresregisters. Der zweite Teil des Registers 2003 folgt im Februar. Bitte denkt dran: Erst dann können beide Teile zusammengefügt werden. Am Ende einer spannenden und abwechslungsreiche ak-Lektüre stoßt ihr auch diesmal wieder auf den Hinweis auf unsere Spendenkampagne, den wir euch einmal mehr dringlich ans Herz legen wollen. Und wo wir schon mal beim Thema Geld sind, kommen wir auch um folgenden Hinweis nicht herum: Gerade für Post ins Ausland sind die Versandkosten gestiegen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, die Abo-Preise für Auslandsabos innerhalb Europas zu erhöhen, und zwar um fünf bzw. zehn Euro. Ein Halbjahresabo mit Versand in ein europäisches Land kostet jetzt also 32 Euro, ein Jahresabo 63 Euro. Im Gegensatz zu einer Regierungsverlautbarung ist das jedoch die einzige schlechte Nachricht aus dem Hause ak.

die ak-Redaktion